ISSN: 1865-9632

3,50 Euro
(Ausland: 5,00)

Lotta

Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

#72
Herbst 2018
lotta-magazin.de

ÜBER 18 JAHRE NICHTAUFKLÄRUNG

Der Düsseldorfer Wehrhahn-Bombenanschlag

+

Erfolgreiche Landnahme – Rassistische Mobilisierungen und Wahlerfolge der AfD

Geschichtspolitik für die AfD – Der Verein „Alternativer Kulturkongress" aus Paderborn

„Ins Ghetto getrieben" – Der Erinnerungsort Alter Schlachthof der Hochschule Düsseldorf

Editorial

Liebe Leser_innen,

auch uns als Redaktion haben die Ereignisse nach dem tragischen Tod von Daniel H. in Chemnitz beschäftigt: Rassistische Mobilisierungen mit mehreren tausend Teilnehmenden innerhalb kürzester Zeit, rassistisch motivierte Jagdszenen und der unverhohlene Schulterschluss auf der Straße zwischen vermeintlich „besorgten Bürgern", der AfD, militanten Neonazis und rechten Hooligans. Dazu eine Verharmlosung rechter Gewalt durch Behörden wie das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie Teile der Politik und Medien. So erklärte *Welt am Sonntag*-Chefredakteur Peter Huth beispielsweise ernsthaft, dass „der Konflikt ‚Antifa' gegen ‚Nazis'" den „Osten vergiften" würde. Das hätte sich in Chemnitz gezeigt. Sein Plädoyer: „Die blutige Nachwende-Folklore muss beendet werden."
Da muss man erst mal drauf kommen...

Unsere Kolleg_innen vom *Antifaschistischen Infoblatt* (AIB) schrieben in ihrer Auswertung der Ereignisse zurecht, dass es unter anderem die Aufgabe antifaschistischer Medien sei, „schnellstmöglich verlässliche Informationen zu den ProtagonistInnen und dem Hintergrund dieser Mobilisierungen zu sammeln und zu veröffentlichen". Eine umfangreiche und lesenswerte Recherche zu den Strukturen und Akteuren der rassistischen Aufmärsche in Chemnitz findet ihr auf der Website des AIB (*www.antifainfoblatt.de*). Der Frage, in welchem spezifischen ostdeutschen Kontext die aktuellen Mobilisierungen zu betrachten sind, nähert sich ein Artikel in der vorliegenden LOTTA-Ausgabe.

Es soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, dass in der jüngsten Zeit bundesweit viele Menschen auf die Straße gegangen sind und sich in verschiedenen Bereichen für eine solidarische Gesellschaft eingebracht haben. Seien es antirassistische Aktionen unter dem „Seebrücken"-Motto, diverse Demonstrationen mit zehntausenden Menschen gegen die sogenannten Polizeiaufgabengesetze oder die massenhaften Proteste gegen die Rodung des Hambacher Forsts. Beeindruckend war auch die Teilnahme von 240.000 Menschen an der #unteilbar-Demonstration am 13. Oktober in Berlin. Sie folgten einem Aufruf für eine „offene und solidarische Gesellschaft [...], in der Menschenrechte unteilbar, in der vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind".
Das gibt trotz des gesellschaftlichen Rechtsrucks und der Wahlerfolge der AfD etwas Hoffnung.

Am 31. Juli 2018 wurde der des 12-fachen Mordversuchs angeklagte Ralf S. nach 34 Verhandlungstagen im Düsseldorfer „Wehrhahn-Prozess" freigesprochen. In LOTTA berichteten wir in den letzten Jahren kontinuierlich über die anhaltende Nichtaufklärung des rassistischen Bombenanschlags, der am 27. Juli 2000 gegen osteuropäische Migrant_innen im Düsseldorfer Stadtteil Flingern gerichtet war. Mit dem Schwerpunkt zu diesem Thema in dieser Ausgabe möchten wir euch eine Zusammenfassung und Bewertung aus verschiedenen Perspektiven bieten, nicht zuletzt auch, um die Möglichkeit zu eröffnen, sich der Frage zu nähern, wie eine weitere Auseinandersetzung mit dem Anschlag nach dem Freispruch aussehen könnte.

Wie immer möchten wir uns bedanken bei allen Autor_innen, Interviewpartner_innen, Fotograf_innen, Archivar_innen und weiteren Unterstützer_innen, die uns bei der Erstellung der aktuellen Ausgabe geholfen haben.
Kommt gut durch den Herbst — wir sehen einander spätestens bei den Protesten gegen den neonazistischen Aufmarsch am 10. November in Bielefeld.

Eure LOTTA-Redaktion

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 7. Oktober 2018. Aktuellere Entwicklungen konnten nur in einzelnen Beiträgen berücksichtigt werden. Erscheinungsdatum ist der 29. Oktober 2018. Die nächste LOTTA-Ausgabe wird Ende Januar 2019 erscheinen.

Inhaltsverzeichnis

Gesellschaft

Erfolgreiche Landnahme ..... Seite 4
Rassistische Mobilisierungen und Wahlerfolge der AfD

Schwerpunkt

Der Düsseldorfer Wehrhahn-Prozess ..... Seite 6
Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Über 18 Jahre Nichtaufklärung ..... Seite 7
Der Wehrhahn-Prozess: Überblick und Bilanz

„Niemand kam und fragte: Wie geht es Ihnen?“ ..... Seite 13
Die Betroffenen des Wehrhahn-Anschlags

„Ein Untersuchungsausschuss ist notwendiger denn je“ Seite15
Die Rolle des VS beim Wehrhahn-Anschlag ist unaufgeklärt

„Ein Urteil darf nicht die Fehler der Ermittlungsbehörden vertuschen“ Seite18
Interview mit Rechtsanwalt Alexander Hoffmann

Extreme Rechte

„Auf hohem Niveau“ im Kampf gegen das Regime ..... Seite 21
Die AfD hat eine parteinahe Stiftung gefunden

Ärger in der Hochburg ..... Seite 24
Die AfD in Fulda

Rechter Frei-Raum Dorstfeld? ..... Seite 26
Auswirkungen rechter Raumaneignung und Gegenstrategien

Neuer „Wanderclub“ für Rechtsrock in Hessen ..... Seite 29
Hinter „Club H5“ stehen altbekannte Organisatoren

„Kontrakultur“ aus NRW ..... Seite 31
Das „Arcadi Magazin“

Geschichtspolitik für die AfD ..... Seite 34
Der Verein „Alternativer Kulturkongress“ aus Paderborn

Unter freiem Himmel ..... Seite 37
Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 3. Quartal 2018

Kurzmeldungen ..... Seite 40
Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

Internationales

Der Anti-Soros ..... Seite 46
Steve Bannon, „The Movement“ und die europäische Rechte

Braunzone

Zerwürfnis im Liberalismus ..... Seite 50
Die „Ludwig-Erhard-Stiftung“ und Roland Tichy

Kontext NSU

Nach dem Prozessende ..... Seite 52
Bundesanwaltschaft und Verteidigung haben Revision eingelegt

(Anti)Rassismus

Abschiebeland ..... Seite 54
Die deutsche Abschottungspolitik und ihre Auswirkungen auf Geflüchtete

Geschichte

„Ins Ghetto getrieben“ ..... Seite 57
Der Erinnerungsort Alter Schlachthof der Hochschule Düsseldorf

Linke

„Ich erwarte da gar nichts mehr.“ ..... Seite 60
Zum Stand der Ermittlungen nach dem Naziangriff gegen zwei Göttinger Journalisten

Justiz/Repression

Betreten, aber nicht durchsucht? ..... Seite 62
Interview zur Durchsuchung des „Langen Augusts“ in Dortmund

Rezensionen

Völkisch-autoritärer Populismus — Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD / **Erkennen — Erfassen — Bekämpfen** — Gegnerforschung im Sicherheitsdienst der SS ..... Seite 64

Foto: Michael Trammer / 24mmjournalism

Blick auf Chemnitz. Foto aus der Reihe: „Stadt der Moderne".

Von Liane Paul und Michael Rettig

Erfolgreiche Landnahme

Rassistische Mobilisierungen und Wahlerfolge der AfD

Ob Cottbus oder Chemnitz, Köthen oder Dresden: Seit dem Spätsommer lässt sich in Ostdeutschland eine neue Phase rassistischer Mobilisierungen beobachten. Zahlreich sind die Beispiele, die zeigen, dass zwischen der AfD im Osten, ihrem aggressiven „Wutbürger"-Umfeld und dem harten Kern der Neonazi-Szene alle Schranken gefallen sind. Sprektren-übergreifend wähnt man sich rechtsaußen am Vorabend einer völkischen Revolte.

Die Wahlerfolge der AfD und der Aufstieg von PEGIDA zum gesellschaftlichen Diskursakteur bewirkten eine weitere Verschiebung des gesellschaftlichen Klimas nach rechts, in dem alle unter Rechtfertigungsdruck geraten, die dieser rasanten Entwicklung nicht folgen mögen oder können. Für MigrantInnen, engagierte Menschen in der Flüchtlingsarbeit oder jene, die sich öffentlich gegen die AfD und Neonazis aussprechen, ist die Situation in den Mittel- und Kleinstädten sowie im ländlichen Raum nicht ungefährlich.

Auf der Klaviatur rechter Identitätsdiskurse

Die vereinte Rechte spielt in Ostdeutschland auf der Klaviatur rechter Identitätsdiskurse. Dass die ostdeutsche Gesellschaft anders verfasst ist als große Teile des Westens, klingt banal, ist jedoch im Westen weithin unbegriffen. Alle Einstellungsuntersuchungen der zurückliegenden zehn Jahre konstatieren eine Skepsis vieler Ostdeutscher gegenüber der Demokratie westlicher Prägung und eine gegenüber dem Westen erhöhte Zustimmungsbereitschaft gegenüber autoritären und rassistischen Einstellungen. In Umfragen liegt die AfD im Osten um 30 Prozent. Offen extrem rechts auftretende Landesverbände der Partei wie in Sachsen-Anhalt und Thüringen treiben mit ihren Provokationen und Tabubrüchen die anderen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen vor sich her. Es entsteht ein Klima der Angst, in

dem Diffamierungen von rechtsaußen eine hohe Reichweite haben. Dabei ist Rassismus nicht der alleinige Faktor, der diese Dynamik antreibt. Denn Ablehnung und Feindschaft trifft nicht nur Menschen, die aufgrund ihres Äußeren als MigrantInnen identifiziert werden, sondern potenziell alle, deren Lebenswelt oder Habitus im Widerspruch zum rechten Bild vom „Deutschsein" stehen. Indes erklären Medien und Politik in Westdeutschland „Sachsen" zum Synonym für autoritäre Gesellschaftspolitik und Demokratiedefizite. Dies reduziert die ostdeutsche Gemengelage unzulässig auf das Klischee. Andere Entwicklungsfaktoren der ostdeutschen Gesellschaft bleiben ausgeblendet. 30 Jahre nach dem Ende der DDR sind die sozialen und kulturellen Lebensbedingungen im Osten nach wie vor davon geprägt, dass das Lohnniveau geringer und die soziokulturelle Infrastruktur abseits der Metropolen Berlin und Leipzig dürftig sind. Ostdeutsche kulturelle Erfahrungen sind im öffentlichen Raum weitgehend ohne Stimme.

Ohne die Geschichte der rassistischen Gewalt der 1990er Jahre ist die gegenwärtige Situation im Osten nicht zu begreifen. Die in den 1990er Jahre in Ostdeutschland vorherrschende Hegemonie eines jugendkulturellen Rechtsextremismus schien zur Mitte des zurückliegenden Jahrzehnts gebrochen. In Wahrheit hat sie sich in die Lebenswelt der heutigen Elterngeneration transformiert. Sie sind es, die mindestens eine Teilmenge der „normalen" rechten DemonstrantInnen bilden.

Breite Akzeptanz für extrem rechte Deutungsangebote

In Chemnitz und Köthen trat eine extreme Rechte auf, die das Zusammenspiel von Straße, Parlament und rechten publizistischen Netzwerken effektiv und erfolgreich handhabt. Die im Osten vorhandene breite Akzeptanz für offen extrem rechte und rassistische Deutungsangebote sozialer und kultureller Widersprüche in der Gesellschaft erlebt im rassistisch motivierten Bürgerprotest eine anschlussfähige Form politischer Willensbildung. Stärker als im Westen agiert die AfD in Ostdeutschland erfolgreich an den Gatekeepern der öffentlich-rechtlichen Medien vorbei, wo es um die direkte Ansprache und Kommunikationen mit ihren Zielgruppen geht. Da es in Ostdeutschland ein historisch begründetes, generelles Misstrauen gegenüber der Berichterstattung der Medien gibt, gilt die regionale Tageszeitung im Zweifel als weniger vertrauenswürdig als ein Facebook-Forum, in dem auch der Nachbar sein Wissen um die angeblich wahren Hintergründe der Migration weitergibt.

Von Westen her wird die Frage gestellt, weshalb rechte Politikangebote in Ostdeutschland so reichweitenstark und wirkungsmächtig sind, und weshalb sich andere Stimmen nur mühsam Gehör verschaffen können. Hierzu hilft ein Blick auf die Verankerung gesellschaftlicher Großorganisationen wie Sport, Wohlfahrt und Parteien in den ländlichen und kleinstädtischen Räumen. Sie leiden an Überalterung und dem Rückbau von Strukturen, selbst in mittelgroßen Städten. Die fortgesetzte Abwanderung junger, sozial mobiler Menschen aus dem Osten bleibt dort nicht ohne Folgen. Menschen, die sich unter prekären Umständen in ostdeutschen Kommunen für ein gewisses Maß an kultureller Vielfalt engagieren, geben unter den Bedingungen von Ressourcenentzug, mangelnder Solidarität und Vereinzelung auf. Sie gehen dorthin, wo sich soziale Räume finden lassen, in denen angstfreier agiert werden kann: in die Metropolen.

Zyklen rassistischer Mobilisierungen

Die extreme Rechte erweckt im Moment sehr erfolgreich den Eindruck, ihre Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit strebe einem baldigen Finale, dem Sturz Angela Merkels, wenn nicht einer Revolution von rechts zu. Dafür knüpft sie in Ostdeutschland an die Narrative des Jahres 1989 an, wonach es nur der Ausdauer des Protests auf der Straße bedürfe, um die Politik zu einem Kurswechsel zu zwingen. Die hohe Ereignisdichte der letzten Wochen in Ostdeutschland verstärkt diese Wahrnehmung. Jedoch verliefen rassistische Mobilisierungen in der Vergangenheit in Zyklen von Auf- und Abschwüngen. Gegenwärtig muss von einem Aufbruch Ost von rechts gesprochen werden, der jedoch nicht erst 2015 begann. Im Hinblick auf den sich seit 2013 erweiternden Resonanzraum rassistischer Mobilisierungen stellen die „Lichtelläufe" im sächsischen Schneeberg sicher einen Einschnitt dar, weil die extreme Rechte hier erfolgreich mit bürgerlichen Protestformen hantierte. Wenn in den kommenden Wintermonaten die Mobilisierungsfähigkeit des rechten Blocks in Ostdeutschland zurückgeht, ist dies nur als Pause, nicht als Ende zu werten.

Der Osten als Blaupause

Spektren übergreifend präsentiert sich die extreme Rechte gegenwärtig in einem Mobilisierungsrausch. Bisher gibt ihnen ihr Erfolg, messbar in der Entgrenzung des Diskurses im Land, Recht. In Westdeutschland hingegen scheint die Botschaft noch nicht angekommen zu sein, dass der Osten für die extreme Rechte die Blaupause für all das ist, was sie tun werden, wenn sie im Westen ähnlich stark auftreten könnten.

Von Britta Kremers

Der Düsseldorfer Wehrhahn-Prozess

Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Ziemlich genau ein halbes Jahr dauerte der Strafprozess gegen den des 12-fachen, „fremdenfeindlich" motivierten Mordversuchs beschuldigten Ralf S. vor dem Landgericht Düsseldorf. Letztendlich wurde der Angeklagte am 31. Juli 2018 freigesprochen. Immerhin aber gilt heute in einer breiten Öffentlichkeit als sicher, dass es sich bei dem Anschlag vom 27. Juli 2000 am Düsseldorfer S-Bahnhof Wehrhahn um eine rassistisch motivierte Tat gehandelt hat, die gezielt gegen osteuropäische Migrant_innen im Stadtteil Flingern gerichtet war.
Ein Jahr nach der Tat hatte die zuständige Staatsanwaltschaft in einer „Sachstandseinschätzung" formuliert, dass „intern die Auffassung" vorherrsche, „wonach eine Begehung der Tat durch Neonazis als eher unwahrscheinlich anzusehen" sei. Folgerichtig wurden danach auch die damaligen Ermittlungen gegen Ralf S. eingestellt. Ein fataler Fehler. Denn als ab Mitte 2014 erneut wegen des Wehrhahn-Anschlags gegen S. ermittelt wurde, weil er sich bezüglich seiner Täterschaft verplappert haben soll, waren schon viele Spuren verwischt oder verblasst und Erinnerungen getrübt.
Offenbar gab sich die neu eingerichtete Ermittlungskommission „EK Furche" bis zur Festnahme von Ralf S. Ende Januar 2017 beziehungsweise bis zur Prozesseröffnung ein Jahr später tatsächlich alle Mühe, ihm die Tat nachzuweisen. Und sie zeigte sich ebenso wie die Staatsanwaltschaft siegessicher. Die vorgelegte, angeblich „lückenlose Indizienkette" aber reichte der Strafkammer letztendlich nicht für eine Verurteilung. Sie traute dem Angeklagten die Tat nicht einmal zu.
Bereits Ende 2014 — über zwei Jahre, bevor bekannt wurde, dass erneut gegen Ralf S. ermittelt wird — nahm LOTTA in Kooperation mit NSU-Watch NRW das Thema Wehrhahn-Anschlag in den Fokus. Ausführlich berichtet wurde in den Ausgaben #58, #66, #70 und #71. Natürlich ließen sich nicht alle darin enthaltenen Informationen und Aspekte im vorliegenden Schwerpunkt berücksichtigen, ein Nachlesen in älteren LOTTA-Ausgaben sei deshalb an dieser Stelle ebenso empfohlen wie ein Hinzuziehen der Prozessberichte der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW* von allen 34 Prozesstagen (*www.mobile-beratung-nrw.de/wehrhahn-prozess*) und der *NSU-Watch NRW*-Zusammenfassungen der PUA-Sitzungen vom 7. und 17. Februar 2017 (*nrw.nsu-watch.info/category/untersuchungsausschuss/kurzbericht/*).

Zu Beginn gibt **Fanny Schneider** einen Überblick über den Verlauf des Wehrhahn-Prozesses..... Seite 7

Die Betroffenen des Wehrhahn-Anschlags spielten vor Gericht leider nur eine Nebenrolle. Mit ihren Perspektiven — soweit bekannt — beschäftigt sich **Dominik Lange**..... Seite 13

Die Rolle des VS beim Wehrhahn-Anschlag und die diesbezügliche (Nicht-)Aufklärungsarbeit des PUA des Landtags NRW thematisiert **Kim Finke**..... Seite 15

Wie ist das Urteil im Wehrhahn-Prozess aus juristischer Sicht zu werten? Wie funktioniert eigentlich ein „Indizienprozess"? **Britta Kremers** spricht hierüber mit Rechtsanwalt **Alexander Hoffmann**..... Seite 18

Von Fanny Schneider

Über 18 Jahre Nichtaufklärung

Der Wehrhahn-Prozess: Überblick und Bilanz

„Der Angeklagte wird freigesprochen", verkündete der Vorsitzende der 1. Großen Strafkammer am Landgericht Düsseldorf, am 31. Juli 2018. 18 Jahre und drei Tage nach Tatbegehung bleibt die Täter*innenschaft zum Wehrhahn-Anschlag vom 27. Juli 2000 mit diesem — aktuell noch nicht rechtskräftigen — Freispruch vor Gericht ungeklärt.

Nach 34 Hauptverhandlungstagen ließ der Vorsitzende Richter, **Rainer Drees**, die Prozessbeteiligten und die Öffentlichkeit wissen, dass der erkennende Strafsenat aus drei Richter*innen und zwei Schöff*innen die Anklagepunkte der Oberstaatsanwaltschaft für nicht nachgewiesen erachtet.
Die Anklagebehörde, vertreten durch Oberstaatsanwalt **Ralf Herrenbrück**, wirft dem als „Alleintäter" angeklagten **Ralf S.** vor, am 27. Juli 2000 am Düsseldorfer S-Bahnhof „Wehrhahn" einen Sprengstoffanschlag verübt und zwölf Menschen durch eine zu diesem Zwecke selbst gebaute Rohrbombe zu töten versucht zu haben. Die nur durch großes Glück zum Teil schwer oder lebensgefährlich verletzt überlebenden Opfer habe der Angeklagte absichtsvoll und aus „Fremdenfeindlichkeit" und Hass auf alle, die ihn in „seinem Revier" rund um den S-Bahnhof im Düsseldorfer Stadtteil Flingern „gestört" hätten, zu ermorden versucht, heißt es in der Anklageschrift. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass dem Angeklagten bekannt gewesen ist, dass die Menschen in dieser Gruppe „Ausländer" waren, die im Stadtteil Flingern Deutschkurse besuchten. Einer dieser Kurse wurde in einem Gebäude gegenüber dem Militaria-Laden des Angeklagten angeboten. Von dort aus sei etwa neun Monate vor dem Anschlag eine Bedrohung der Sprachschüler*innen ausgegangen: Männer in

„Nazi-Outfit", wie es im Prozessverlauf von verschiedenen Zeuginnen und Zeugen zu dieser frühen Beobachtung zum Umfeld, zur Person und zu den Motiven des Angeklagten hieß, hätten sich über mehrere Wochen morgens bei Ankunft der Sprachschüler*innen am Seminargebäude vor diesen drohend aufgebaut, an ihrer Seite mindestens ein großer Hund. Die Bedrohung habe sich tagtäglich wiederholt, bis sich die Sprachschüler*innen zur Wehr gesetzt und den bis heute unbekannten Männern, die offenkundig in näherer Beziehung zum Angeklagten standen und mit ihm vor dessen Laden gesehen worden waren, signalisiert hätten, dass sie sich weitere Bedrohungen nicht gefallen lassen würden. Die Bedrohung endete daraufhin. Die Ermittlungs- und Anklagebehörden werten diesen Zusammenhang heute als tatauslösendes Motiv: Nachdem sich die Sprachschüler*innen nicht hatten auf diese Weise nachhaltig einschüchtern und vertreiben lassen, habe der Angeklagte die folgenden Monate bis zur Tatbegehung im Juli 2000 genutzt, um als Antwort auf seine „Niederlage" den Bombenanschlag vorzubereiten.

Im Gerichtsprozess, der am 25. Januar 2018 begann, ging es nun darum, die Indizienkette in der Beweisführung der Anklage — der sich fünf der Überlebenden als Nebenkläger*innen angeschlossen haben — vor Gericht nachzuvollziehen. Mit dem Freispruch, den die Strafkammer letztendlich verkündete, sollte von der Indizienlast, die einem Untersuchungsrichter ein Jahr zuvor noch gereicht hatte, um den nunmehr dringend tatverdächtigen Ralf S. in U-Haft verbringen zu lassen, nicht mehr viel übrig bleiben. In ihrer Pressekonferenz zur Inhaftierung des später angeklagten Ralf S. hatten die Strafermittler*innen der Polizei zusammen mit der Staatsanwaltschaft am 1. Februar 2017 die Ermittlungsergebnisse als erdrückend beschrieben, die Indizienkette als lückenlos präsentiert. Nun aber verließ der schon im Sommer 2000 als Beschuldigter geführte Ralf S. das Gerichtsgebäude am 31. Juli 2018 als von allen Anklagepunkten Entlasteter. Dass die Strafkammer in ihrer mündlichen Urteilsbegründung S. als Rassisten, Antisemiten und Gewaltmenschen kennzeichnete, änderte daran nichts.

Beweiswürdigung nach 18 Jahren

Rainer Drees teilte mit, dass die Kammer die vor Gericht erhobenen Zeug*innen-Aussagen am Ende für nicht hinreichend widerspruchsfrei genug halte, um den Angeklagten zu verurteilen. Auch die Sachindizien ließen nicht zweifelsfrei den Schluss zu, dass Ralf S. der Täter gewesen sein müsse. Insbesondere will die Kammer festgestellt haben, dass der Angeklagte zum in Frage kommenden Zeitpunkt nicht am Tatort gewesen sein könne. Denn er habe nur etwas mehr als vier Minuten nach der Explosion der Bombe von seiner Wohnung in der Gerresheimer Straße 13 aus telefoniert. Dafür, dass S. nicht die Person gewesen sei, die das Telefonat in seiner Wohnung geführt habe, gäbe es in den Augen der Strafkammer keine Anhaltspunkte. Schließlich machte die Kammer auch ihren Eindruck von der Persönlichkeit des Angeklagten für ihre Freispruch-Entscheidung stark: Ralf S. sei einerseits als notorischer Lügner in all seinen Einlassungen zum Tatvorwurf für die Beweiswürdigung „unbrauchbar". Andererseits geht die Kammer davon aus, dass der Angeklagte intellektuell nicht in der Lage sei, ein schlüssiges, erfundenes Alibi konsequent so zu erzählen, dass er sich dabei nicht selbst verrate. Ihm sei es sozusagen nicht zuzutrauen, die Tat zu planen, durchzuführen und zu verschleiern, ohne dabei einen Fehler zu machen, der den Verdacht auf ihn lenken müsse. Mit diesen beiden Punkten — der Zeitablauf-Frage und der Bewertung der psychischen und intellektuellen Verfasstheit des Angeklagten — signalisierte die Strafkammer um den Vorsitzenden Richter Drees in letzter Konsequenz, dass für sie der Freispruch weniger aus Mangel an Beweisen habe erfolgen müssen. Vielmehr scheinen die Richter*innen und Schöff*innen im Laufe des Prozesses die Überzeugung gewonnen zu haben, dass Ralf S. den Anschlag nicht begangen hat. Der Verlauf der Hauptverhandlung selbst hat diese Schlussfolgerung aber nicht zwingend nahegelegt.

Faktor Zeit

Von Ende Januar bis Ende Juni 2018 haben die Prozessbeteiligten an 32 Verhandlungstagen das Beweisprogramm zur Sache absolviert. Gleich zu Beginn des Prozesses hatte der Angeklagte jede Tatbeteiligung abgestritten, ebenso wie Kenntnisse zum Tatzusammenhang. Zeug*innen, die die Tatausübung gesehen haben, ein Geständnis oder belastbare Beweise wie etwa DNA-Spuren — all das fehlt in den Ermittlungsunterlagen zum „Wehrhahn-Anschlag". Schwerwiegend beeinträchtigend für den Prozessverlauf war bei dieser für die Wahrheitsfindung nicht eben einfachen Ausgangslage schließlich aber vor allem der Umstand, dass das Strafverfahren erst über 17 Jahre nach der Tat in einen Prozess mündete. Die meisten Zeug*innen formulierten ihre Erinnerungen vor Gericht mit großem zeitlichen Abstand zum Tatzusammenhang, manchmal mitunter auch erst Jahre nach ihrer letzten Vernehmung durch die Polizei, die mit der neu ins Leben gerufenen „EK Furche" ab 2014 die Ermittlungen gegen Ralf S. wieder aufgenommen und (erneut) Zeug*innen befragt hatte.

Der Faktor „Zeit" beeinflusste also die Beweisaufnahme durchaus nachhaltig — und auf verschiedene Weise: Wo etwa

die Anklage ihre Beweisführung wesentlich auf die Aussagen von ehemaligen Beziehungspartnerinnen und Freundinnen des Angeklagten gestützt hatte, waren deren Erinnerungen in der Verhandlung nun nicht mehr in aller Schärfe abrufbar. Im Ermittlungsverfahren hatten sie etwa noch ausgesagt, dass der Angeklagte ihnen gegenüber die Tat mittelbar angekündigt oder Täterwissen preisgegeben habe. Während der Befragungen vor Gericht blieben die Zeuginnen aber hinter ihren Angaben, sich an den Wortlaut von damals noch genau erinnern zu können, zurück, räumten ein, sich ihrer Erinnerungen nicht mehr zu 100 Prozent sicher zu sein. Andere Zeug*innen — etwa eine Frau, die aus einem Fenster genau auf den Tatort hatte schauen und unmittelbar nach der Explosion einen Mann auf einem Lichtschaltkasten hatte sitzen, hinunter springen und in Richtung von Laden und Wohnung des Angeklagten hatte gehen sehen — konnten inzwischen aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr vor Gericht befragt werden. So konnte die genannte Zeugin zu dem Phantombild, das auf ihre Beschreibung des Gesehenen hin angefertigt worden war, nicht mehr befragt werden. Und auch die präzise Schilderung einer ehemaligen Nachbarin war nun vor Gericht mit Hinweis auf die vielen seither verstrichenen Jahre unschärfer als noch im Protokoll vorhergehender Vernehmungen während der Ermittlungen. Die Zeugin berichtete dennoch in dichter Beschreibung, dass sie Ralf S. Wochen vor dem Anschlag mehrfach gegen 15 Uhr ohne seinen ansonsten immer mitgeführten Rottweiler rund um den späteren Tatort gesehen hätte. Ein Grund für seinen Aufenthalt dort sei für sie nicht ersichtlich gewesen. Obwohl er auch an der dortigen Bushaltestelle gestanden habe, sei er nicht in einen der ankommenden Busse gestiegen. Diese wichtige Zeugin, die den Angeklagten möglicherweise bei der Tatvorbereitung beobachtet hatte, blieb in der Erläuterung der Beweiswürdigung in der mündlichen Urteilsbegründung zum Freispruch unerwähnt. Ausführlich hingegen würdigte das Gericht die Zeuginnen-Aussagen zweier Sprachlehrerinnen, die im Prozess von ihren Beobachtungen der Bedrohungssituation vor der Sprachschule im Herbst 1999 durch Männer aus dem Umfeld von Ralf S. berichtet hatten. Ihre Aussagen hätten, so Richter Drees zum Prozessende, für die Kammer nahezu keine Überzeugungskraft. Die Kammer hielt es für nicht nachgewiesen, dass der Angeklagte überhaupt in die Bedrohung involviert war. Und selbst wenn, sei es unbelegt, dass sich für S. hieraus irgendwelche Planungen ergeben hätten.
Die Aussagen der beiden Zeugen, die Ralf S. erst Jahre nach dem Anschlag während einer Freiheitsstrafe im Sommer 2014 bzw. in der Untersuchungshaft 2017 kennengelernt hatten, und denen gegenüber der Angeklagte die Tat jeweils geständnisgleich berichtet haben soll, sollten in den Augen der Strafkammer ebenfalls nicht als zweifelloser Beweis taugen. Der Zeuge Andreas L. konnte sich nicht exakt daran erinnern, wann genau er nach der offenbarenden Begegnung mit Ralf S. die Justizbeamt*innen informiert hatte. Auch über die eigentliche Gesprächssituation mit S. machte er widersprüchliche Angaben. Der Zeuge Holger P., der erst nach der Haftentlassung von Ralf S. am 17. Mai 2018 die Information über sein Gespräch mit dem Angeklagten weitergegeben hatte, wurde offenbar aufgrund seiner Persönlichkeit und seiner Vorgeschichte insgesamt als nicht glaubwürdig eingeschätzt. Vor Gericht verweigerte er zunächst die Aussage und bat darum, ihn und seine Familie angemessen vor dem Zugriff des Angeklagten zu schützen. Der Zeuge Andreas L. hatte sich 2014 erst an das JVA-Personal gewandt, nachdem S. in eine andere Vollzugsanstalt verlegt worden war. Die vor Gericht befragten Polizeibeamt*innen, die ihn 2014 daraufhin vernommen hatten, bestätigten, dass L. seinerzeit vollkommen aufgelöst gewesen sei, entsetzt über das Wissen über den Bombenanschlag, das ihm Ralf S. als vermeintlicher Täter in der Haft prahlerisch offenbart haben soll.
Regelrecht kühlen Kopfes hingegen ruderte ein ehemaliger Bundeswehr-Vorgesetzter von Ralf S. vor Gericht zurück. 2000 hatte der zu S.' Bundeswehrzeit als stellvertretender Zugführer eingesetzte seine Einschätzung mitgeteilt, dass sein Untergebener Ralf S. sehr wohl in der Lage sei, eine Sprengfalle zu bauen. S. sei zudem „völlig durchgeknallt". Nun widerrief der Bundeswehr-Angehörige seine damalige Aussage. Eine überzeugende Erklärung dafür, warum seine aktuelle Erinnerung an die Kenntnisse und Fähigkeiten des Bundeswehrsoldaten Ralf S. so massiv von seiner damaligen Beurteilung abweichen, hatte der Zeuge nicht.

Auf alles eine Antwort

Der Angeklagte selbst hingegen hatte im Verfahren auf beinahe alles eine Antwort, insbesondere dann, wenn er sich von der Kammer oder der Anklage mit Nachfragen zu Sachindizien konfrontiert sah. Die Frage, was das Produktblatt eines Sprengzünders der Marke Dynamit Nobel in einem Schrank seiner Wohnung zu suchen gehabt habe, parierte S. etwa mit der Geschichte, dass der Schlüssel zu seinem Ladengeschäft wenige Häuser weiter bei einem Kiosk hinterlegt gewesen sei — für Freund*innen und etwaige Kund*innen des Militaria-Ladens, für den Fall, dass er einmal nicht anzutreffen gewesen sei. Am Schlüsselbund habe sich auch der Wohnungsschlüssel befunden — das Werbeblatt mit technischen Angaben zum Spreng-

Pempelforter Straße
Malkasten-
bigarten
Gerresheimer Straße
Kölner Straße
Worringer Straße
Schützenstraße
Bleichstraße
Wagnerstraße
Schadowstraße
Stephaniens traße
Karl-Anton- Straße
Kurfürstenstraße
Kloster straße
Marienstraße
L 52
L 56
Friedrich- Ebert-Straße
Bismarck straße
Nördl
Goltst e
Hu
Gym
Schinkelst ra
Gerresheimer Straße 54 (Ecke Worringer Straße): Ein Teil der Anschlagsopfer kam aus diesem Gebäude, in dem sie einen Sprachkurs besuchten.
Gerresheimer Straße 51, schräg gegenüber dem Gebäude, in dem Sprachkurse stattfanden: Hier betrieb Ralf S. 1999/2000 seinen Militaria-Laden.
Gerresheimer Straße 13: Hier hatte Ralf S. zwischen Herbst 1999 und Spätsommer 2000 eine Wohnung angemietet, die er — nach einer erfolgreichen Räumungsklage des Vermieters — Anfang September 2000 aufgab. Er hielt sich jedoch zumeist — auch in dieser Zeitspanne — in der Wohnung seiner Lebensgefährtin auf der Schützenstraße 65 auf, 200 Meter entfernt. Die Anklage bezeichnet die Wohnung G13 als „konspirative Wohnung", angemietet zum Zwecke des Bombenbaus. Hier wurden auch ein Werbeprospekt für einen Sprengzünder sowie Handgranatensplinte gefunden. Vier Minuten nach dem Anschlag wurde vom Festnetzanschluss dieser Wohnung ein abgehendes Telefonat geführt — vermutlich vom Angeklagten selbst.
Worringerstraße zwischen Gerresheimer Straße und Am Wehrhahn: Hier wurde Ralf S. „um die Mittagszeit" des Tattages von zwei Zeugen gesehen. S. sei nervös auf und ab gelaufen. Ob S. direkte Sicht auf den Tatort hatte — möglicherweise, um zu prüfen, ob die Bombentüte noch an ihrem Platz hing –, konnte nicht geklärt werden.
S. soll anders gekleidet gewesen sein als üblich und auch nicht wie sonst seinen Hund dabei gehabt haben. Eine weitere Zeugin hatte S. um 13.45 Uhr an der Kreuzung Worringer Straße/Gerresheimer Straße stehen sehen mit Blick in Richtung S-Bahnhof.
Kölner Straße 50: Hier befand sich 2000/2001 ein Tattoo-Laden, betrieben von einer Bekannten von Ralf S., einer der Hauptzeug_innen im Prozess. Hier will sich S. noch kurz vor der Tat aufgehalten haben.
Kreuzungsbereich (Brücke): Hier w
mehrmals vor d
ansonsten stets
dass ihr klar wu
hielt. Die Anklag
tung durch Obse

Lichtschaltkasten gegenüber Gerresheimer Straße 69: Von hier aus soll der Täter den Sprengsatz mit Sichtkontakt auf den Tatort gezündet haben. Unmittelbar nach der Explosion um 15.03 Uhr wurde er von einer Zeugin gesehen, wie er von dem Kasten herunter kletterte und ohne Eile um die Ecke in Richtung Worringer Straße verschwand. Dass es sich hierbei um den Täter handelte, ist unstrittig. Die angefertige Phantomzeichnung ähnelt Ralf S. sehr. Die Zeugin stand 2018 aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung.

Ackerstraße 90: Ein Teil der Anschlagsopfer kam aus diesem Gebäude, in dem sie einen Sprachkurs besuchten.

Hier befindet sich der **S-Bahnhof-Wehrhahn-Zugang Ackerstraße**, den die Anschlagsopfer montags bis freitags auf den Heimweg nach dem Unterricht kurz nach 15 Uhr passierten. Der Zugang verläuft über einen wenige Meter langen Eingangstunnel auf eine Fußgängerbrücke, die zum Bahnsteig führt. Der Haupteingang zum S-Bahnhof ist einige hundert Meter nördlich gelegen (Am Wehrhahn/Grafenberger Allee). Die Tüte mit der Bombe hing am linken Brückengeländer kurz nach dem Verlassen des Tunnels an der Ackerstraße in Richtung der Gleise.

ch Gerresheimer Straße/Ackerstraße
urde S. von einer ehemaligen Nachbarin
em Anschlag gegen 15 Uhr ohne seinen
mitgeführten Rottweiler gesehen, ohne
rde, zu welchem Zweck er sich dort auf-
ge wertet S.' Verhalten als Tatvorberei-
ervieren der Opfergruppe.

Foto: terz.org

Militaria-Laden von Ralf S. auf der Gerresheimer Straße 51 (Foto aus dem Jahr 1999).

zünder habe ihm also vermutlich jemand untergeschoben. Warum er am Telefon erzählen könne, dass zur Tatzeit auf der dem S-Bahnhof-Eingang gegenüberliegenden Straßenseite bestätigtermaßen eine schwarze Limousine geparkt habe, obwohl er zur fraglichen Zeit doch gar nicht in der Nähe gewesen sein will und folglich das Auto nicht selbst gesehen haben könne — und dieses Auto auch nur von einem einzigen Zeugen bemerkt worden sei, den er nie kennengelernt habe? Das müsse ihm halt irgendwer erzählt haben. Dass er selbst in seiner Werbung für sein Security-Unternehmen seit Jahren und wiederholt angegeben hat, Kenntnisse im Umgang mit Bomben und Sprengmittelentschärfung zu haben, kommentierte der Angeklagte mit der Behauptung, für Personenschutz-Schulungen lediglich Attrappen gebaut zu haben, sich aber ansonsten nicht auszukennen.

Mit den Tonbändern aus der Telekommunikationsüberwachung, die per Einspieler in den Prozess eingeführt wurden, hörten die Beteiligten und Besucher*innen des Landgerichtsprozesses den Angeklagten im Telefongespräch etwa mit **Sven Skoda** und anderen Neonazis, wie er die Opfer verhöhnte. Sie hörten, dass Ralf S. den NS und sein Idol **Rudolf Heß** verherrlichte und den Wehrhahn-Anschlag als gelungene Vertreibungsaktion ähnlich der Shoah bezeichnete. Im Gerichtssaal zeigte sich der Angeklagte hierüber bisweilen amüsiert, äußerte sich aber nicht dazu.

Kein Schlussstrich

Der Ausgang des Strafprozesses zur Anklage gegen Ralf S. war nicht grundsätzlich überraschend. Der Vorsitzende Richter Drees hatte bereits Monate vor Prozessende seine Ungeduld mit der Beweiserhebung gezeigt und insbesondere die Oberstaatsanwaltschaft und die Verteidigung aufgefordert, Beweisanträge zu stellen oder ihr Beweisprogramm offenzulegen, wenn sie nicht mit einem frühzeitigen Ende der Beweisaufnahmephase rechnen wollten. Am 17. Mai 2018 ordnete die Kammer dann zudem die Entlassung aus der U-Haft für den Angeklagten an. Dieser sei nunmehr nicht länger dringend tatverdächtig — seine Inhaftnahme sei folglich zu beenden. Überraschend hingegen war für Prozessbeobachter*innen, wie wenig der Freispruch — so sehr er sich zuletzt auch angedeutet hatte — mit dem Bild von der Beweislage in Einklang zu bringen ist, wie es die Oberstaatsanwaltschaft und die Polizei bei der Verhaftung von Ralf S. Anfang Februar 2017 gezeichnet hatten. Überzeugt sei man, hieß es damals in der Pressekonferenz zur Inhaftnahme des Tatverdächtigen S. wie auch später in einer der beiden „Wehrhahn"-Sitzungen des Parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschusses des Landtags NRW, dass man „den Richtigen" habe und dass man ihm seine Tat auch nachweisen könne. Im NSU-Untersuchungsausschuss berichtete Oberstaatsanwalt Herrenbrück noch davon, dass man auch angesichts der seit dem Anschlag verstrichenen Zeit sehr behutsam an die Überlebenden herangetreten sei, sie schon am Vorabend vor der Verhaftung des mutmaßlichen Täters über die neue Entwicklung informiert habe. Die Sicherheit, diese Nachricht nicht vorschnell und in allzu überzeugtem Ton formuliert zu haben, ist nun — mit dem Ende des Wehrhahn-Prozesses — vollständig verloren. Die Überlebenden — nur wenige haben im Prozess von ihren Verletzungen und von ihrem Wunsch nach einem Abschluss berichtet — werden mit Ausgang des Strafprozesses keinen Schlussstrich ziehen können.

Foto: @infozentrale

Von Dominik Lange

„Niemand kam und fragte: Wie geht es Ihnen?“

Die Betroffenen des Wehrhahn-Anschlags

Zehn Migrant*innen aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion wurden durch den Bombenanschlag am S-Bahnhof Wehrhahn verletzt, zwei weitere blieben unverletzt — zumindest körperlich. In der öffentlichen Berichterstattung waren und sind sie allesamt kaum wahrnehmbar. Und auch während des Prozesses vor dem Landgericht Düsseldorf spielten sie und ihre Perspektiven nur eine Nebenrolle.

Nur dem Zufall war es zu verdanken, dass die Bombenexplosion am 27. Juli 2000 nicht zwölf Todesopfer forderte. Die wenigen Betroffenen, die sich öffentlich über den Anschlag äußern, beklagen, dass sie noch immer unter den Folgen des Anschlags leiden. Und sie kritisieren die mangelnde Unterstützung, die ihnen nach dem Anschlag zuteil wurde. Eine der Betroffenen, die heute öffentlich über die Anschlagsfolgen sprechen, ist **Ekaterina P.** Gegenüber dem WDR kritisierte sie die Politik: Niemand habe sich nach dem Anschlag für sie interessiert, kein Politiker und auch keine Behörde. Es habe keine Hilfe oder Entschädigung für die erlittenen Verletzungen gegeben. Ekaterina P. war kurze Zeit vor dem Anschlag aus Kasachstan nach Deutschland gekommen. Wie die anderen Betroffenen auch besuchte sie einen Deutsch-Sprachkurs im Düsseldorfer Stadtteil Flingern. Zuvor hatte sie am Moskauer Handelsinstitut studiert und anschließend als leitende Kauffrau in einem Stoffgroßhandel gearbeitet. Nach dem Bombenanschlag, bei dem sie lebensgefährlich verletzt wurde, bemühte sie sich um Umschulungen, doch das Jobcenter habe ihr damals zu einem Putzjob geraten, so P. gegenüber dem WDR.

Ekaterina P. leidet bis heute an den Folgen des Anschlags. Seit zwei Jahren wird sie durch die *Opferberatung Rheinland* (*www.opferberatung-rheinland.de*) unterstützt. In dem WDR-Interview wünschte sie sich eine Würdigung ihres Leidens durch die Politik. Nach der öffentlichen Kritik lud das Büro des Düsseldorfer Oberbürgermeisters, **Thomas Geisel**, sie ins Rathaus ein.

Hilfe erhielten einige der Betroffenen bereits unmittelbar nach dem Anschlag durch die Jüdische Gemeinde in Düsseldorf, wie deren Geschäftsführer **Michael**

Szentei-Heise bei einer Veranstaltung im Januar 2018 noch einmal berichtete. Der Rabbiner habe sich um sie gekümmert, unter den Gemeindemitgliedern seien Spenden gesammelt worden. Die Verantwortlichen der Gemeinde hätten die Betroffenen zudem auf deren Wunsch hin von den Medien abgeschottet.

Ermittlungen im Opfer-Umfeld

Auf der Suche nach einem Motiv für den Anschlag und nach den Täter*innen nahm die polizeiliche Ermittlungskommission auch das Umfeld der Opfer in den Fokus. In welcher Intensität dies geschah, ist unklar. Sicher ist jedoch, dass Theorien überprüft wurden, wonach die Täter*innen aus dem direkten Umfeld der Betroffenen kommen könnten. Eine davon zielte auf eine Eifersuchts- oder Beziehungstat ab. In der *Bild* erschienen Artikel, in denen auf reißerische Art entsprechende „Beobachtungen" vermeintlicher Nachbar*innen präsentiert wurden. Eine andere Ermittlungstheorie besagte, dass sich möglicherweise einzelne Betroffene ihren Status als „Kontingentflüchtling" illegal besorgt und hierfür Schulden bei der „Russenmafia" oder anderen Strukturen der Organisierten Kriminalität (OK) gemacht haben könnten. Überhaupt scheint sich für die Ermittler*innen nicht erst nach der Einstellung des damaligen Ermittlungsverfahrens gegen **Ralf S.** im Jahr 2002 die Theorie, dass der Anschlag einen russischen oder polnischen, also osteuropäischen OK-Hintergrund haben könnte, durchgesetzt zu haben, ohne jemals hierzu etwas Brauchbares abliefern zu können.

Als Zeug*innen vor Gericht

Im Wehrhahn-Prozess war Ekaterina P. eine von fünf Betroffenen, die als Nebenkläger*innen auftraten. Als Zeugin sagte sie nicht aus. Diejenigen drei Betroffenen, die in den Zeugenstand traten, wurden erst am 26. Prozesstag gehört, zwei Prozesstage nach der Entlassung des Angeklagten **Ralf S.** aus der Untersuchungshaft. Lediglich drei Betroffene sagten als Zeug*innen am 8. Juni 2018 aus: Der 68-jährige **Borys V.**, die 70-jährige **Tuti A.** und deren 42-jährige Schwiegertochter **Naila A.** Tuti A. berichtete, dass sie durch die Wucht der Explosion fast über das Geländer der Fußgängerbrücke gestürzt sei. Bei ihr hätten Bombensplitter entfernt werden müssen, zudem sei sie am Knie operiert worden. Ein großer und kleine Splitter hätten sie am Bein verletzt, diese hätten operativ entfernt werden müssen. Damals habe sie Probleme beim Gehen gehabt. Auch heute noch schmerze ihr linkes Bein manchmal. Auch V. erklärte, dass er noch heute Beschwerden habe. Er war durch Bombensplitter lebensgefährlich im Bauchbereich verletzt worden. Als einzige der als Zeug*innen befragten Betroffenen konnte Naila A. auch Angaben zum Angeklagten machen, nachdem sie zuvor ihre Erinnerungen an den Anschlagstag geschildert und über ihre Verletzungen gesprochen hatte. Sie erinnerte sich, den in Camouflage-Uniform Gekleideten häufig in räumlicher Nähe der Sprachschule gesehen zu haben, hin und wieder auch in Begleitung weiterer Personen. Gegen Sprachschüler*innen gerichtete Bedrohungen seien ihr aber nicht bekannt. Gegenüber der *Westdeutschen Zeitung* äußerte sie sich eher resigniert: „Wir sind nach der langen Zeit gleichgültiger geworden. Man beobachtet das Ganze ruhiger als am Anfang." Sie würde es aber begrüßen, wenn der Täter verurteilt werde, sofern man es ihm beweisen könne: „Damit er das nicht wieder machen kann."

„Es bleibt kein ‚In dubio'"

In ihren Abschlussplädoyers zeigten sich die Anwält*innen der Nebenklage von der Täterschaft von Ralf S. überzeugt. Der Nebenklagevertreter Rechtsanwalt **Juri Rogner** warnte die Kammer davor, im Falle eines Freispruchs „den schwersten Justizfehler in der Geschichte Düsseldorfs zu begehen". Nebenklagevertreterin Rechtsanwältin **Anne Mayer** fasste zusammen: „In der Gesamtschau tragen zahlreiche Indizien und Aussagen von Zeugen und Zeuginnen zum Beweis der Täterschaft bei." Das Motiv sei „klar", die Ankündigung der Tat „deutlich", ebenso die „sorgfältige Vorbereitung auf ein Alibi vor der Begehung der Tat". Hinzu kämen „die glaubhaften — und mutigen — Aussagen der Zeugen L[...] und P[...]." Ihr Fazit: „Es bleibt kein ‚In dubio'."

Der Nebenklagevertreter Rechtsanwalt **Michael Rellmann** äußerte sich nach der Urteilsverkündung wie folgt: „Das ist kein guter Tag für die Justiz und ein schlechter Tag für die Opfer des Anschlags." Diese hätten sich darauf verlassen, dass ein Urteil gefällt würde, was den Umständen und Indizien gerecht geworden wäre. „Das Leben aller ist aus der Bahn geworfen worden", so Rellmann. Viele der Betroffenen seien heute noch traumatisiert.

Gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* forderte Anne Mayer, eine Gedenktafel am Tatort anzubringen und die Geschichte der Betroffenen sichtbar zu machen: „Dann hätten sie immerhin die Gewissheit, nicht völlig vergessen zu werden." Dieser Forderung haben sich auch diverse antifaschistische Initiativen aus Düsseldorf angeschlossen. Die Umsetzung der Forderung wird aktuell auf lokalpolitischer Ebene verhandelt.

Foto: @infozentrale

Von Kim Finke

„Ein Untersuchungsausschuss ist notwendiger denn je“

Die Rolle des VS beim Wehrhahn-Anschlag ist unaufgeklärt

Nicht nur, dass durch den Freispruch des Angeklagten vom 31. Juli 2018 der Wehrhahn-Anschlag weiterhin als unaufgeklärt gilt, der Prozess vor dem Düsseldorfer Landgericht trug auch nicht dazu bei, die dubiose Rolle des Verfassungsschutzes bei den Ermittlungen zu klären. Nach der Urteilsverkündung wiederholte „NSU-Watch NRW“ deshalb die Forderung nach einem neuen Untersuchungsausschuss. Doch im Landtag fehlt der dazu notwendige politische Wille.

Der Bombenanschlag vom 27. Juli 2000 war bereits Thema des bis April 2017 tätigen Parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschuss (PUA) des Landtags NRW (vgl. LOTTA #66, S. 50-53). Dieser befasste sich aber nur rudimentär mit der Tat und hörte im Februar 2017 lediglich drei Zeugen an — zwei Ermittlungsleiter der Polizei sowie den leitenden Staatsanwalt. Dass der Anschlag erst kurz vor der Auflösung des PUA vor den NRW-Landtagswahlen thematisiert wurde, hat mit den im Sommer 2014 erneut eingeleiteten Ermittlungen gegen **Ralf S.** zu tun. Staatsanwaltschaft und PUA hatten eine Übereinkunft getroffen: In öffentlicher Sitzung sollte der Anschlag erst nach der angeblich schon bald bevorstehenden Festnahme des Tatverdächtigen thematisiert werden. So sollten Beeinträchtigungen der parallel laufenden Ermittlungen verhindert werden. Aber die Verhaftung zögerte sich immer weiter hinaus, erst Ende Januar 2017 erfolgte der Zugriff der Polizei. Obwohl das Justizministerium bis zur Verhaftung die gesamten Ermittlungsakten als „VS-Vertraulich“ eingestuft hatte, was die Recherche für die PUA-Mitglieder erheblich erschwerte, stießen Teile des PUA auf einen aufklärungsbedürftigen Sachverhalt, nämlich auf einen V-Mann des VS NRW, der bereits vor dem Anschlag in Kontakt mit Ralf S. stand und der zeitnah nach dem Anschlag von der Polizei als Zeuge vernommen worden war.

V-Mann „Apollo“

Bei dem V-Mann mit dem Decknamen „Apollo“ handelte es sich um den Düsseldorfer Neonazi **André „Gonzo“ M.**, im Jahr 2000 „Mitgliedsanwärter“ der *Kameradschaft Düsseldorf* um ihren mit Ralf S. befreundeten „Kameradschaftsführer“ **Sven Skoda**, auf den „Apollo“ angesetzt war. Auf der Schläfe trug M. seit Ende der 1990er Jahre eine auffällige *Blood & Honour*-Tätowierung. Im Sommer 2000 arbeitete er für Ralf S. als Wachmann im Bereich Objektschutz. Ein V-Mann in der Nähe eines stadtbekannten Neonazis ist an sich nichts Ungewöhnliches. Brisanz erhält „Apollo“, weil er 2004 Wissen über die Hintergründe des Wehrhahn-Anschlags geäußert haben soll. Und weil der Verfassungsschutz seine Rolle offenbar vertuschen will. Was war geschehen? Ein Blick in den Schlussbericht des PUA hilft leider nicht weiter, weil hier „Apollos“ bislang bekannte Geschichte nur verkürzt dargestellt wird. Im Januar 2018 erschien aber zum Prozessauftakt in der *Welt* eine ausführliche Recherche von **Dirk Laabs**. Demnach meldete im Juni 2004 ein bis dahin als überwiegend zuverlässig eingeschätzter Informant seinen Führungsbeamten vom LKA NRW, dass ein „Gonzo“ über den Wehrhahn-Anschlag gesprochen habe. Dieser habe berichtet, dass eine Gruppe Düsseldorfer Rechtsextremer das Gebiet um den Anschlagsort gesichert habe, um den eigentlich handelnden Personen — Neonazis aus Ostdeutschland — die Tatausführung zu ermöglichen und den Rückzug zu sichern. Der LKA-Informant habe es sogar für möglich gehalten, dass „Gonzo“, selbst in den Anschlag involviert gewesen sei. Dieser Hinweis gelangte auch an die Polizei Düsseldorf. Dort war offenbar bereits bekannt, dass André M. zuerst für den MAD und später für den NRW-VS gespitzelt hatte. Laabs vermutet, dass die Düsseldorfer Ermittler die Brisanz dieser Spur erkannten und die einfachste Lösung wählten: „Nach nur einem Monat beschlossen sie, die Aussage des Polizeispitzels einfach hinzunehmen und den V-Mann des Verfassungsschutzes unbehelligt zu lassen. Damit ließen sie jedoch automatisch auch von Ralf S. und seinem Umfeld ab.“ Allerdings ist unklar, wer bei der Polizei Düsseldorf von M.s V-Mann-Tätigkeit wusste — und vorliegende Informationen möglicherweise nicht weitergab. Der mit dem Wehrhahn-Anschlag befasste „EK Acker“-Ermittlungsleiter **Dietmar Wixfort** jedenfalls sagte vor dem PUA aus, er habe erst 2012 von der Verbindung des André M. zum Verfassungsschutz erfahren.

Der Hinweis im Lichte des NSU

Nach der Selbstenttarnung des NSU sichtete die Polizei erneut die Wehrhahn-Akten, und jetzt erschien der Hinweis auf tatbeteiligte Neonazis aus Ostdeutschland in einem neuen Licht. In der Folge fragte Wixfort beim VS NRW nach Informationen über André M., am 9. Februar 2012 lud der VS den Polizisten dann zu einem vertraulichen Gespräch. Da teilte der VS mit, André M. sei von August 1999 bis wenige Wochen vor dem Anschlag als V-Mann tätig gewesen, dann aber abgeschaltet worden. Er habe nichts Verwertbares berichtet.
Über das Gespräch liegt ein Vermerk einer — den „EK Acker“-Leiter zum Gespräch beim VS NRW begleitenden — Polizistin vor, die darin ihre starken Zweifel an den Angaben des Geheimdienstes darlegt. Verwundert stellte sie fest, dass während des Gesprächs auf einmal der V-Mann-Führer von „Apollo“ den Raum betrat und diesem ungefragt ein Alibi lieferte: André M. und er hätten einander zur Tatzeit im Düsseldorfer Hafen getroffen. Außerdem teilte der VS mit, bereits im September 2000 mit André M. ein angeblich „völlig unergiebiges“ Gespräch über den Anschlag geführt zu haben. Den Polizist*innen wurde eine Sammlung von Deckblattberichten des V-Mannes vorgelegt, deren Inhalt die Verfasserin des Vermerks aber als substanzlos wertete. Die Botschaft des VS an die Polizei war eindeutig: An der Sache ist nichts dran, haltet euch damit nicht auf.

„Auf ganzer Linie versagt“

Was wusste der VS tatsächlich über den Wehrhahn-Anschlag? Wurde „Apollo“ damals auch auf Ralf S. angesetzt? Wer wusste behördlicherseits was zu welchem Zeitpunkt — und was geschah mit etwaigen Informationen? Diese und andere Fragen hätte der PUA klären müssen. Im Anlagenband des Schlussberichts ist dokumentiert, dass zunächst auch geplant war, genauer hinter die Kulissen zu schauen. Bereits im Sommer 2016 verabschiedete der Ausschuss einstimmig mehrere Beweisbeschlüsse, um den V-Mann André M., den Informanten des LKA sowie die am Gespräch im Februar 2012 Beteiligten zu vernehmen. Später wurde unter anderem ergänzt, dass „Apollos“ V-Mann-Führer auch über sein dienstliches Verhältnis zum V-Mann „Ronald“ befragt werden soll. Hinter dem Decknamen „Ronald“ verbarg sich Johann H., damals stellvertretender Anführer der mittlerweile verbotenen *Kameradschaft Köln*. Er geriet im Februar 2012 ins Visier der Polizei, weil er dem Phantombild des Täters des NSU-Bombenanschlags in der Kölner Probsteigasse ähnlich sieht (vgl. LOTTA #60, 50—53).
Nach der Verhaftung von Ralf S. Ende Januar 2017 geschah dann etwas nicht Nachvollziehbares: Die Obleute des Ausschusses beschlossen, die genannten Beweisanträge zurück zu nehmen. Die Gründe für diese Entscheidung lassen sich nicht in Erfahrung bringen. Diesbe-

zügliche Fragen der LOTTA an die beteiligten Fraktionen des Landtags blieben unbeantwortet.

Einzig die Abgeordneten von *Bündnis 90/Die Grünen* und der *Piraten* versuchten, den Zeugen Wixfort im Ausschuss zu seinem Treffen mit dem zu VS befragen. Hier intervenierte dann der PUA-Vorsitzende **Sven Wolf** (SPD): Der Zeuge dürfe nur die Existenz des Gespräches bestätigen und mitteilen, dass ihm dort vertrauliche und geheime Akten gezeigt worden seien. Mehr ginge in öffentlicher Sitzung nicht. Da der Vermerk, auf den sich die Abgeordneten bei ihren Fragen bezogen, aufgrund seiner niedrigen Einstufung im Ausschuss hätte vorgetragen werden können, folgte eine kurze Sitzungsunterbrechung. Im Kreise der Obleute wurde dann offenbar Einvernehmen hergestellt, keine weiteren Fragen zu diesem Thema zu stellen. Wolf griff auch ein, als Fragen nach einem anderen Informanten der Polizei gestellt wurden — mit Verweis auf seine „Fürsorgepflicht" für diesen Informanten. Dieser soll 2012 ausgesagt haben, **Uwe Böhnhardt** oder **Uwe Mundlos** in den Jahren 1999/2000 unter anderem bei Rechtsrock-Konzerten in Düsseldorf gesehen zu haben.

„Der Untersuchungsausschuss des Landtags hat bei der Aufklärung eines möglichen behördlichen Fehlverhaltens im Zusammenhang mit dem Wehrhahn-Anschlag auf ganzer Linie versagt", kritisiert deshalb die Initiative *NSU-Watch NRW*. Der Ausschuss habe sich selbst zum „Erfüllungsgehilfen der Vernebelungstaktik des Verfassungsschutzes degradiert".

Kaum Thema im Prozess

Im Wehrhahn-Prozess spielte das Thema VS keine Rolle. Lediglich André M. musste am 5. März 2018 als Zeuge erscheinen, eine besondere Aussagegenehmigung benötigte er hierfür offenbar nicht. Dort sagte er aus, dass er sich am Tattag in seiner Wohnung in Düsseldorf-Derendorf aufgehalten habe — und stellte damit das Alibi, das ihm 2012 der V-Mann-Führer verschafft hatte, in Frage. Ansonsten betonte er, dass er sich kaum noch erinnern könne. Auf Vorhalt der Verteidigung bestätigte M. das Treffen mit dem Verfassungsschutz nach dem Anschlag. Er habe mitgeteilt, keine Kenntnisse über eine Täterschaft von Ralf S. zu haben. Für dieses Treffen habe er auch ein Honorar bekommen. Zudem teilte die Verteidigung mit, dass Ralf S. in den 52 Berichten von „Apollo" nur ein einziges Mal erwähnt sei — als Teilnehmer einer neonazistischen Musikveranstaltung. Im Prozess wurde zudem bekannt, dass M. den Angeklagten im Jahr 2000 über seine Vorladung zur Zeugenvernehmung bei der Polizei informierte und von diesem Anweisungen für seine Aussage erhielt. Ansonsten zeichnete M. vom Angeklagten das Bild eines „Spinners", den man in der Szene nicht ernst genommen habe.

Keine weitere Aufklärung

LOTTA wollte nun wissen, ob aus Sicht der im Landtag vertretenen Fraktionen weiterer Aufklärungsbedarf hinsichtlich des Wehrhahn-Anschlags besteht. Während die CDU die diesbezügliche schriftliche Anfrage ignorierte und die FDP lediglich ein allgemeines Statement ihres innenpolitischen Sprechers zum Thema Rechtsextremismus schickte, antworteten *Bündnis 90/Die Grünen* und SPD zumindest, allerdings ohne auf die zahlreichen Detailfragen einzugehen.

Aus Sicht der *Grünen* ist „rund um den Wehrhahn-Anschlag noch vieles ungeklärt — insbesondere, was die Rolle des Verfassungsschutz im Zusammenhang mit den damaligen Ermittlungen angeht. [...] Daher könnte und müsste aus unserer Sicht ein neuer Untersuchungsausschuss diese Aufklärungsarbeit leisten", so der Pressesprecher der Fraktion. Um ein solches Gremium einzusetzen, braucht es die Zustimmung von einem Fünftel der Landtagsmitglieder. Dieses Quorum könnten die *Grünen* zusammen mit der ebenfalls oppositionellen SPD erreichen, letztere will aber auch nach der noch ausstehenden Revisionsentscheidung des Bundesgerichtshof keinen Untersuchungsausschuss unterstützen, wie die *Grünen* mitteilten. Die SPD-Fraktion selbst teilte lediglich mit, man achte die Unabhängigkeit der Justiz und bewerte deshalb das Urteil im Wehrhahn-Prozess nicht, zumal es auch noch nicht rechtskräftig sei. Der Schlussbericht fasse die „öffentlichen Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses zum Sachverhalt zusammen".

Das Interview wurde geführt von Britta Kremers

„Ein Urteil darf nicht die Fehler der Ermittlungsbehörden vertuschen“

Interview mit Rechtsanwalt Alexander Hoffmann

Viel war seit der Festnahme von Ralf S. davon die Rede, dass die Staatsanwaltschaft eine überzeugende und geschlossene „Indizienkette“ in der Tasche habe, die es ermöglichen würde, dem Angeklagten die Tat zweifelsfrei nachzuweisen. Es kam anders. Über das Strafverfahren sprach LOTTA mit dem nicht am Wehrhahn-Prozess beteiligten Rechtsanwalt Alexander Hoffmann, einem der Nebenklagevertreter im Münchner NSU-Prozess.

Was ist das Besondere an einem Indizienprozess?

Als Indizienprozess wird allgemein ein Strafprozess bezeichnet, in dem es weder ein Geständnis, noch Tatzeugen gibt. Es findet eine normale Beweisaufnahme statt. Alle zulässigen Beweismittel werden in den Prozess eingeführt. Wann immer öffentlich von einem Indizienprozess gesprochen wird, ist äußerste Vorsicht geboten, weil die Hervorhebung suggeriert, es handle sich um eine Besonderheit. Dies ist aber nicht so: In jedem Strafprozess müssen alle Beweismittel einzeln und abschließend noch einmal in einer Gesamtschau geprüft werden. Eine Verurteilung darf nur erfolgen, wenn sich weder aus der Bewertung der einzelnen Beweismittel, noch aus der Gesamtschau Zweifel an der Täterschaft des Angeklagten ergeben. Die Unterscheidung zwischen „Indizienprozess“ und „normalem“ Prozess suggeriert aber, dass dies bei einem Prozess mit Tatzeugen oder Geständnis anders wäre. Dies ist falsch: Auch die Aussagen von Tatzeugen müssen im Einzelnen wie in der Gesamtschau sehr genau geprüft werden. Falsche Geständnisse sind gar nicht so selten. Das Besondere an einem Indizienprozess mag sein, dass allen Beteiligten die besonders schwierige Beweislage von vornherein bewusst ist. Dies war vorliegend der Fall, weil die Ermittlungsbehörden jahrelang erfolgversprechenden Spuren gar nicht oder unzureichend nachgingen. Ernsthafte Ermittlungen begannen erst nach vielen Jahren, als eine erfolgreiche Aufklärung des Anschlages eigentlich kaum mehr möglich war.

Der Bundesgerichtshof stellt fest: „Auch wenn keine der jeweiligen Indiztatsachen für sich allein zum Nachweis der Täterschaft des Angeklagten ausreicht, besteht die Möglichkeit, dass sie in ihrer Gesamtheit dem Gericht die entsprechende Überzeugung vermitteln können.“ Die Strafkammer scheint aber eher nach dem Motto vorgegangen zu sein: 20-mal für sich allein nicht eindeutig, kann nicht zu einer Eindeutigkeit in der Gesamtschau führen...

Die Entscheidung des BGH zeigt, dass sowohl eine Würdigung der vorhandenen Beweisanzeichen jeweils für sich, als auch eine „Gesamtwürdigung“ durchzuführen ist. Und dass es möglich ist, auf Basis der Gesamtheit aller Beweisanzeichen zu der Überzeugung zu gelangen,

dass keine Zweifel an der Schuld eines Angeklagten bestehen. Das schriftliche Urteil des Landgerichts wird insoweit zu überprüfen sein. Es wäre fehlerhaft, wenn die Gesamtschau aller Beweisanzeichen keinen Zweifel an der Schuld des Angeklagten erkennen lässt. Selbstverständlich muss aber zunächst der Beweiswert jedes einzelnen Beweismittels geprüft werden.

Welche Handlungsspielräume hat eine Strafkammer eigentlich in einem solchen Indizienprozess? Und wie wurde in vergleichbaren Indizienprozessen entschieden?

Eine Tüte mit Drogen in einer Wohnung, eine Feinwaage, Verpackungsmaterial und Geld in „szenetypischer Stückelung" reichen oft zur Verurteilung wegen Drogenhandels. Auch Verurteilungen wegen eines Tötungsdelikts, obwohl nie eine Leiche gefunden wurde, sind rechtskräftig geworden. Im juristischen Alltag sind die Anforderungen, die Gerichte an die Überzeugungskraft von Beweisanzeichen stellen, deutlich niedriger, als dies die Berichterstattung unter dem Schlagwort „Indizienprozess" vermuten lässt. Für die symbolhafte Verurteilung von Linken für politisch motivierte Taten haben Gerichte in der Vergangenheit bereits vage Indizien als ausreichend befunden. Insofern mutet es schon etwas befremdlich an, dass die Rufe nach der Verteidigung rechtsstaatlicher Prinzipien aus Justizkreisen und der Mitte der Gesellschaft eigentlich nur dann zu hören sind, wenn es um die Verurteilung von Nazis geht. Man wünschte sich diese Stimmen in anderen Verfahren, beispielsweise gegen Geflüchtete oder Kurd_innen.

Mehrere gerichtliche Zeug_innenaussagen wurden letztendlich als nicht belastbar von der Strafkammer gewertet, weil es Abweichungen von Aussagen in vorherigen polizeilichen Vernehmungen gab. Eigentlich erklärbar bei derartig großen Zeitabständen. Zählt letztendlich tatsächlich nur das, was Zeug_innen in der Gerichtsverhandlung aussagen?

Der Zeugenbeweis ist sehr unsicher. Zeugen sind Menschen. Sowohl bei der Wahrnehmung, als auch bei der Wiedergabe ihrer Wahrnehmungen können Irrtümer erfolgen. Wenn dann noch ein langer Zeitablauf seit der ursprünglichen Wahrnehmung dazu kommt, die erste polizeiliche Vernehmung nicht gut dokumentiert wurde und dann vor Gericht eine abweichende Erinnerung geschildert wird, kann die Aussage kaum mehr belastend benutzt werden. Oft ist es besser, ein Zeuge erinnert sich Jahre später gar nicht mehr, dann nämlich kann seine ursprüngliche Vernehmung bei der Polizei über die damaligen Vernehmungsbeamten eingeführt werden. Wenn ein Zeuge aber in der Hauptverhandlung eine abweichende Wahrnehmung schildert, kann auf seine damalige Aussage nur schwer eine Verurteilung gestützt werden. In Verhandlungen zu lang zurückliegenden Geschehnissen rächen sich alle Versäumnisse der Ermittlungsbehörden, also von Staatsanwaltschaft und Polizei. Jede mangelnde Dokumentation einer Vernehmung, jede unklare Belehrung, jede unsauber oder nicht gestellte Frage kann dann eine Zeugenaussage entwerten. Denn letztlich muss es dabei bleiben, dass im Zweifel für den Angeklagten und damit für einen Freispruch entschieden wird. Es ist wichtig zu erkennen, dass dieser Zweifelsgrundsatz ein fortschrittlicher ist, der, egal wie schwer es uns fällt, verteidigt werden muss. Es kann und darf nicht sein, dass ein Angeklagter verurteilt wird, wenn ernsthafte Zweifel an seiner Schuld bestehen. Es ist ein Merkmal autoritärer, undemokratischer Rechtssysteme, solche Zweifel beiseite zu schieben. Ein Urteil darf nicht die Fehler der Ermittlungsbehörden nachträglich vertuschen. Wenn eine Ermittlung, beispielsweise eine einzelne Zeugenbefragung, ein Wiedererkennen einmal durch Suggestion beeinflusst wurde, dann ist sie unwiederbringlich zerstört und damit wertlos.

Seitens der Anklage und der Nebenklage ist ja Revision beantragt worden. Würdest du dies als rein symbolischen Akt verstehen, oder besteht tatsächlich eine Chance, dass neu verhandelt wird? In welchen Fällen würde der BGH ein Urteil überhaupt beanstanden?

Bevor das schriftliche Urteil nicht vorliegt, kann diese Frage nicht ernsthaft beantwortet werden. Der BGH hebt das Urteil auf, wenn es auf einem Fehler beruht. Das kann die falsche rechtliche Bewertung sein oder ein Verfahrensfehler. Die Revision muss innerhalb einer Woche nach der mündlichen Urteilsbegründung eingelegt werden, zu einem Zeitpunkt, zu dem eine tiefgehende Beurteilung von möglichen Fehlern des Gerichts nur sehr schwer möglich ist, weil das schriftliche Urteil noch nicht vorliegt. Die Revisionseinlegung bedeutet also noch nichts. Nach Zustellung des schriftlichen Urteils muss die Revision innerhalb eines Monats begründet werden. Hier entscheidet sich, ob tatsächlich substantielle Fehler gerügt werden, ob die Verfahrensbeteiligten tatsächlich Energie in die Überprüfung des Urteils stecken.

Was würde eigentlich passieren, wenn nach einem rechtskräftigen Freispruch neue Beweise auftauchen würden, die den Freigesprochenen stark belasten?

Unter sehr eingeschränkten Möglichkeiten kann das Verfahren wieder aufge-

Foto: @infozentrale

Gedenkveranstaltung zum 18. Jahrestag am Tatort.

nommen werden. Wenn, wie vorliegend, ein Freispruch erfolgt ist, können allerdings „neue Beweise" nicht zu einer Wiederaufnahme zuungunsten des Angeklagten führen, sondern nur ein glaubhaftes Geständnis des Angeklagten oder beispielsweise der Nachweis, dass entlastende Beweismittel vorsätzlich falsch waren.

Für die Opfer des Anschlags muss der Freispruch ja wie ein Schlag ins Gesicht gewirkt haben. Hat die Staatsanwaltschaft im Fall Wehrhahn zu hoch gepokert? Beziehungsweise: Hätte das Gericht die Klage überhaupt annehmen dürfen?

Es gibt Situationen, in denen die von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Beweismittel eine Durchführung der Hauptverhandlung notwendig machen, obwohl von Anfang an klar ist, dass Zweifel an einer möglichen Verurteilung bestehen. Dann muss verhandelt werden. Für die Opfer des Anschlages wäre es sicher noch schlimmer gewesen, wenn erst gar nicht verhandelt worden wäre. Eine ähnliche Situation besteht zur Zeit beim Prozess gegen vermeintlich Verantwortliche für das Unglück auf der Love-Parade in Duisburg. Die Möglichkeit, dass dieses Verfahren endet, weil während der Hauptverhandlung Verjährung eintritt, ist hoch. Trotzdem wäre es wohl eine falsche Entscheidung gewesen, die Hauptverhandlung gar nicht zu versuchen.

In der öffentlichen Wahrnehmung hat sich die Erzählung vom korrekten, engagierten, sich sogar aufopfernden Oberstaatsanwalt, von einem vom Prozess überforderten und die Komplexität des Sachverhalts nicht ausreichend durchdringenden Vorsitzenden Richter und von einer blassen Nebenklage durchgesetzt. Wie ist dazu deine Einschätzung?

Hier eine Einschätzung aus der Ferne abgeben zu wollen, ist etwas gewagt. In der Kritik des Urteils wird dargestellt, der Vorsitzende Richter, der die Verhandlung führte und die wesentlichen Befragungen durchführte, habe frühzeitig durch seine Fragetechnik und sein sonstiges Verhalten zu verstehen gegeben, dass er Zweifel an der Schuld des Angeklagten hat. Er habe Zeug_innen verunsichert, habe sich leichtfertig von dem Angeklagten täuschen lassen. Allerdings hat keiner der Prozessbeteiligten, weder die Staatsanwaltschaft, noch die Nebenklage, während der Hauptverhandlung einen Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden oder weitere beteiligte Richter gestellt, wie das zu erwarten wäre, wenn deutlich wird, dass sich ein Richter bereits frühzeitig in seiner Entscheidung festgelegt hat. Die Vorwürfe wirken deshalb insgesamt schwach. Erst eine Prüfung des schriftlichen Urteils wird eine abschließende Beurteilung möglich machen.
Auffällig war allerdings auch, dass die Nebenklage sich in meiner Wahrnehmung ausschließlich auf die mögliche Verurteilung des Angeklagten konzentriert hat. Öffentlich wurden keine Beweisanträge, die die Fehler der Ermittlungsbehörden, institutionellen Rassismus, mögliche Verbindungen des Angeklagten in die Naziszene oder Aktivitäten des Verfassungsschutzes zum Ziel hatten. Damit wurde jede Chance vergeben, die Gründe, die dem angeblichen Versagen der Ermittlungsbehörden nach der Tat zu Grunde lagen, zu beleuchten. Eine Nebenklage, die sich ausschließlich der Anklage der Staatsanwaltschaft anschließt und keine weitergehenden Ziele ins Auge fasst, wird einem solchen Prozess kaum gerecht.

Vielen Dank für das Interview.

Von Rainer Roeser

„Auf hohem Niveau“ im Kampf gegen das Regime

Die AfD hat eine parteinahe Stiftung gefunden

Mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit verschafften die Delegierten des Parteitages Mitte 2018 der „Desiderius-Erasmus-Stiftung“ (DES) den Status einer parteinahen Stiftung. Vorausgegangen war eine heftige und jahrelange Diskussion über Sinn und Zweck einer Stiftung im Allgemeinen und dieser Stiftung im Konkreten.

Fünfeinhalb Jahre AfD sind eine Geschichte der stetigen Radikalisierung. In der Partei geht nichts mehr ohne ihren völkisch-nationalistischen Teil. Die, die sich „gemäßigt“ nennen, sind zum großen Teil so sehr nach rechts gedriftet, dass ein Unterschied etwa zu den *Republikanern* nicht mehr auszumachen ist. Diese Entwicklungen gehen mit einer Professionalisierung der Strukturen einher.

Dazu gehört, dass es immer mehr Parteifunktionäre zu bezahlten Mandaten zieht. Im Bundesvorstand sind nur drei von 14 Mitgliedern noch nicht mit Parlamentssitzen versorgt. Gut möglich, dass die Zahl weiter sinkt, wenn die AfD Mitte November ihre Europa-Kandidaten nominiert. Noch wichtiger aber als die individuelle Absicherung ihrer Funktionäre ist eine Entscheidung, die der Bundesparteitag Mitte des Jahres traf: Die AfD verfügt nun über eine parteinahe Stiftung.

In den Monaten vor dem Parteitag sah es lange wie ein Zweikampf aus: Auf der einen Seite buhlte die DES darum, von der AfD offiziell anerkannt zu werden, auf der anderen Seite die *Gustav-Stresemann-Stiftung*. Wer wann warum welche der beiden Initiativen unterstützte, war zuweilen nicht leicht zu erkennen. Klar war nur, dass die DES eher dem wirtschaftsliberalen Flügel um **Alice Weidel** zugerechnet wurde, während die *Gustav-Stresemann-Stiftung* von **Alexander Gauland** gepusht wurde. Unüberwindbar wirkten die Unterschiede freilich nicht. Immerhin saßen im Kuratorium der favorisierten, Weidel-nahen Stiftung Leute wie **Karlheinz Weißmann** oder **Karl Albrecht Schachtschneider**, die Anhängern der „Neuen Rechten“ trotz aller Differenzen durchaus gefallen können.

Kampf ums Geld

Es geht um sehr viel Geld aus der Staatskasse — auch wenn die DES eine Art Bescheidenheitsgelübde ablegte und für das zweite Halbjahr 2018 „nur“ 480.000 Euro beantragte. Rund 70 Millionen Euro jährlich könnte die AfD theoretisch beanspruchen. Das wäre immerhin das Vierfache dessen, was die AfD-Bundestagsfraktion für ihre Arbeit ausgeben kann.

Zwischenzeitlich schien es, als seien die beiden konkurrierenden Initiativen auf (eine) Linie gebracht worden. Partei- und Stiftungsfunktionäre hatten vor einer Sitzung des AfD-Vorstands Mitte April einen Kompromiss ausgetüftelt. Die „Erasmus-Initiative“, an deren Spitze die Ex-CDU-Politikerin **Erika Steinbach** im Monat zuvor den AfD-Abgeordneten **Peter Boehringer** abgelöst hatte, sollte als parteinah anerkannt werden. Den Mitgliedern der „Stresemann-Initiative“, darunter AfD-Kulturpolitiker **Marc Jongen**, wurde im Gegenzug die Möglichkeit eingeräumt, in die DES zu wechseln. Und sobald dies rechtssicher durchgesetzt sei, sollte die Stiftung nach **Gustav Stresemann** benannt werden. Die Fraktionsvorsitzende Weidel war hernach zufrieden: Als „Ideenschmiede der AfD“ werde die Stiftung „wichtige Impulse für die politische Arbeit in unserem Land geben“.

Doch das Kompromissgebilde platzte

erst einmal. Der Konvent der AfD vertagte etwas überraschend Anfang Mai eine Entscheidung. Zuvor war deutlich geworden, dass die Konflikte zwischen den Stiftungsinitiatoren keineswegs beigelegt waren. *Der Spiegel* berichtete, der Stresemann-Vorsitzende habe der DES vorgeworfen, mit „unrichtigen" Behauptungen zu arbeiten, Absprachen zu brechen und „politische Erpressung" zu betreiben. Nach der Konventssitzung meldete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die Stresemann-Vertreter hätten Nachforderungen gestellt und 20 Prozent der Einnahmen der DES für eigene Projekte haben wollen.

Gründungsmythen

Dabei war der Streit der Stiftungsfunktionäre nur eines der Probleme. Zumindest an der Parteibasis fürchteten Anhänger des rechten Flügels, dass ein Votum für die *Desiderius-Erasmus-Stiftung* auch eine Vorentscheidung im Machtkampf um die Linie der Partei insgesamt darstellen könnte. Sie monierten, dass Vertreter des „patriotischen" Flügels — sprich: ausgewiesene Partei-Rechtsaußen — in den Gremien der DES fehlen würden. Quasi durch die Hintertür wolle das Weidel-Lager die Kontrolle über die AfD übernehmen.

Vollends unübersichtlich wurde die Situation, als sich ein weiteres Lager lautstark zu Wort meldete: die, denen Stiftungen im Moment per se suspekt sind. Der Bundestagsabgeordnete **Thomas Seitz** warnte: „Kein Delegierter sollte übersehen, dass angesichts der noch weitgehend labilen Strukturen der AfD eine parteinahe Stiftung das künftige informelle Machtzentrum der Partei sein wird." Über die Stiftung werde „entscheidender Einfluss auf die künftige Ausrichtung der Partei genommen" — ohne dass man wisse, „aus welchen Quellen sich die Stiftung finanziert".

Vor dem Hintergrund, dass eine AfD-Stiftung wohl erst frühestens 2021 in den Genuss staatlicher Gelder kommen könnte, befand Parteivize **Albrecht Glaser**: „Der Versuch, jetzt nach Euro-Millionen zu greifen, die es nicht gibt und auf absehbare Zeit nicht geben wird, würde unsere Prinzipienlosigkeit demonstrieren und uns der Lächerlichkeit preisgeben."

Glaser und Seitz griffen eine Stimmung auf, die an der Basis weiter verbreitet ist als in den oberen Rängen. Und die bei Mitgliedern, die früh zur AfD stießen, stärker ist als bei denen, die erst spät ihre Sympathien für die rechte Partei entdeckten. Es ist in weiten Teilen eine sehr nostalgische Stimmung. Sie knüpft an einen Gründungsmythos an: dass man völlig anders sei als die etablierten Parteien, transparenter vor allem. Doch die derart unbefleckte AfD gibt es längst nicht mehr. Sie ist ein intransparenter Karriereautomat geworden, in dem munter — und mitunter hasserfüllt wie in keiner anderen Partei — Machtkämpfe ausgetragen werden.

Die Gründungsmythen haben für den AfD-Alltag keine Bedeutung mehr. „Waffengleichheit" wurde zum Wort der Stunde: Wenn die anderen Parteien von ihren Stiftungen profitieren, muss die AfD mit ihnen gleichziehen. Am Ende wollten die Parteitagsdelegierten in Augsburg den gordischen Knoten durchschlagen, nach der jahrelangen Diskussion endlich zu einer Entscheidung kommen. Auch Höckes „Flügel", der sich ansonsten als strenger Hüter alter AfD-Werte geriert, stellte sich nicht in den Weg. Steinbach kam dem Rechtsaußen-Flügel verbal entgegen. Sie versicherte, dass ihre Stiftung alle Gruppen in der AfD ansprechen wolle: die „Alternative Mitte" ebenso wie den „Flügel" oder die „Patriotische Plattform".

Stiftungs-Personal

Die völkischen Nationalisten fehlen freilich in den DES-Gremien. Eher orientiert sich die Stiftung am Bild, das auch die Bundestagsfraktion abliefert: Radikal rechts, aber ohne das Volksgedröhn Höckescher Prägung. Steinbach ist die alles dominierende Person. Zum zehnköpfigen Vorstand zählt auch wieder der ehemalige FAZ-Redakteur **Konrad Adam**, der Mitte September zum Ehrenvorsitzenden gewählt wurde. Als Vertrauter von Alice Weidel gilt Vorstandsmitglied **Hans Hausberger**, der nach *Spiegel*-Informationen in den 90er Jahren bereits die *Republikaner* bei drei Stiftungsprojekten unterstützt hatte. **Ralf Nienaber** aus Dinslaken (Kreis Wesel/NRW) stellt in der DES-Führung das Bindeglied zu den AfD-nahen Stiftungen auf Länderebene dar. In NRW leitet er den *Immanuel-Kant-Verein*. Ähnliche regionale Stiftungen existieren auch in anderen Ländern, in Brandenburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein als *Erasmus-Stiftungen*, in Sachsen-Anhalt als *Friedrich-Friesen-Stiftung*, in Baden-Württemberg als *Gustav-von-Struve-Stiftung*. Einen begehrlichen Blick haben sie allesamt auf die Landesetats gerichtet. Eine Stiftung in NRW könne mit sechs- und bei entsprechend großem Bildungswerk sogar mit bis zu siebenstelligen Summen pro Jahr kalkulieren, rechnet Nienaber vor.

Dem *Erasmus*-Vorstand auf Bundesebene steht ein 29-köpfiges Kuratorium zur Seite. Die Stiftung will mit diesem Gremium einen „hochkarätigen Beraterpool quer durch alle Fachdisziplinen" aufbauen. Mitglieder, die für Seriosität stehen sollen, zählen dazu, wie zum Beispiel der Vorsitzende des Gremiums, CDU-Mitglied **Max Otte**, oder **Wolfgang Ockenfels**, der der *Ordensgemeinschaft der Dominikaner* angehört. Die Bundestagsfraktion ist mit zwei Abgeordneten vertreten: **Roland Hartwig** und Marc Jongen, der nach der Parteitagsentscheidung zur DES stieß. Den antifeministischen Part der Kämpfer wider den „Genderismus"

deckt einer wie **Ulrich Kutschera** ab, Professor für Biologie an der *Universität Kassel*. Das Adoptionsrecht für Homosexuelle bezeichnete er einst als „staatlich geförderte Pädophilie" und verglich die Gender-Forschung mit einem Krebsgeschwür. Und dann sind da jene, deren Biographien tief ins Lager der „Neuen Rechten" verweisen. Der stellvertretende Vorsitzende Weißmann, Mitgründer des *Instituts für Staatspolitik*, zählt dazu. Oder Schachtschneider mit seinen vielfachen Verbindungen zur *Jungen Freiheit* und zu *Compact*, zu extrem rechten Burschenschaften und zur *Patriotischen Plattform*, zur Initiative *Ein Prozent* und zum *Kopp Verlag*.

AfD-Narrative — wissenschaftlich verbrämt

Weißmann und Schachtschneider waren es auch, die in zwei Veranstaltungen noch vor der offiziellen Anerkennung der Stiftung andeuteten, wohin die Reise gehen soll. Weißmann sprach Ende Mai in Dresden über den „Kulturbruch '68", die „linke Revolte" und ihre Folgen, die die AfD ansonsten ihrer weniger bildungsbürgerlich beflissenen Anhängerschaft als „links-rot-grüne Versiffung" verkauft. Staatsrechtler Schachtschneider, der der Justiz vorwirft, die „inzwischen herrschende Meinung der wenig kritischen Rechtslehre" habe „das Tor Deutschlands für die Islamisierung weit geöffnet, ja Deutschland gegen die islamische Invasion schutzlos gemacht", referierte bei einer Veranstaltung Anfang März in Berlin. Mitte Juni, wiederum in Berlin und gesponsert von der Stiftung, ging es um „Grenzöffnung, Rechtsstaat und die Rolle des Bundestages" und dabei „auf hohem wissenschaftlichen Niveau" um die Möglichkeit, „gegen die fortwährende Grenzöffnung und die damit verbundenen Rechtsverstöße vor dem Verfassungsgericht vorzugehen". Eine entsprechende Klage der AfD-Bundestagsfraktion, so informierte die DES in ihrem Newsletter auf womöglich nicht ganz so wissenschaftlichem Niveau, sei „gegen das Regime Merkel" gerichtet. Da fügt es sich ins Bild, dass der Kuratoriumsvorsitzende Otte nach Chemnitz auf Twitter die rhetorische Frage stellte, ob „die medial völlig verzerrt dargestellten Vorfälle von Chemnitz zum neuen Reichstagsbrand, zum Auftakt der offiziellen Verfolgung Andersdenkender" würden — was ihm den Vorwurf einbrachte, NS-Verbrechen zu relativieren.

Die Klagen über die „islamische Invasion", „Gender-Wahn", das verhängnisvolle '68 und Merkels „Regime", dazu die Umdeutung von Geschichte: Man kennt all das von PEGIDA-Aufläufen und AfD-Parteitagen — nun kommen die Standardnarrative der Partei auch in längeren Sätzen und wissenschaftlich verbrämt daher. Und nach Möglichkeit staatlich gefördert.

Martin Hohmann (3. von links) auf einer AfD-Kundgebung am 10. April 2018 in Fulda.

Von Sebastian Hell

Ärger in der Hochburg

Die AfD in Fulda

Das erzkatholische Fulda ist eine Hochburg der AfD. Kontakte zur extremen Rechten erschüttern das Bild der Partei dort ebenso wenig wie auf Bundesebene. Weder interne Querelen und Austritte noch gerichtliche Auseinandersetzungen und das offensive Einschüchtern von Linken dürften der AfD in der Region Stimmen kosten.

2016 erzielte die AfD in Fulda bei der Kommunalwahl knapp 15 Prozent und lag damit über dem durchschnittlichen Ergebnis in Hessen. Bei der Bundestagswahl 2017 erzielte sie im Wahlkreis Fulda sogar ihr hessenweit bestes Ergebnis. Wieder machten 15 Prozent der Wahlberechtigen ihr Kreuz bei den Rechten. Ein Grund für das gute Abschneiden dürfte der prominenteste Vertreter der hessischen AfD sein, der ehemalige CDUler **Martin Hohmann**. Bei der Kommunalwahl 2016 zog Hohmann als parteiloser Kandidat auf der AfD-Liste in den Kreistag von Fulda ein, er bekam damals die meisten Stimmen aller BewerberInnen, kurz darauf trat er dann in die AfD ein. Auch bei der Bundestagswahl 2017 erzielte er mit über 17 Prozent der Erststimmen das beste Ergebnis aller hessischen AfD-KandidatInnen. Dies reichte zwar nicht für ein Direktmandat, aber als Sechstplatzierter auf der Landesliste zog er trotzdem in den Bundestag ein. Zu seiner CDU-Zeit amtierte Hohmann zwischen 1984 und 1998 als Bürgermeister in Neuhof bei Fulda. Im Anschluss war er bis 2005 Bundestagsabgeordneter. Hier erlangte er erstmals größere Aufmerksamkeit, als er im Mai 1999 mit weiteren Bundestagsabgeordneten einen Antrag einreichte, mit dem die Errichtung des Berliner Holocaust-Denkmals verhindert werden sollte. 2003 wurde er aus der CDU ausgeschlossen, nachdem er zum Tag der Deutschen Einheit eine antisemitische Rede gehalten hatte, in der er in den Raum stellte, dass „man Juden mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk' bezeichnen" könnte (vgl. LOTTA #15, S. 11-13).

Streitigkeiten, Anklagen, Austritte

Trotz aller Erfolge verstrickt sich die AfD in Fulda immer wieder in Querelen und Streitigkeiten. Einzelne müssen deshalb sogar rechtliche Konsequenzen befürch-

ten. So wird momentan gegen den Kreissprecher **Dietmar Vey** wegen Beleidigung, übler Nachrede, Verleumdung und versuchter Nötigung ermittelt. Bei einer Mitgliederversammlung im Mai soll es zum Streit über den anhaltenden Rechtsruck des Kreisverbandes gekommen sein. Vey, der den Kurs verteidigte, soll dabei mehrere Mitglieder beleidigt und ihnen unterstellt haben, beim Landesparteitag in Stimmkabinen eingedrungen zu sein. Außerdem soll er eigenmächtig Abmahnungen gegen diese Mitglieder ausgesprochen haben. Im Nachgang der Mitgliederversammlung haben laut Polizei vier Personen Anzeige erstattet.

Bei der Auseinandersetzung soll es auch um die Kontakte zur *Identitären Bewegung* (IB) gegangen sein. Hierbei stieß einigen Mitgliedern offensichtlich die Wahl von **Jens Mierdel** als Direktkandidat für den Wahlkreis Fulda I übel auf. Mierdel war bis 2015 bei der IB in Fulda aktiv. Erst 2016 hatte er gegenüber der *Frankfurter Rundschau* erklärt, sich dort nicht mehr zu betätigen. Dass dies jedoch keine Distanzierung nach sich ziehen muss, unterstrich wiederum Hohmann bei einer Veranstaltung im Juli, als er angab, keine Probleme mit der IB zu haben: „Im Gegenteil", was sich „viele Jüngere immer wieder wünschen, dass unser politisches Leben bunt, phantasievoll und vielfältig ist", das würde die IB bieten. Hohmann wünschte dieser „weitere Erfolge".

Auf die parteiinternen Streitigkeiten folgten mehrere Rücktritte, auch wenn dies bisher öffentlich bestritten und seitens der betreffenden AfDlerInnen persönliche Gründe vorgeschoben werden. Aus der Partei ausgetreten ist hingegen der ehemalige Kreissprecher der AfD-Fulda, **Heiko Leimbach**. Er begründete seinen Austritt öffentlich mit dem Rechtsruck innerhalb der AfD und der Nähe zu extrem rechten Gruppen und Personen. Er selbst sei laut *Frankfurter Rundschau* auch beleidigt worden und habe Drohmails bekommen, in denen ihm mit dem „Fegefeuer" gedroht worden sei. Mit ihm ist auch der Schatzmeister des Kreisverbandes, **Matthias Müller**, zurückgetreten — und wenig später auch der Beisitzer **Hermann Krauss**. Zuletzt hat mit **Marion Ascher** ein weiteres Vorstandsmitglied ihren Posten verlassen.

Zuletzt wurde dann noch bekannt, dass gegen ein ehemaliges Vorstandsmitglied der *Jungen Alternative Hessen* aus Fulda Anklage erhoben wurde. **Toni Reinhard** wird vorgeworfen, beim Notruf angerufen und sich für den Sprecher des Fuldarer Bündnisses *Fulda stellt sich quer* ausgegeben zu haben. Unter dessen Namen soll er behauptet haben, seine Frau ermordet zu haben. Dies zog einen Großeinsatz der Polizei nach sich, der wohl nun für Reinhard vor Gericht enden wird.

Weitere Kontakte nach rechtsaußen

Mittlerweile sind Kontakte und Überschneidungen mit Akteuren der extremen Rechten für die AfD fast zur Normalität geworden. Dies lässt sich in vielen Regionen beobachten — auch in Fulda. So wird der AfD-Direktkandidat für den Wahlkreis Fulda II, **Pierre Lamely**, auf der Homepage des Bodybuilder-Blogs „Body-Extrem" als Redaktionsmitglied aufgeführt. Neben ihm werden dort drei weitere Redaktionsmitglieder genannt, wovon einer in der Vergangenheit als Mitglied der *Hammerskins* auffiel und auch an deren Veranstaltungen teilnahm.

Auch bei einer AfD-Kundgebung unter dem Motto „Die Polizei bleibt unser Freund" am 30. April in Fulda wurden die Kontakte nach rechtsaußen deutlich. Hintergrund waren tödliche Schüsse eines Polizisten auf einen Geflüchteten und die nachfolgende Kritik an der Unverhältnismäßigkeit des Schusswaffeneinsatzes. Zur AfD-Kundgebung kamen etwa 150 Personen, darunter auch eine etwa fünfköpfige Gruppe der hessischen NPD. Als Ordner fungierte eine Person, die erst wenige Wochen zuvor zum NPD-Konzert nach Wetzlar angereist war (vgl. LOTTA #71, S.31-33) und ähnliche Veranstaltungen auch im vergangenen Jahr in Themar besucht hatte.

Auch im Mitarbeiterstab von Hohmann lassen sich Schnittstellen zur extrem rechten Szene ausmachen. So beschäftigt er nach Erkenntnissen der *tageszeitung* unter anderem **Katrin Nolte**. Diese erlangte bisher hauptsächlich als Moderatorin von „Die Woche Compact" Bekanntheit, eine Art Nachrichtensendung des Magazins von **Jürgen Elsässer.** Bemerkenswert ist auch, dass sie die Frau von Hohmanns AfD-Fraktionskollegen **Jan Nolte** ist, was einen Beigeschmack erzeugt, es könnte sich hierbei um das Zuschanzen von Posten handeln. Eine solche Praxis wirft die AfD eigentlich gerne den anderen Parteien vor.

Ohne Effekt

Letztendlich ergeht es der AfD Fulda wie der Bundespartei. Es gibt Skandalträchtiges, Kontakte zur extremen Rechten und rechtliche Auseinandersetzungen, die im Grunde genommen der Partei elementar schaden müssten. Aber ebenso wenig wie sachliche Argumente hält das vermutlich viele potenzielle Wähler_innen nicht davon ab, für die Partei zu stimmen. Allerdings wird im Oktober keine Person aus der Region Fulda in den hessischen Landtag einziehen, es sei denn, es wird eines der Direktmandate gewonnen. Dennoch ist die AfD Fulda ein anschauliches Beispiel für die Entwicklung der AfD in Hessen.

Von Hannah Tietze und Kim Langemann

Rechter Frei-Raum Dorstfeld?

Auswirkungen rechter Raumaneignung und Gegenstrategien

Mit einer Demonstration durch die Stadtteile Dorstfeld und Marten, auf der massiv antisemitische Parolen gerufen werden, steht Dortmund wieder einmal im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Dortmunder Zivilgesellschaft weiß von der Versammlungsanmeldung, lässt es geschehen. Antifaschistische Interventionen bleiben aus. Doch ist Dorstfeld wirklich der „Nazikiez", den die Nazis selbst propagieren? Eine jüngst vorgestellte Sozialraumanalyse der „Quartiersdemokraten" beschäftigt sich mit „zivilgesellschaftlichen Problem- und Handlungsfeldern" in Dorstfeld.

21. September 2018, ein Freitagabend in einer deutschen Großstadt. Menschen ziehen unbehelligt mit schwarz-weiß-roten Flaggen umher und brüllen: „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit", und es ist nicht Chemnitz, sondern Dortmund. 100 Nazis erhalten mit ihrer Pyroshow maximale Aufmerksamkeit. Eine direkte Konsequenz des ausbleibenden Protests: Die Polizei minimiert ihre Gefahrenprognose, die Nazis laufen fast ohne Begleitung, sie erzeugen eine Drohkulisse. Wie sich neonazistische Raumnahme auswirkt und was passiert, wenn Neonazis der Raum — wenn auch nur temporär — überlassen wird, zeigte sich in diesen Tagen wiederholt im Stadtteil Dorstfeld. Dortmund hat eine verfestigte, professionalisierte und gewaltbereite Naziszene mit bundesweiter Anziehungskraft (vgl. Lotta #71, S. 17). Doch ist Dortmund ein Frei-Raum für die extreme Rechte, also ein Ort „der politischen Sozialisation des Nachwuchses und der identitären Selbstvergewisserung" mit „szeneeigenen Immobilien, Vertrieben und Verlagen"? Oder ein Dominanzraum, also ein Ort, wo „die öffentliche Repräsentanz und Verankerung der extremen Rechten dafür sorgt, dass ihre soziale Praxis als Normalität legitimiert oder hingenommen wird"? (Siehe Lotta #53, S. 17) Auf Dorstfeld treffen beide Aspekte begrenzt zu.

Auswirkungen rechter Raumaneignung

Die Wahrnehmung des Stadtteils Dorstfeld ist eine Frage der Perspektive und von subjektiven Erfahrungen abhängig. In den Straßen rund um den Wilhelmplatz finden sich zahlreiche Raummarkierungen. Mit Graffitis, Aufklebern, Beflaggung und Präsenz im öffentlichen Nahraum suggerieren die Nazis, Dorstfeld sei ihr Viertel. Sie haben Teile Dorstfelds als Lebens- und Aktionsmittelpunkt gewählt, es gibt dort seit mittlerweile zehn Jahren Nazi-WGs. Die von Neonazis angemieteten Räumlichkeiten in der Thusneldastraße, in denen die Partei *Die Rechte* Veranstaltungen durchführt, wurden jüngst umgestaltet und mit einem Schild „Alt Dorstfeld" und rot-weißer Blumendekoration versehen. Neonazis beanspruchen den Raum auf dem und um den Wilhelmplatz, unter anderem für Informationsstände der *Die Rechte*. Bei gutem Wetter ist eine Alki-Nazi-Clique um **Siggi Borchardt** ab vormittags beim täglichen Bierkonsum zu beobachten. Obwohl der Stadtteil unbestreitbar eine gewisse Anziehungskraft für die extreme Rechte bundesweit hat, ist die Beschreibung Dorstfelds als „Hochburg der Neonaziszene" — wie es mitunter in der Presse geschieht — nicht ganz zutreffend. In Dorstfeld leben sehr viele verschiedene Menschen aus unterschiedlichen Milieus — Alteingesessene, Studierende, Arbeiter*innen, Migrant*innen. Und abseits der von ihnen bewohnten Straßen können die Nazis ihre inszenierte Hegemonialstellung im Alltag nicht aufrechterhalten.

Sozialraumanalyse der „Quartiersdemokraten"

Räume sind Ergebnisse sozialer, kultureller und politischer Praxen. Die Dorstfelder*innen sind frustriert von der Wahrnehmung ihres Stadtteils als „Nazikiez". 2017 ist ein neues Modellprojekt namens „Quartiersdemokraten" ins Leben gerufen worden, dessen Träger der *Verein zur Förderung von Respekt, Toleranz und Verständigung in Dortmund-Dorstfeld e.V.* ist. Im Rahmen des Programms „NRWeltoffen" wird es gefördert vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Die „Quartiersdemokraten" haben eine Sozialraumanalyse durchgeführt, um Einblicke in die subjektive Lebenswelt der Bewohner*innen im Stadtteil zu gewinnen. Dabei geht es nicht um einen geographisch oder stadtpolitisch abgesteckten, sondern um einen von den handelnden Akteur*innen konstituierten Raum, der die soziale Alltagspraxis und Perspektive der dort lebenden Menschen explizit in den Fokus nimmt. Die Sozialraumanalyse zeigt, wie Kämpfe um reale Orte und die Möglichkeit ihrer Nutzung durch bestimmte Milieus ausgehandelt werden, sowie die diskursive Deutung dieses Raumes. Wichtig im Untersuchungsansatz war, dass verschiedene Milieus befragt werden, da sie ganz unterschiedliche Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Rechts haben.

„Seit vielen Jahren guckt Dortmund hin"

Die Sozialraumanalyse wurde Anfang September in den Räumlichkeiten des CVJM unweit des zentral gelegenen Wilhelmplatzes vorgestellt. Mit etwa 60 Gästen war die Veranstaltung gut besucht. Auf dem Podium saßen Vertreter*innen der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg* und des *Runden Tisches Dorstfeld*, die SPD-Politikerin **Nadja Lüders** und die Sozialpsychologin **Beate Küpper**. Küpper war voll des Lobes für die Stadt Dortmund. Dortmund sei ein Positivbeispiel, der „Saal ist voll" und „seit vielen Jahren guckt Dortmund hin". Viele Kommunen seien neidisch.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass der extrem rechte Raumkampf immer noch stark präsent ist und als eine Herausforderung für die Zivilgesellschaft gilt. Viele Menschen im Stadtteil fühlten sich vom Dominanzverhalten der Neonazis belästigt und sind verängstigt. Gerade der Wilhelmplatz sei für viele Bewohner*innen des Stadtteils ein „Angstraum", also ein Raum, den Menschen meiden, die sich als potenzielle Betroffene von rechter Gewalt wahrnehmen. Angst und die reale Gefahr von rechten Angriffen sei ein Hemmnis im zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechts, so die Studie. Darin liege die geringe Beteiligung an Aktivitäten gegen Rechts begründet. Die Befragten gehen aber davon aus, dass es teilweise auch ein geringes Interesse gibt, sich mit dem Naziproblem in Dorstfeld auseinanderzusetzen. Die „Quartiersdemokraten" benennen Handlungsfelder, die ein demokratisches Dorstfeld gegen Rechtsextremismus stärken sollen: Öffentliche Kampagnen, Imagewechsel des Stadtteils, mehr Angebote der politischen Bildung in Schulen und Jugendeinrichtungen, Einbindung anderer Akteur*innen sowie mehr Informations- und Sensibilisierungsarbeit.

Diskussion der Ergebnisse

Entscheidend ist, welche Handlungen aus den Empfehlungen abgeleitet werden, insbesondere was die Sichtbarkeit der Zivilgesellschaft betrifft. Ein zentraler Kritikpunkt der Sozialraumanalyse ist der *Runde Tisch Dorstfeld*. Dieser spreche in erster Linie „ein eher bürgerliches Milieu" an oder sei gänzlich unbekannt. Es ist hingegen durchaus wahrnehmbar, dass die Stadt nicht länger versucht, die Präsenz von Nazis zu verschweigen, sondern dass in Dorstfeld etwas passiert. An städtischen Einrichtungen, beispielsweise Schulen, wurden Transparente für „Vielfalt, Toleranz und Demokratie" angebracht, und auf dem

Foto: Robert Rutkowski

Nazis marschierten ungestört am 21. September 2018 durch Dortmund-Dorstfeld und -Marten.

Wilhelmplatz finden hin und wieder Veranstaltungen der Dorstfelder Vereine statt. Ein Bürgerzentrum ist in Planung. Auf die Frage, wie man die Leute, die Angst haben, unterstützen könne, antwortete Lüders bei der Vorstellung der Sozialraumanalyse sinngemäß, auch die demokratischen Parteien im Landtag seien gerade hilflos und hätten nach einem Jahr AfD noch keine Antworten auf rechte Hetze gefunden. Dieser Zustand ist symptomatisch.

Problematisierung einer „Zivilgesellschaft von oben"

Unter dem Motto „44149 — Platz für Vielfalt" fand am 15. September 2018 auf dem Wilhelmplatz ein „Demokratiefest" der Dorstfelder Vereine statt, das auch vom Dortmunder Oberbürgermeister **Ullrich Sierau** besucht wurde. Dabei kam es infolge von Provokationen und Beleidigungen zu Ingewahrsamnahmen am Rande des Festes. Die Demonstration der Nazis wenige Tage später war eine direkte Reaktion darauf. Auf der Straße wurde den Nazis — wieder einmal — nichts entgegen gesetzt. Die *Antifaschistische Union Dortmund* fasst die Ereignisse in einem Statement treffend zusammen:

„Während sich [auf dem] Demokratiefest noch die Prominenz aus Stadtverwaltung und Lokalpolitik die Klinke in die Hand gab und nicht müde wurde zu betonen, wie engagiert man in Dortmund sei und zugleich die Dorstfelder Vereine und EinwohnerInnen mit dem Fest ein vermeintlich vielfältiges Dorstfeld präsentieren wollten, passiert wenn es wirklich darauf ankommt: nichts. Zivilgesellschaftliches Engagement in Dortmund bleibt daher weiterhin in Symbolpolitik behaftet."

Die Angst der verantwortlichen Lokalpolitiker*innen, die Deutungshoheit zu verlieren, stellt ein weiteres Hemmnis für aktives Engagement dar. Ob eine Zusammenarbeit mit Antifaschist*innen gewünscht ist, ist auch fraglich. Fatal ist, dass eine inhaltliche Positionierung vielerorts ausbleibt. Warum gab es nach dem Aufmarsch von Nazis, der bundesweite Aufmerksamkeit erregt hat, keine Stellungnahme des *Runden Tisches* oder der Dorstfelder Vereine? Der einem Zitat entlehnte Titel der Sozialraumanalyse ist jedenfalls treffend: „Da müsste viel mehr ein Zeichen gesetzt werden, dass man so etwas nicht haben will".

Ausbleiben linker Positionierung

Die rechte Hegemonie in den Köpfen und auf der Straße ist weder zufällig noch neu. Rassistische Hetzer*innen arbeiten seit Jahren an der Verschiebung der Grenzen des Sagbaren, Ressentiments sind mit der AfD salonfähig geworden. Das schafft den Boden für Ereignisse wie in Chemnitz oder Köthen, auf die Neonazis in Dortmund und vielen anderen Regionen sich positiv beziehen. Auch in der Linken wird Dorstfeld sehr häufig als „Angstraum" beschrieben, in den Leute sich nicht mehr hin trauen, aus Angst vor Übergriffen und Bedrohungen. Es ist ein schmaler Grad zwischen der Anerkennung der realen Gefahr und der Reproduktion des Mythos eines „Nazikiezes" — ein Ort, der ohnehin schon verloren ist und wo niemand mehr hingeht. Die radikale Linke, die derzeit wenig Diskurs mitbestimmend ist, und die an vielen Stellen schwach und unsichtbar erscheint, muss sich hier deutlicher positionieren. Erforderlich ist eine systematische Aufklärung über die völkischen und antisemitischen Implikationen der Provokation der Partei *Die Rechte* und die Gründe für deren Wirkungsmächtigkeit. Letztlich fußt die Dominanz der Nazis an dieser Stelle auf der Bereitschaft und Fähigkeit, Gewalt auszuüben. Es braucht also neue Strategien gegenüber einer Naziszene, die Mörder in ihren Reihen hat und aktiv die Selbstbezeichnung „Nazis" wählt. In Dortmund müssen Antworten auf die Dauerpräsenz der extremen Rechten gefunden werden. Es ist offenkundig, dass Antifa-Arbeit in Dortmund weiterhin notwendig ist. Spontane Proteste in der Nordstadt und im Kreuzviertel zeigen hierfür Handlungsmöglichkeiten auf.

Foto: Marian Ramaswamy

Lars Schulz und Danny Wolff mit Stefan Jagsch (NPD Hessen) und Melanie Dittmer beim NPD-Aufmarsch am 23. April 2017 in Wetzlar.

Von Sebastian Hell und Sonja Brasch

Neuer „Wanderclub“ für Rechtsrock in Hessen

Hinter „Club H5“ stehen altbekannte Organisatoren

In Hessen soll es eine Neuerung in Sachen Nazi-Events geben: Ein in der Szene kursierender Flyer bewirbt ein Konzert am 30. November 2018, für das ein „Club H5“ verantwortlich zeichnet. Unter dem Motto „Rock against Communism“ wird ein „Balladenabend“ mit „Kategorie C“, „Nahkampf“, „Randgruppe Deutsch“ und einem „Überraschungs Liedermacher“ angekündigt. Ein genauerer Blick zeigt jedoch: das Konzept ist neu, Location und Organisatoren aber altbekannt.

Was es mit dem „Club“ auf sich hat, verraten die Betreiber in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift *N.S. Heute*: Der *Club H5* sei ein „Wanderclub“. Zwar sollen die Konzerte maßgeblich in der NPD-Immobilie in Leun-Stockhausen (Lahn-Dill-Kreis) stattfinden, zur Absicherung gegen mögliche Repressionen und um den Veranstaltern Flexibilität zu bieten, sollen aber auch an anderen Orten unter dem gleichen Label Veranstaltungen durchgeführt werden. Einend dabei ist das Corporate Design. Bereits für Anfang Dezember wird ein „H5-Konzert“ in Süddeutschland angekündigt.

Der Szenetreffpunkt in Leun-Stockhausen war in der Vergangenheit unter dem Namen „Bistro Hollywood“ bzw „teutonicus“ der zentrale Ort für Events der hessischen Naziszene. Zuletzt diente die Immobilie als Ausweichort für das in der Stadthalle Wetzlar untersagte Konzert mit *Oidoxie* und *Kategorie C*, das als Wahlkampfveranstaltung der hessischen NPD geplant war (vgl. Lotta #71, S. 31-33).

Die Immobilie in Leun-Stockhausen

Das Haus gehört dem langjährigen NPD-Mitglied **Thomas Gorr.** Er sitzt zurzeit für die Partei im Ortsbeirat von Stockhausen sowie in der Stadtverordnetenversammlung Leun. Im „Bistro Hollywood“ fanden ab 2012 regelmäßig Konzerte, Partys und Veranstaltungen der NPD statt. Im Mai 2015 kam es allerdings zu einem kleinen Eklat, als bei einer dort stattfindenden Party das Lied „Ran an

den Feind“ der Band *Landser* durch den Ort schallte und die Veranstaltung schließlich polizeilich aufgelöst wurde. In den folgenden zwei Jahren wurde es ruhiger um die Location. Anfang 2018 stand das „Bistro Hollywood“ dann sogar kurz vor dem Aus. Der Termin für eine Zwangsversteigerung war bereits angesetzt, erst im letzten Moment sprang eine Person aus dem Umfeld der NPD ein und übernahm die finanziellen Verbindlichkeiten. Scheinbar ist das Haus für die hessische Szene doch zu wichtig. Schließlich ist es derzeit die einzige Immobilie, über welche die NPD in Hessen frei verfügen kann. Dennoch eignet es sich nur bedingt als Veranstaltungsort, da das Fassungsvermögen begrenzt und das „Ambiente“ eher antiquiert ist. Mit dem neuen Konzept wird nun versucht, die Attraktivität zu erhöhen und das „Hollywood“ nach der gerade noch abgewendeten Insolvenz auch finanziell wieder tragfähig zu machen. Die Immobilie soll nun einer „Generalüberholung“ unterzogen werden, um „sich einem weitläufigeren Publikum [zu] öffnen“. Parallel sollen unter dem Namen *Club H5* als privat deklarierte Konzerte „für ausgewähltes Publikum“ angeboten werden, so die Organisatoren im Interview mit der *N.S. Heute*. Der *Club H5* ist allerdings nur zu Gast, die Oberhand über die Immobilie behält die NPD.

Die Organisatoren hinter dem „Club H5“

Hinter dem *Club H5* stehen zwei Neonazis, die in den vergangen Jahren immer wieder im Lahn-Dill-Kreis auffällig wurden. Der eine ist **Lars Schulz**, der versucht, sich unter dem Pseudonym „Julius S Tahl“ zu präsentieren. Der andere hält seinen Namen in dem Interview zurück, es deutet aber alles daraufhin, dass es sich um den Wetzlarer Neonazi **Danny Wolff** handelt.

Lars Schulz tritt seit drei Jahren exponiert auf. Er kommt aus Dillenburg und organisierte erstmals 2015 mit dem Zusammenschluss „Haiger steht auf“ rassistische Aufmärsche und Kundgebungen in der Region. Im Dezember 2016 meldete er einen Fackelmarsch für die NPD in Dillenburg an, zu dem allerdings nur etwa 35 Personen kamen. Im Folgenden suchte er vermehrt die Nähe zu überregionalen Neonazis, vor allem zu **Melanie Dittmer** aus dem Rhein-Sieg-Kreis (NRW), die in den Jahren 2014 bis 2017 mehrere Aufmärsche in Wetzlar anmeldete. Bei einem Aufmarsch am 22. April 2017 war Schulz auch Teil des Orga-Teams, mittlerweile war er mit Dittmer und weiteren Personen der *Identitären Aktion* im *Freundeskreis Rhein-Sieg* organisiert. Parallel schloss sich Schulz mit mehreren Skinheads aus dem Lahn-Dill-Kreis zur „Ortsgruppe Lahn-Dill“ der *Berseker* zusammen und wurde deren „Leader“. Die Gruppe wurde im Januar 2018 Ziel von polizeilichen Ermittlungen und Hausdurchsuchungen. Daraufhin löste Schulz die Gruppe auf, fand aber bald ein neues Betätigungsfeld: das Rechtsrock-Geschäft. 2018 suchte er immer wieder die Nähe zur Dortmunder C18-Band *Oidoxie*. Bei dem geplanten NPD-Konzert im März 2018 in Wetzlar zählte er zum Orgateam. Mit dem *Club H5* baut Schulz sein neues Betätigungsfeld weiter aus.

Bei Danny Wolff handelt es sich um einen langjährigen Aktivisten der mittelhessischen Naziszene. Er gilt als Selbstdarsteller, der sich aber immer wieder an Projekten beteiligt. Er war seit deren Gründung im Jahr 2008 exponiertes Mitglied der *Autonomen Nationalisten Wetzlar* (ANWZ). Die Gruppe war höchst gewalttätig. Im März 2010 verübten Neonazis aus dem Umfeld der ANWZ in Wetzlar ein Brandanschlag auf das Haus eines Kirchensozialarbeiters (vgl. Lotta #43, S. 26-27). Wolff zog es kurz darauf nach NRW, nach einem kurzen Gastspiel in Dortmund kehrte er allerdings nach Wetzlar zurück. Er suchte die Nähe zu unterschiedlichen Strukturen in Hessen: lokalen NPDlern, der Kameradschaften-Szene im Lumdatal oder Marburger Burschenschaften (vgl. Lotta # 56, S. 31-32) Seine Kompetenzen liegen vor allem im Bereich Design und Vermarktung. Aktuell tritt er unter dem Label *Media Pro Patria* auf. Eben dieses Label steht auch auf dem Flyer für den angekündigten *Club H5*-Liederabend.

Alte Location im neuen Gewand

Der *Club H5* kann als eine logische Konsequenz aus der Organisationsschwäche der hessischen Naziszene (vgl. Lotta #71) gewertet werden. Mit dem neuen Konzept sollen Synergieeffekte erzeugt werden, um auch mit wenig Kräften einen möglichst großen Output zu produzieren. Die beiden Organisatoren verfügen über das Potenzial, die Location in Leun-Stockhausen zumindest semiprofessionell zu bespielen. Mit der Idee des „Wanderclubs“ halten sie sich aber zugleich die Option offen, auf andere Orte auszuweichen und den Happeningcharakter klandestin organisierter Konzerte beizubehalten.

Nüchtern betrachtet, wird eine lang genutzte Immobilie von altbekannten Kadern reaktiviert. Mit Blick auf den Werdegang der in das Projekt involvierten Personen erscheinen Streit und Scheitern mehr als wahrscheinlich. Allerdings darf der *Club H5* nicht unterschätzt werden. Konzerte sind einer der wichtigsten Vernetzungs- und Sozialisationsorte der extremen Rechten, durch die „alte Hasen“ ihre Anbindung an die Szene aufrecht erhalten und neue Menschen auf einfachem Wege an die Szene herangeführt werden. Insbesondere in der lose organisierten hessischen Szene waren und sind Partys und Konzerte ein wichtiger Bestandteil der politischen Arbeit.

Foto: Endstation Rechts Bayern

Yannick Noé (links) beim „Konservatismus"-Kongress der „Jungen Alternative Bayern" am 14. Juli 2018.

Von Köln gegen Rechts — Antifaschistisches Aktionsbündnis

„Kontrakultur" aus NRW

Das „Arcadi Magazin"

Als „das neue Kultur- und Lifestyle-Magazin" vermarkten die Herausgeber das „Arcadi Magazin". Das Medienprojekt richtet sich vor allem an junge Menschen und weist eine große inhaltliche und personelle Nähe zur AfD und zur „Identitären Bewegung" auf. Es ist als eine Art Brücke zwischen beiden Organisationen zu werten.

Berichte über Videospiele, Comics und Star Wars neben Lifestyle-Ratschlägen à la „Hosenträger? Ja! Aber wie?" und „Warum ich Scheitel trage", ein bisschen Sex („Wer jeden oder jeden zweiten Tag masturbiert, wird also nie männlich sein"). Dazwischen wohlwollende Artikel über Projekte aus dem Umfeld der *Identitären Bewegung* (IB), Interviews mit rechten „Stars" wie der „Alt Right"-Bloggerin **Brittany Pettibone** und Berichte über Initiativen der AfD. Das *Arcadi Magazin* bietet eine eigentümliche Mischung, die aber so gewollt ist.

Denn die Herausgeber beanspruchen, politisch nicht festgelegte Jugendliche und junge Erwachsene zu erreichen und unterfüttern zugleich die verschiedenen (frivolen) Artikel, Erfahrungsberichte und Kulturrezensionen mit antifeministischen, rassistischen oder anderen extrem rechten Inhalten. Dies zeigt sich beispielsweise an einem Bericht über den neuesten Teil der beliebten Ego-Shooter-Serie *Battlefield*, in dem die „Fokussierung auf weibliche und schwarze Charaktere" im Videospiel als Ausdruck von „Diversity" und „Equality" abgelehnt wird.

Von der Einlösung des eigenen Anspruchs, mit *Arcadi* eine „Alternative" zu Magazinen wie *Neon* oder *Vice* bieten zu können, sind die Macher noch weit entfernt. Denn bislang ist die Verbreitung von *Arcadi* begrenzt. Seit 2016 ist *Arcadi* als Webzine abrufbar. Seit vergangenem Jahr existiert auch eine Printausgabe mit einer Startauflage von 1.000 Exemplaren. Drei Hefte liegen bereits vor, ein viertes soll in Kürze erscheinen. Auf dem AfD-Bundesparteitag in Köln wurde *Arcadi* kostenlos verteilt, ansonsten müssen für eine Ausgabe 6 Euro bezahlt werden. Auch die Reichweite der *Arcadi*-Podcasts ist mit durchschnittlich einigen hundert Klicks pro Beitrag gering. Bei *Facebook* folgen dem Magazin nicht einmal 2.000 Personen.

Dennoch sehen rechte Strateg_innen in dem Projekt offenbar Potenzial. Die Initiative *Ein Prozent e.V.* unterstützt *Arcadi* finanziell. In den Heften finden sich zudem zahlreiche Anzeigen von Gewerbetreibenden aus dem Umfeld der IB (zum

Burschenschaftler im „Arcadi“-Netzwerk

- → *Rhenania Salinga Düsseldorf* (**Zacharias Schalley**; **Maximillian Schmitz**; **Yannick Noé**)
- → *Freiburger Saxo-Silesia* (**Raimond Hoffmann**; **Moritz Busam**, *Arcadi*-Autor; **Dubravko Mandic**)
- → *Burschenschaft Normannia zu Heidelberg* (**Michael Karl Paulwitz**, Vorsitzender des *Denkmalerhaltungsvereins Eisenach e.V.*)
- → *Leobener Germania Halle* (**Jan Scharf**, *Arcadi*-Autor)
- → *Hannoverania Göttingen* (**Lars Steinke**, *Arcadi*-Autor)
- → *Pennälerverbindung Borussia Berlin* (**The-Hao Ha**, *Arcadi*-Autor)
- → *Berliner Burschenschaft Gothia* (Werbekundin)
- → *Wiener akademische Burschenschaft Olympia* (**Alexander Markovics**, *Arcadi*-Autor; **Martin Sellner**)
- → *Burschenschaft Germania Marburg* (**Patrick Uli „Komplott“ Bass**)
- → *Frauenbund Atrytone Assindia* (**Melanie Schmitz**)

Beispiel *Jungeuropa Verlag*, *Phalanx Europa*) und der Neonazi-Szene (zum Beispiel *Greifvogel Wear*, *Sonnenkreuz Versand*). Auch der extrem rechte AfD-Bundestagsabgeordnete **Dubravko Mandic** wirbt regelmäßig für seine Anwaltskanzlei (siehe Infoboxen). So können zwei *Arcadi*-Redakteure für ihre Arbeit entlohnt werden.

Die Herausgeber

Hinter *Arcadi* steht als Herausgeber der Verein *Publicatio e.V.*, der im August 2016 in Leverkusen gegründet wurde. Der Verein verpflichtet sich laut Satzung, die „Kultur und Bildung des deutschen Volkes zu wahren und zu fördern“. Neben der Herausgabe des Magazins soll dieser Zweck auch mit der Durchführung von Veranstaltungen erreicht werden. Vereinsvorsitzender ist der *Arcadi*-Chefredakteur **Yannick Noé**, der zugleich Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Leverkusen ist. Als sein Stellvertreter im Vereinsvorstand fungiert **Maximilian Schmitz**. Mitbegründet wurde der Verein von **André Ufer** (Bundesvorstand *Junge Alternative* aus Dresden, vorher Düsseldorf), **Raimond Hoffmann** (stellvertretender Vorsitzender der *Jungen Alternative Baden-Württemberg*), **Dominik Amann** (stellvertretender Sprecher der AfD Leverkusen), **Holger Noé** (Unternehmer aus Leverkusen) und **Daniela Boumann-Quast** (AfD Düren). Die Gründungsversammlung des *Publicatio e.V.* leitete **Zacharias Kornelius Martin Schalley**, der Beisitzer im Vorstand der *Jungen Alternative NRW* ist und für den AfD-Landtagsabgeordneten **Christian Blex** arbeitet.

Yannick Noé, Schmitz und Schalley waren bereits gemeinsam für die *Campus Alternative Düsseldorf*, einer zwischenzeitlich inaktiven AfD-nahen Hochschulgruppe an der *Heinrich-Heine-Universität*, politisch tätig und gehören alle drei der *Alten Halleschen Burschenschaft Rhenania-Salingia zu Düsseldorf* an, die im extrem rechten Dachverband *Deutsche Burschenschaft* (DB) organisiert ist. So erklärt sich auch, warum im Falle der Vereinsauflösung das Vermögen des *Publicatio e.V.* an den *Denkmalerhaltungsverein Eisenach e.V.* gehen soll, der für die *Deutsche Burschenschaft* das Burschenschaftsdenkmal in Eisenach betreut. Aufgrund ihrer Parteiarbeit verfügen Schalley und Noé über zahlreiche Kontakte zu Führungskadern der AfD.

Enge Verbindungen zu den „Identitären“

Offiziell besteht seitens der AfD ein Unvereinbarkeitsbeschluss mit der *Identitären Bewegung*, der aber immer wieder unterlaufen wird. *Arcadi* ist dafür ein weiteres Beispiel. Zwar gehören Magazin und herausgebender Verein nicht offiziell zur AfD, sie werden aber von AfD-Mitgliedern getragen. Noé und Schalley sind als Funktionäre in führenden Positionen der AfD beziehungsweise ihrer Jugendorganisation tätig. Neben der deutlichen inhaltlichen Bezugnahme des *Arcadi-Magazins* auf die IB gibt es aber auch persönliche Verknüpfungen: Yannick Noé machte seine Funktion als Anführer der *Identitären Bewegung Leverkusen* in seinem Facebook-Profil öffentlich. Zumindest bis 2016 war er auch in einer geheimen Facebook-Gruppe der *Identitären Bewegung* aktiv. Mit **John David Haase**, einem Gründungsvorstand der *Identitären Bewegung Deutschland e.V.*, war er gemeinsam in der AfD-Hochschulgruppe beziehungsweise *Campus Alternative Düsseldorf* tätig. Auch unter den *Arcadi*-Autor_innen finden sich mit **Jan Scharf** (*Kontrakultur Halle*) und **Justin Cedric Salka** (stellvertretender Vorsitzender des AfD-KV Westerwald) Personen, die sich mehrfach an Aktivitäten der *Identitären Bewegung* beteiligt haben.

„Arcadi-Fest“

Die engen Verbindungen zur *Identitäten Bewegung* zeigen sich auch bei den zwei bislang stattgefundenen „*Arcadi*-Festen“. Bei der Erstauflage der Veranstaltung im Juli 2017 sprachen die IB-Aktivisten **Martin Sellner** (Sprecher der IB Österreich) und **Mario Alexander Müller** (*Kontrakultur Halle*). Auf der Bühne stand der Rapper **Christoph „Chris Ares“ Zloch** (*Bündnis deutscher Patrioten*). Ursprüng-

lich sollte die Veranstaltung auf Schloss Morsbroich stattfinden, einem Gebäude der Stadt Leverkusen. Eine Antifa-Veröffentlichung machte die Anmietung zunichte, daher mussten die Veranstaltenden auf andere Räumlichkeiten ausweichen.

Beim zweiten „Arcadi Fest“ am 25. Januar 2018 gingen die Veranstaltenden vorsichtiger vor. Beworben wurde es nur konspirativ über bundesweit verstreut wohnende Vertrauenspersonen. Nicht zuletzt hier offenbarten sich die engen Verbindungen zur IB. Für den Ausschank sorgte **Daniel Fiß** (IB Rostock) mit seiner Biermarke „Pils Identitär“. Es gab einen Bücherstand vom *Jungeuropa Verlag*, dessen Inhaber **Philip Stein** auch im Vorstand von *Ein Prozent e.V.* sitzt. Ebenfalls vertreten waren Verkaufsstände der „identitären“ Mode-Labels *Phalanx Europa* von **Patrick Lehnert** (IB Österreich) sowie *Cuneus-Culture* von **Jannik Brämer** (*Junge Alternative Berlin*) und **Karsten Vielhaber** (IB Berlin). Live-Auftritte hatten die extrem rechten Rapper „Chris Ares“ und **Patrick Uli „Komplott“ Bass** (*Burschenschaft Germania Marburg*, IB Ulm) sowie *Die Nackte Wahrheit*, ein Musikprojekt der aus Essen-Borbeck stammenden IB-Aktivistin **Melanie Schmitz** (*Kontrakultur Halle*). Deutlich wird: Die Initiator_innen versuchen, ganz im Sinne der IB-Strategie der „Kontrakultur“, mit dem *Arcadi*-Fest und dem Magazin eine Ideologieschmiede und identitäre Erlebniswelt zu entwickeln.

Weitere mit dem „Arcadi Magazin“ eng zusammenarbeitende AfD-Funktionär_innen

- → **Maximilian Kneller**: Mitarbeiter der AfD-Fraktion im Landtag NRW, Sprecher JA Bielefeld, *Arcadi*-Autor
- → **Robin Classen**: Landesschriftführer AfD Rheinland Pfalz, *Arcadi*-Autor
- → **The-Hao Ha:** Beisitzer im Landesvorstand der JA Berlin, *Arcadi*-Autor
- → **Moritz Schellenberg**: ehemaliges Mitglied im Landesvorstand der JA Berlin, *Arcadi*-Autor
- → **Lars Steinke**: bis August 2018 Vorsitzender der JA Niedersachsen, *Arcadi*-Autor
- → **Daniela Boumann-Quast**: Mitglied des AfD-NRW-Ausschusses Familie und Demografie, *Publicatio*-Gründungsmitglied, *Arcadi*-Autorin
- → **Justin Cedric Salka**: stellvertretender Landesvorsitzender der JA Rheinland-Pfalz, stellvertretender Vorsitzender des AfD-KV Westerwald, *Arcadi*-Autor

Der Ansatz der „Kontrakultur“

Am Rande des zweiten Arcadi-Festes interviewte Arcadi-Autor **Johannes Thiesen** (*Libertärer Stammtisch*, Youtuber „Philosophy Workout“) Bass und Schmitz zum Konzept der „Kontrakultur“, worunter Schmitz die Möglichkeit versteht, „aus dieser Gesellschaft und ihrem Konsens auszusteigen und in eine Gegenkultur einzutauchen“. Sie bezeichnet „Kontrakultur“ zum einen als ideologisches Angebot, zum anderen auch als Aufgebot von „eigenen Künstlern, eigener Musik, eigener Wohnräume“. Es solle die Möglichkeit geben, „komplett auf die normale Gesellschaft zu verzichten“ und die „Gegenkultur“ anzunehmen. In einer Diskussion zwischen verschiedenen Vertretern der IB und deren Dunstkreis, darunter der ehemalige *Blood & Honour*-Aktivist **Sven Liebich** und der deutsch-italienische IB-Aktivist **Eric Graziani Grönwald** alias „Sebastiano Graziani“ aus Berlin, wird das *Arcadi*-Fest als eine Veranstaltung beschrieben, die dem Konzept der „Kontrakultur“ entspreche.

Offenkundig versuchen die „identitären“ Vertreter_innen Bezug auf Konzepte einer in linken Szenen geprägten Alternativ- und Subkultur zu nehmen, wo eigene ästhetische Ausdrucksformen und Praxen in Opposition zu der als dominant oder hegemonial verstandenen Kultur — dem sogenannten Mainstream — entwickelt wurden. Freilich finden sich aber erst Ansätze dieser propagierten „Kontrakultur“ von rechts. Verglichen mit den Angeboten aus dem Umfeld der italienischen *Casa Pound*-Bewegung ist deren Bedeutung begrenzt. Die neofaschistische Bewegung aus Italien übt eine große Ausstrahlungskraft nicht nur auf die „Identitären“ aus Halle aus, sondern ebenso auf die Macher von *Arcadi*. Dies zeigt der Artikel „Wieso ich Casa Pound so geil finde!“ von **Antonio Giovanni Copolla**, der 2016 auf dem Weblog erschien.

Werbekund_innen im „Arcadi Magazin“, Ausgaben 1 bis 3

Arktos Verlag, *Antaios Verlag*, Anwaltskanzlei des AfD-Bundestagsabgeordneten Dubrovko Mandic, *Berliner Burschenschaft Gothia*, *Cuneus-Culture* (Kleidungslabel), *Greifvogel Wear*, *Junge Alternative Bayern*, *Jungeuropa Verlag*, *Kontrakultur Halle*, *Kronos-TV.de*, *Laut gedacht* (Youtube-Channel), *Patriotische Shirts*, *Pivert Clothing* aus Italien, *Phalanx Europa* (Kleidungslabel), *Renovamen Verlag*, *Reconquista Germanica*, Zeitschrift *Sezession*, *Sonnenkreuz-Versand*, *Young German* (Weblog), *Zuerst! — Deutsches Nachrichtenmagazin*

Von Johannes Hartwig

Geschichtspolitik für die AfD

Der Verein „Alternativer Kulturkongress“ aus Paderborn

„9.n Chr. — Schlacht im Teutoburger Wald“, „955.n Chr. — Schlacht auf dem Lechfeld“, „1830 — Völkerschlacht bei Leipzig“, „1871 — Deutsche Reichsgründung“ und „1989 — Fall der Berliner Mauer“. Mit pathetischer Musik unterlegt werden diese historischen Daten im Werbevideo des „Alternativen Kulturkongresses“ eingeblendet. „Nur wer weiß, woher er kommt, bestimmt wohin er geht“ lautet das Motto des AfD-nahen Vereins aus dem ostwestfälischen Paderborn (NRW).

Der *Alternative Kulturkongress Deutschland e.V.* wurde am 14. Februar 2016 im *Ratskeller* in Paderborn gegründet und beim Amtsgericht Paderborn eingetragen. Eingeladen hatte Gründungsmitglied **Matthias Tegethoff** bereits im Dezember 2015. Tegethoff ist nicht nur Beisitzer im Vorstand des AfD-Kreisverbands, sondern auch Sprecher der seit Januar 2014 bestehenden Jugendorganisation der AfD, der *Jungen Alternative* (JA) im Kreis Paderborn. Der Verantwortliche für die Homepage des Vereins, **Julian Hermneuwöhner** aus Bad Lippspringe, ist laut Impressum der Facebook-Seite der JA Paderborn Teil des Vorstandes des JA-Bezirksverbands Detmold und Beisitzer im Vorstand des Kreisverbands Paderborn der AfD. Mittlerweile ist die Anbindung des *Alternativen Kulturkongresses e.V.* an die AfD Paderborn noch enger geworden. Seit Ende März 2017 sind mit **Andreas Kemper** und **Karl-Heinz Tegethoff** der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Paderborner Kreistag und der Sprecher des AfD-Kreisverbands Paderborn im Vorstand des Vereins aktiv. Die AfD Paderborn hat sich von Anfang an am völkischen Kurs des AfD-Flügels um **Björn Höcke** orientiert.

Nähe zu „Identitären Bewegung“

Öffentlich in Erscheinung trat der *Alternative Kulturkongress* erstmals beim AfD-Bundesparteitag am 30. April 2016 in Stuttgart. Mit Flugblättern wurde für den 11. Juni 2016 eine Veranstaltung in der Nähe von Bielefeld beworben, auf der Höcke, der AfD-Kommunalpolitiker **Rainer Peitz** aus Wetter (Ennepe-Ruhr-Kreis), der *Compact*-Autor **Peter Feist** sowie **Martin Sellner**, Kopf der *Identitären Bewegung* (IB) in Österreich, referieren sollten. Auch bei einer Kundgebung der AfD am 13. Mai 2016 in Paderborn, auf der Höcke sprach und zahlreiche Aktivisten der ostwestfälischen Naziszene anwesend waren, wurden diese Flugblätter von IB-Aktivisten verteilt. Zwischen dem *Alternativen Kulturkongress* und der IB bestehen personelle Überschneidungen. Die Vereinsmitglieder **Davy Mühlenbein** und **Savin Legard** waren auch an der Gründung des ebenfalls in Paderborn eingetragenen Vereins *Identitäre Bewegung Deutschland e.V.* (vgl. Lotta #64 S.12 ff) beteiligt.

Die erste Veranstaltung des *Alternativen Kulturkongress* wurde jedoch kurzfristig abgesagt, nachdem zunächst noch die AfD-Politiker **André Poggenburg** und **Alexander Gauland** statt Sellner als Referenten angekündigt worden waren. Anstelle eines großen „Kongresses“ mit mehreren Referenten fand schließlich am 16. Juli 2016 in einer Dorfkneipe in der Nähe von Paderborn ein Vortrag mit Martin Sellner statt. Insgesamt organisierte der *Alternative Kulturkongress* seitdem mindestens zehn Vortragsveranstaltungen und themenbezogene Exkursionen im Raum Ostwestfalen-Lippe.

„Ich will keine deutsche Leitkultur“

In seinem Referat unter dem Titel „Wozu eine deutsche Leitkultur?“ am 24. Juli 2017 zog der damalige Landesvorsitzende der AfD Niedersachsen, **Armin-Paul Hampel**, die ganz großen historischen Linien, beginnend mit der Varusschlacht als Geburtsstunde einer „deutschen Kultur“. Da mit dem Sieg Arminius' über die Römer im Jahr 9. n Chr. „die Romanisierung Europas [...] ein Ende [hatte], sprechen wir heute alle deutsch, eine germanische Sprache und keine romanische“. Die deutsche Kultur habe sich aus der Abgrenzung der Germanen gegenüber den Römern entwickelt. Von der gotischen Architektur, über das Handwerk, die Kunst, Musik, Literatur und Wissenschaft entwickelt Hampel das Bild einer „deutschen Kultur“, in der er die „Wesensart“ der Deutschen (Wahrhaftigkeit, Streben nach Erkenntnis, Wertarbeit und Qualität) erkennen will. Modernisierung und Globalisierung würden diese gefährden. Sein monolithisches Kulturverständnis bringt Hampel in der Einleitung seines Vortrags auf den Punkt: Er wolle „keine deutsche Leitkultur [...]; Wir leben in Deutschland, wir sind Deutsche und deshalb gibt es eine deutsche Kultur.“ Für Hampel sind weniger gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zentral für Geschichte und Kultur, sondern „einzelne Personen, die [...] in diesem Land gewirkt haben und die maßgeblich zu dem beigetragen haben, was wir heute sind.“

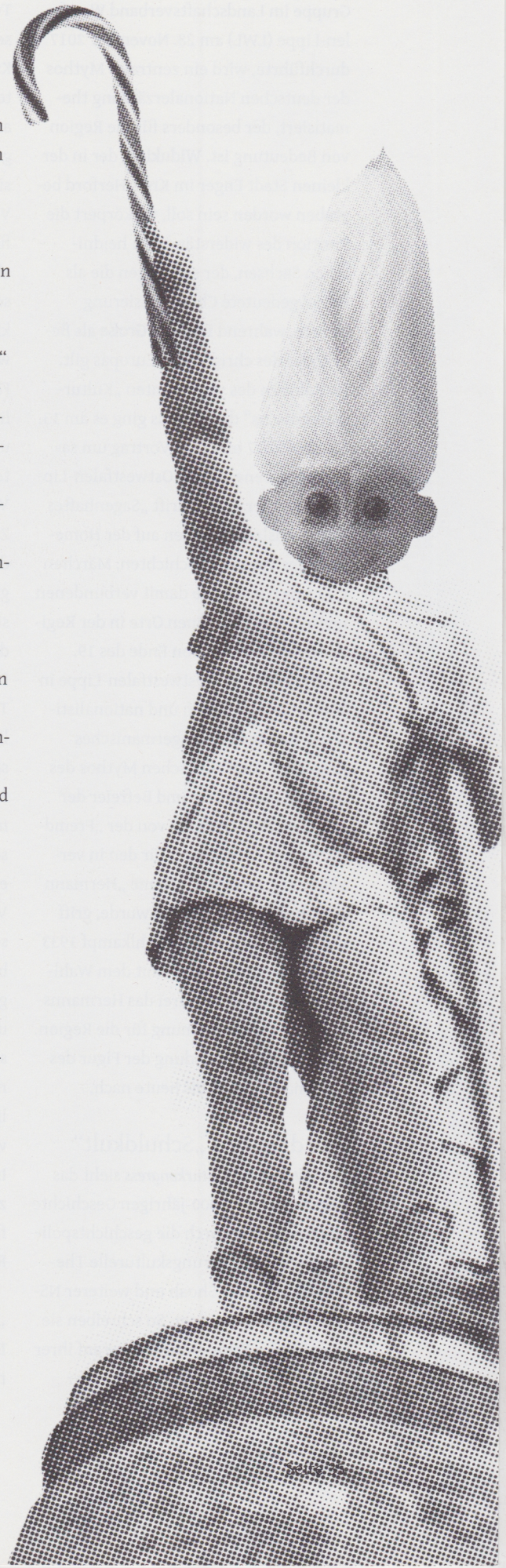
Geschichte „großer deutscher Männer“

Der Header der Facebook-Seite des Vereins bildet die Konterfeis von Kaiser **Otto dem Großen**, **Konrad Adenauer**, **Oswald Spengler**, **Otto von Bismarck** und **Richard Wagner** ab. Diese am Wirken „großer“ Männer orientierte Perspektive entstammt der sich im 19. Jahrhundert formierenden modernen Geschichtswissenschaft und verweist auf die Fokussierung von Geschichte als Herrschafts- und Nationalgeschichte. Geschichtlich wird dabei der Bogen von der Gründung des „Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation“ bis zur deutschen Nachkriegszeit und ideologisch vom katholischen Konservatismus bis zum nationalistisch-antidemokratischen Theoretiker Oswald Spengler gespannt. Spenglers erstmals 1918 erschienenes Werk „Der Untergang des Abendlandes“ stellt bis heute einen zentralen Bezugspunkt der „Neuen Rechten“ dar. Spengler galt Geschichte als Aufstieg und Niedergang von Kulturen und Zivilisationen. Für den „Untergang des Abendlandes“ waren für Spengler der westliche Kapitalismus, die mit Urbanisierung einhergehende Dekadenz, die Ideale der Französischen Revolution und die Demokratie verantwortlich. Auch zur weiteren Verbreitung antisemitischer Ideen trug Spengler bei, indem er das Judentum als „zersetzendes Element“ bezeichnete, welches unfähig sei, sich der abendländischen Kultur anzupassen und einen Fremdkörper in Europa darstelle.

Für die Macher des *Alternativen Kulturkongresses* gelten neben diesen „großen Männern“ besonders Orte wie das als „Elbflorenz“ verehrte Dresden, die Paulskirche in Frankfurt am Main oder der Berliner Reichstag als Symbole der „Deutschen Kultur“. Eine besondere Bedeutung nimmt auch das Hermannsdenkmal und die als „sagenhaftes Hermannsland“ mystifizierte Region Ostwestfalen-Lippe ein.

Heimat erleben — Mythenregion OWL

Mit einer Wanderung unter dem Motto „Auf den Spuren von Vidukind und Karl der Große“ [sic!], die der *Alternative Kulturkongress* in Kooperation mit der AfD-



Gruppe im Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) am 28. November 2017 durchführte, wird ein zentraler Mythos der deutschen Nationalerzählung thematisiert, der besonders für die Region von Bedeutung ist. **Widukind**, der in der kleinen Stadt Enger im Kreis Herford begraben worden sein soll, verkörpert die Position des widerständigen heidnischen Sachsen, der sich gegen die als fremd gedeutete Christianisierung wehrte, während **Karl der Große** als Begründer des christlichen Europas gilt. Im Rahmen des sogenannten „Kulturstammtischs“ des Vereins ging es am 13. Oktober 2017 in einem Vortrag um sagenumwobene Orte in Ostwestfalen-Lippe. Unter der Überschrift „Sagenhaftes Hermannsland“ werden auf der Homepage des Vereins Geschichten, Märchen und Sagen sowie die damit verbundenen mythisch aufgeladenen Orte in der Region thematisiert. Schon Ende des 19. Jahrhunderts galt Ostwestfalen-Lippe in Teilen der völkischen und nationalistischen Bewegung als „germanisches Kernland“. Den völkischen Mythos des Arminius als Einiger und Befreier der germanischen Stämme von der „Fremdherrschaft“ der Römer, für den in verklärender Absicht der Name „Hermann der Cherusker“ erfunden wurde, griff die NSDAP im Landtagswahlkampf 1933 in Lippe auf und prägte mit dem Wahlkampfmotto „Macht frei das Hermannsland!“ diese Bezeichnung für die Region. Die mystische Aufladung der Figur des „Hermann“ wirkt bis heute nach.

Der deutsche „Schuldkult“

Der *Alternative Kulturkongress* sieht das Narrativ einer 2.000-jährigen Geschichte der Deutschen durch die geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Thematisierung der Shoah und weiterer NS-Verbrechen verdrängt. So schreiben sie zum Thema Erinnerungskultur auf ihrer Homepage von einem „historischen Tunnelblick“ und beklagen ein „Verblassen großer deutscher Zivilisations- und Kulturleistungen“, da „unsere Geschichte, was die Zeitabläufe und Ereignisse aus der Zeit vor dem ‚Dritten Reich‘ angeht, heute größtenteils unbekannt sind“. Doch ohne diese „historischen Vorbilder“ wäre es nicht möglich, „Stolz für das eigene Volk zu empfinden“. Vor allem die „Alleinschuldthese der Deutschen am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges“ sei es, die für diese Negativwahrnehmung verantwortlich sei. Im Folgenden werden die Minderheiten-Politik in Polen und der Tschechoslowakei und deren Beziehungen zu Nachbarstaaten in der Zwischenkriegszeit sowie die Verträge von Versailles als Ursachen des Zweiten Weltkriegs aufgeführt. Die in dem Text formulierte Argumentation gleicht den Thesen des geschichtsrevisionistischen Autors und Generals a.D. der Bundeswehr **Gerd Schultze-Rhonhof**. Dieser referierte am 18. Mai 2017 zum Thema „Selbstwahrnehmung und Staatlichkeit: Deutschlands falsches Geschichtsbild, ein Grund für die nationale Selbstverachtung“ beim *Alternativen Kulturkongress*. Schultze-Rhonhof ist mit seinem 2003 im Münchener *Olzog-Verlag* erschienenen Buch „Der Krieg, der viele Väter hatte“ einer der bekanntesten Geschichtsrevisionisten der Bundesrepublik. Er befasst sich mit der „Vorkriegsgeschichte“ des Zweiten Weltkrieges und versucht, Deutschlands Nachbarstaaten Kriegspläne gegen Deutschland nachzuweisen, um so das nationalsozialistische Deutschland von der Verantwortung für den Krieg freizusprechen. In der extremen Rechten wurde Schultze-Rhonhofs Buch begeistert aufgegriffen. Dort tritt er auch immer wieder als Referent auf.

„Kulturkampf“ für die AfD

Das Geschichtsbild des *Alternativen Kulturkongresses* legitimiert zentrale Begriffe wie „Volk“, „Nation“ und „Kultur“ scheinbar historisch. Geschichte dient somit einem „Kulturkampf“, indem ein exklusiv gedachtes, homogenes Gemeinschaftskonzept gegen ein plurales, inklusives Gesellschaftsverständnis in Stellung gebracht wird. Als AfD-naher Verein stellt der *Alternative Kulturkongress* eine Besonderheit dar. Geschichtspolitische Aussagen finden sich ansonsten zumeist in Reden einzelner AfD-Politiker wie Björn Höcke oder Alexander Gauland. Die zentralen Figuren des *Alternativen Kulturkongresses* sind insbesondere mit dem AfD-internen völkischen Zusammenschluss *Der Flügel* eng verbunden. Dies zeigt auch der für den 24. November 2018 angekündigte Kongress des *Flügels*, der als „Hermannstreffen 2018“ im Raum Ostwestfalen angekündigt ist. Neben den AfD-Politikern Björn Höcke, **Thomas Rökemann** (MdB aus dem Kreis Minden-Lübbecke) und **Christian Blex** (MdL aus dem Kreis Warendorf), wird auch **Gianluca Savoini** von der extrem rechten italienischen Regierungspartei *Lega* als Referent angekündigt. Die Anmeldungen für die Veranstaltung laufen über die Homepage des *Alternativen Kulturkongresses.*

Foto: Robert Rutkowski

Demonstration von „Patrioten NRW" und „Mütter gegen Gewalt" am 16. September 2018 in Gelsenkirchen.

Unter freiem Himmel

Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 3. Quartal 2018

NPD und Umfeld

Am **20. Juli 2018** fand in **Wetzlar-Naunheim (Lahn-Dill-Kreis/Hessen)** ein Aufmarsch der hessischen NPD statt. 28 Personen zogen vor das Haus des Wetzlarer Bürgermeisters und thematisierten den Unmut der Partei über die geplatzte NPD-Veranstaltung am 24. März 2018 in Wetzlar (siehe Lotta #71). Unter dem Motto „Es reicht — Abschieben satt integrieren — Merkel muss weg" mobilisierte der ehemalige NPD-Funktionär Sascha Wagner am **29. August 2018** rund 30 Rechte nach **Kaiserslautern (RLP)**. Eine Demonstration war jedoch aufgrund von Gegenprotesten nicht realisierbar.

„Die Rechte" und „Der III. Weg"

Am **20. Juli 2018** zogen etwa 90 AnhängerInnen der *Die Rechte* durch **Dortmund**-Eving (**NRW**), um gegen zwei geplante Moscheebauprojekte zu demonstrieren.

Für den **4. August 2018** hatte *Die Rechte* Rheinland-Pfalz nach **Alzey (Landkreis Alzey-Worms/RLP)** gerufen. 30 Neonazis demonstrierten dort unter dem Motto „Deutsche Zukunft schaffen — Gegen Überfremdung und Sozialabbau".

Zum sechsten Jahrestag des Verbots des *Nationalen Widerstands Dortmund* (NWDO) versammelte sich die **Dortmunder** *Die Rechte* am **23. August 2018** mit etwa 40 Personen zu einer Kundgebung an der Katharinentreppe gegenüber dem Hauptbahnhof in **Dortmund (NRW)**.

Am **8. September 2018** demonstrierte *Die Rechte* Rheinland-Pfalz mit 20 Teilnehmenden in **Alzey (Landkreis Alzey-Worms/RLP)** „für Meinungsfreiheit" und „gegen Repression und Polizeiwillkür".

Als Reaktion auf die Ingewahrsamnahme von Neonazis bei einem „Demokratie-Fest" am 15. September 2018 demonstrierten in **Dortmund (NRW)** nach einem Aufruf der *Die Rechte* am **21. September 2018** etwa 100 Neonazis gegen eine angebliche „Polizei-Willkür" durch Dortmund-

Dorstfeld und -Marten und riefen dabei antisemitische Parolen, ohne dass von Seiten der nur mit wenigen Kräften präsenten Polizei eingegriffen wurde. Siehe hierzu auch den Artikel auf Seite 26 in dieser Ausgabe.

Aufgrund des breiten Medienechos legte *Die Rechte* am **27. September 2018** noch eine Kundgebung mit etwa 30 Neonazis zum Thema „Lügenpresse" vor dem Gebäude der *Ruhrnachrichten* in **Dortmund (NRW)** nach.

Zu einer „Kundgebung gegen Homo-Propaganda" hatte die neonazistische Kleinstpartei *Der III. Weg* für den **28. Juli 2018** in **Siegen (Kreis Siegen-Wittgenstein/NRW)** aufgerufen. Es sollen Medienberichten zufolge „nicht einmal 20 Personen" teilgenommen haben.

Zu einer Kundgebung unter dem Thema „Festung Europa statt EU-Überfremdungspolitik" versammelten sich am **11. August 2018** etwa zehn Mitglieder des *Der III. Weg* in **Siegen (Kreis Siegen-Wittgenstein/NRW)**. Bei diesem „Aktionstag zur Europawahl im Sauer- und Siegerland" sollten Unterschriften für einen Antritt bei den Europawahlen 2019 gesammelt werden.

Eine „kleine Kundgebung inmitten der Innenstadt " will die Partei *Der III. Weg* am **15. September 2018** in **Olpe (Kreis Olpe/NRW)** durchgeführt haben, um auf ihren als Volksfest konzipierten „Tag der Heimattreue" am **22. September 2018** in **Olpe (Kreis Olpe/NRW)** hinzuweisen. Dieser „Tag der Heimattreue" wurde nach Polizeiangaben von nur 40 Personen besucht. Siehe hierzu auch den Bericht auf Seite 41 in dieser Ausgabe.

AfD und „Die Republikaner"

In **Friedberg (Wetteraukreis/Hessen)** folgten am **18. August 2018** etwa 100 Personen einem Aufruf der AfD zu einer Kundgebung unter dem Motto „Der Diesel gehört zu Deutschland".

Zu einer Kundgebung mit Alice Weidel, AfD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, hatte die Kölner AfD für den **25. August 2018** in **Köln (NRW)** aufgerufen, um Front gegen die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker zu machen. Nach bereits 15 Minuten war der rechte Spuk vor dem Dom, an dem 35 Personen teilnahmen, aber schon wieder beendet.

Unter dem Motto „Wenn es Ihnen auch langsam zu bunt wird" führten die Düsseldorfer *Die Republikaner* am **15. September 2018** eine etwa 80-köpfige Kundgebung in **Düsseldorf**-Garath **(NRW)** durch. An der Versammlung nahmen diverse militante Neonazis aus dem Kreis der *Bruderschaft Deutschland* beziehungsweise *Bruderschaft Garath* teil. Zeitgleich fand wenige 100 Meter entfernt ein Open-Air-Konzert der antirassistischen Initiative *Düsseldorf stellt sich quer* unter dem Motto „Rap gegen Rassismus" statt, gegen das sich die REP-Aktion letztendlich richtete.

„Wutbürger", PEGIDA- und HoGeSa-Spektrum

Am **1. Juli**, **21. Juli** und **22. September 2018** fanden in **Mainz (RLP)** erneut Kundgebungen von *BewegWas Deutschland* um Thomas Gauer statt. Es nahmen zwischen 30 und 50 Personen teil, die unter anderem einem angeblichen „Bevölkerungsaustausch" entgegen wirken wollen.

Wie vom Versammlungsleiter Marco Kurz (*Frauenbündnis Kandel*) angekündigt, fanden in **Kandel (Landkreis Germersheim/RLP)** an jedem ersten Samstag im dritten Quartal 2018 (**7. Juli**, **4. August** und **1. September 2018**) weitere Demonstrationen statt. Thematisch blieb es bei der rassistischen Instrumentalisierung von Straftaten. Im Juli und September nahmen deutlich über 300 Personen teil, im August war die Zahl zwischenzeitlich auf knapp über 200 zurückgegangen.

„Für die Meinungsfreiheit" demonstrierten am **18. August 2018** in **Köln (NRW)** etwa 120 Rechte. Veranstalter waren die *Patrioten NRW*, aufgerufen wurde unter anderen von der *Identitären Bewegung* und dem *Frauenbündnis Kandel*.

Über eine „Mahnwache" am **27. August 2018** vor dem Dom in **Köln (NRW)** — durchgeführt von zwei Frauen mit Plakaten (u.a. „Deutschland wach auf!") — berichtet *Abakus News* um den ehemaligen AfD-Rechtsaußen Thomas Matzke. Anlass: die Ereignisse in Chemnitz.

Die *Patrioten NRW* riefen für den **27. August 2018** zu einer „Spontandemo" unter dem Motto „Solidarität mit Chemnitz" vor dem Landtag in **Düsseldorf (NRW)** auf, zogen ihren Aufruf dann aber wieder zurück, was für heftige Kritik sorgte. Letztendlich übernahm der Düsseldorfer Hooligan Carolus Flach (auch als „Patrick" und „Flecki" bekannt) spontan die Anmeldung unter einem verändertem Motto: „Fortuna Fans Solidarität mit Chemnitzer Fans". Für mehr als das Verlesen der Auflagen durch einen ehemaligen Funktionär der *Die Republikaner* reichte es jedoch nicht: keine Reden und auch keine Technik. Eine „Spontandemonstration" wurde von der Polizei untersagt. Etwa 120 Personen — unter ihnen viele Neonazis und rechte Hools — waren gekommen, um nach etwa 90-minütigem Herumstehen unverrichteter Dinge wieder abzureisen.

Für den Tag darauf, also für den **28. August 2018**, hatte der Kölner *Begleitschutz e.V.* — ebenfalls mit Hintergrund Chemnitz — zu einer Kundgebung nach **Köln (NRW)** gerufen, an der etwa 100 Personen teilnahmen,

viele aus der Hooligan- und Neonazi-Szene. Nähere Informationen zum *Begleitschutz e.V.* finden sich unter *https://begleitschutz.noblogs.org/*.

Zu einer obskuren Kundgebung unter dem Motto „70 Jahre Parlamentarischer Rat. Stoppt den Grundrechtsboykott" versammelten sich am **1. September 2018** etwa 15 Personen in **Bonn (NRW)**. Aufgerufen hatten die *Mütter gegen Gewalt*, gefordert wurde mehr „Meinungsfreiheit".

Am **3. September 2018** ging dann einmal mehr PEGIDA NRW in **Duisburg (NRW)** auf die Straße. Doch lediglich 60 Personen folgten dem Aufruf zur Demonstration unter dem Motto „Solidarität mit Chemnitz. Kein Vergeben, kein Verschweigen".

Eine Kundgebung von *Kandel ist überall* um Christiane Christen (AfD) fand am **7. September 2018** mit 80 Teilnehmenden in **Landau (RLP)** statt.

Während am **13. September 2018** in **Essen (NRW)** etwa 6.000 Menschen unter dem Motto „#wirsindmehr" gegen Rechts demonstrierten, veranstaltete laut Polizeiangaben in räumlicher Nähe eine siebenköpfige Minigruppe eine „Mahnwache für Daniel H.". Unbekannt ist, wer diese organisiert und angemeldet hatte.

Zu einer „gemeinsamen Demonstration" hatten für den **16. September 2018** die *Patrioten NRW* und die *Mütter gegen Gewalt* nach **Gelsenkirchen (NRW)** mobilisiert. Motto: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Den Opfern wurde sie genommen!!!" Es nahmen etwa 250 Personen teil.

Etwa 350 Personen, zumeist rechte Hools, nahmen am **20. September 2018** in **Mönchengladbach (NRW)** an einem Trauermarsch für den am Tag zuvor durch Suizid verstorbenen HoGeSa-Mitbegründer Marcel Kuschela („Captain Flubber") teil. Teilweise geht die Szene bis heute davon aus, dass Kuschela einem „Messermord durch Islamisten oder Antifa" zum Opfer gefallen sei. Aufgerufen hatte unter anderem der ehemalige *pro NRW*-Vizevorsitzende Dominik Roeseler aus Mönchengladbach, der heute unter anderem für *Mönchengladbach steht auf* aktiv ist.

Foto: Dennis Pesch

Trauermarsch für Marcel Kuschela alias Captain Flubber am 20. September 2018 in Mönchengladbach.

Am **29. September 2018** ging erneut der Kölner *Begleitschutz e.V.* mit einer Kundgebung in **Köln (NRW)** auf die Straße, etwa 80 Personen nahmen teil. Das Motto lautete: „Gegen jegliche Form von Gewalt und Extremismus".

Sonstige

Knapp 100 Personen aus dem „Lebensschützer"-Spektrum nahmen am **11. August 2018** am zweijährlich stattfindenden „Gebetszug für das Leben" in **Fulda (Landkreis Fulda/Hessen)** teil.

An einer Kundgebung des „Busses für Meinungsfreiheit" aus dem Spektrum der christlich-fundamentalistischen „Demo für alle" beteiligten sich am **12. September 2018** in **Köln (NRW)** etwa 25 Personen. Weitere Stopps legte der „Bus für Meinungsfreiheit" am **11. September 2018** in **Fulda (Landkreis Fulda/Hessen)** und am **13. September 2018** in **Wiesbaden (Hessen)** ein.

Ihren Kampf für eine „Souveränität von Deutschland" setzte die dem „Reichsbürger"-Milieu zugehörige Gruppierung *Staatenlos.info* (siehe Lotta #70, S. 34) auch im dritten Quartal 2018 beharrlich mit monatlichen Kundgebungen mit nur wenigen Teilnehmenden in **Köln (NRW)** fort: am **21. Juli**, **26. August** und **22. September 2018**.

Kurzmeldungen

Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

RechtsRock (NRW, Hessen)

Auf der Bühne

Neben Szenegrößen wie *Endstufe* stand die Düsseldorfer Band *Non Plus Ultra* am 7. Juli 2018 im sächsischen Torgau (Landkreis Nordsachsen) vor etwa 230 TeilnehmerInnen auf der Bühne.
Am 13. Juni 2018 fand in der Gaststätte von **Tommy Frenck** in Kloster Veßra (Landkreis Hildburghausen/Thüringen) ein Konzert unter dem Motto „Thüringen rockt" statt. Vor etwa 400 TeilnehmerInnen trat auch *Sleipnir* aus Gütersloh (NRW) auf.
Die Band *Kotten* aus Solingen stand am 14. Juli 2018 beim zweiten von der Nazi-Organisation *Voice of Anger* organisierten „Angry, live and loud"-Konzert in Stockbauren bei Aichstetten (Landkreis Ravensburg/Baden-Württemberg) auf der Bühne. Am selben Tag fand in Hamm (NRW) das „Sommerfest des Nationalen Widerstandes" statt, das vom örtlichen Kreisverband der *Die Rechte* im „Nationalen Zentrum" am Kentroper Weg organisiert wurde. Im Innenhof der auch „Zuchthaus" genannten Location traten die Liedermacher *F.i.e.L. / Fremde im eigenen Land* (Mecklenburg-Vorpommern) und *Sleipnir* auf.
Da einige Mitglieder der Thüringer Band *TreueOrden* zu Haftstrafen verurteilt worden waren, fand am 11. August 2018 deren Abschiedskonzert in Kirchheim (Thüringen) statt. Ebenfalls an diesem Abend stand das Projekt *Der Metzger* des ehemaligen *Kahlkopf*-Sängers **Lutz Christopher** aus Höhr-Grenzhausen (Landkreis Westerwald/RLP) auf der Bühne.
Gleich drei Bands aus NRW sollten am 11. August 2018 beim „Oi! For Sachsony" in Sachsen auftreten. Während die Solinger Band *Kotten* und die *Angry Bootboys* aus dem Ruhrgebiet auf der Bühne standen, sagte die Band *Combat BC* aus Köln den Auftritt „aus organisatorischen Gründen" ab. *Combat BC* um die Sängerin **Melanie Heykes** war auch für ein Konzert mit rechten Skinhead-Bands im belgischen Brügge am 29. September 2018 angekündigt, das zeitweise auch von *Blood & Honour* beworben wurde. Die Band spielte zudem am 4. August 2018 ein Konzert im englischen Blackpool. Auf der Bühne standen zudem RAC-Bands aus England und Belgien. Der *blick nach rechts* berichtet, dass Neonazis seit 2014 ein Konzert in Blackpool als Gegenpol zu einer traditionellen Feier von Punks organisieren. In den Vorjahren war auch **Jade Griffiths** von *Blood & Honour* an der Organisation beteiligt. *Combat BC*-Sängerin Heykes war früher Frontfrau der nicht-rechten Oi-Band *Melanie & the secret army.*
Die dritte Auflage des „Rock gegen Überfremdung"-Konzerts am 25. August 2018 in Thüringen wurde verboten. An mehreren Orten in Deutschland fanden deshalb Ersatzkonzerte statt. So auch im „Zuchthaus" in Hamm, an dem etwa 80 Personen teilnahmen. Welche Bands spielten, ist nicht bekannt. Beim „Rock gegen Überfremdung" sollte auch die nach Jahren der Untätigkeit aus dem Mitgliederkreis des Projekts *Farben des Krieges* reaktivierte Band *Notwehr* aus Velbert (Kreis Mettmann/NRW) auftreten.
Im Rahmen des vom NPD-Kader **Thorsten Heise** organisierten „Eichsfeldtag" am 1. September 2018 im thüringischen Leinefelde trat der Liedermacher *Flak* aka **Philipp Neumann** aus dem Rhein-Sieg-Kreis (NRW) auf.
Im hessischen Kröffelbach (Waldsolms, Lahn-Dill-Kreis) wurde laut Behörden am 15. September 2018 ein RechtsRock-Konzert verhindert. Am gleichen Tag trat die Band *Randgruppe Deutsch* (Köln/Limburg) an einem unbekannten Ort auf einer Geburtstagsfeier auf.
In Hamm fand am 29. September 2018 ein Konzert mit den Bands *Kotten* und *Preußische Herzbuben* statt. Nach Eigenangaben wurde es von den Gruppen *Voice of Anger* und *Skinheads Südwestfalen* organisiert.

Foto: Anne Wild

Warten in Kirchheim (Thüringen): „Der Metzger" Lutz Christopher (rechts) am Rande des gefloppten „Rock gegen Überfremdung III" am 6. Oktober 2018.

RechtsRock (NRW)

Auf dem Plattenteller

Im Juli 2018 erschien bei *Opos-Records* die CD „Altes Land" der aus dem Rheinland kommenden Band *Faustkampf*. Seit kurzem ist **Alex**, der Kopf der Band, alleine aktiv.

Der dritte Teil der CD-Reihe „Europäischer Traum" erschien im August. Dieses mal ist es eine Split-CD der Gütersloher Band *Sleipnir* und dem Liedermacher „Barny" alias **Mirko Szydlowski**.

Sturmwehr um **Jens Brucherseifer** aus Gelsenkirchen veröffentlichte im Juli 2018 das Album „Freiheit ist alles" beim Label *Das Zeughaus*.

Vor Gericht (Hessen)

Urteile gegen Neonazis

Der Landrat des Wetteraukreises hatte einem Mann, der bei den Kommunalwahlen 2016 für die NPD kandidierte, wegen „Unzuverlässigkeit" alle waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen. Das Verwaltungsgericht Gießen schloss sich nun der Einschätzung des Landrats an.

Ein 42-Jähriger wurde vom Wetzlarer Amtsgericht zu 50 Tagessätze zu je 25 Euro verurteilt. Er hatte zu einer geplanten Wahlkampfveranstaltung am 24. März 2018 in Wetzlar (siehe Lotta #71) ein Messer mit der Aufschrift „Meine Ehre heißt Treue" mitgeführt, außerdem war das Messer noch mit einem Hakenkreuz und SS-Runen versehen.

Wegen Volksverhetzung wurde ein 70-Jähriger aus Linden (bei Gießen) zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je 35 Euro verurteilt. Er hatte in einem Leserbrief Personen, die sich für die Rechte von geflüchteten Menschen einsetzen, als „Volksschädlinge" bezeichnet. Die Richterin bezeichnete solche Vokabeln als „Explosionsstoff", die geeignet seien, den „öffentlichen Frieden" zu stören.

Rechte Gewalt (Hessen)

Eine garantiert unvollständige Chronik

Bei einem Feuer in einem Wohnheim für Geflüchtete vom 6. auf den 7. Juli 2018 in Frankfurt ist ein Mensch beim Sprung aus einem Fenster des zweiten Stocks schwer verletzt worden. Fünf weitere Bewohner_innen erlitten Rauchgasvergiftungen. Im Keller des Gebäudes gerieten aus ungeklärter Ursache zwei Matratzen in Brand. In der Nacht auf den 15. Juli 2018 wurden Spieler eines auswärtigen Fußballteams auf einer Kirmesveranstaltung in Bierstein-Fischborn (Main-Kinzig-Kreis) rassistisch beleidigt. Die Spieler berichteten, dass die Situation eskalierte und sie unter Parolen wie „Ausländer raus" in einer regelrechten Hetzjagd in ihr Hotel getrieben wurden. Nach rassistischen Bedrohungen und dem Zeigen des Hitlergrußes wurden am 16. Juli 2018 zwei Personen in der Nähe des Darmstädter Herrngarten festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, eine schwarze Person beleidigt und bedroht zu haben. Am 20. Juli 2018 wurde ein Gewerkschafter am Rande einer Anti-AfD-Kundgebung von AfD-Sympathisanten angegriffen und bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt. Ende Juli 2018 wurde in Hungen (bei Gießen) in einen Stolperstein ein Hakenkreuz eingebohrt. In einer Straßenbahn in Frankfurt wurde am 1. August 2018 ein achtjähriger Jungen mit Tritten angegriffen und seine Familie rassistisch beschimpft. Im Anschluss an eine Anti-AfD-Kundgebung am 24. August 2018 bekam eine *Grünen*-Politikerin aus Darmstadt Drohmails, in denen mit einem Brandanschlag auf ihr Haus gedroht wurde. Am 7. September 2018 wurde in Frankfurt ein 20-Jähriger mit Schlägen angegriffen, nachdem er in einem Gespräch bestätigt hatte, Jude zu sein. Am 16. September 2018 griff ein Wahlkampfhelfer der hessischen NPD in Gießen während des Plakatierens von Wahlwerbung und nach einer verbalen Auseinandersetzung eine Gruppe Passant_innen mit Pfefferspray an und trat auf einzelne Personen ein.

Parteien (NRW)

„Der III. Weg"

Parallel zur einem Konzert unter dem Motto „Olpe rockt Toleranz" führte der „Stützpunkt Sauerland Süd" der neonazistischen Kleinstpartei *Der III. Weg* am 23. September 2018 einen „Tag der Heimattreue" auf dem zentral gelegenen Kürkölner Platz in Olpe durch. Die Partei bezeichnete die Veranstaltung als das „erste öffentliche politische Fest unserer Partei im Westen unseres Landes". Neben Reden des „Gebietsleiters ‚West'", **Julian Bender**, seines Stellvertreters **Matthias Bauerfeind** und des „Gebietsleiters ‚Süd'", **Walter Strohmeier**, gab es musikalische Beiträge des „parteieigenen Musikers ‚Studio Drei'", wie *Der III. Weg* mitteilte. Einen Tisch mit Selbstgeschnitzem (unter anderem hölzerne „Schwarze Sonnen") und Selbsteingelegtem bewarben die Neonazis als „Handwerkermarkt". Nach Polizeiangaben nahmen nur 40 Personen an der Veranstaltung teil. Anfang Oktober fand „im Münsterland" eine Veranstaltung statt, bei der Bender Interessierten den *Der III. Weg* vorgestellt haben will.

Screenshot der Facebook-Seite „Junge Alternative NRW".

Parteien (NRW)

JA NRW wählt neuen Vorstand

Die *Junge Alternative* (JA) NRW hat Anfang September 2018 einen neuen Landesvorstand gewählt. Der Vorsitzende **Carlo Clemens**, Autor der „neurechten" Zeitschrift *Blaue Narzisse*, wurde im Amt bestätigt. Als Stellvertreter wurden gewählt: **Marco Schild** und **Peter Kayser.** Weitere Mitglieder des ausschließlich männlichen Vorstands sind **Laurenz Peter**, **Daniel Schwach**, **Luca Leitterstorf**, **Henrik Heimann**, **Karsten Jungnitsch**, **Nils Wallmeyer**, **Zacharias Schalley** und **Maximilian Kneller**.

Braunzone (Hessen)

„Pro Altstadt" tagt in Frankfurt

Im Historischen Museum fand am 8. und 9. September 2018 eine Tagung des Vereins *Pro Altstadt* statt. Einer der Redner war **Claus Wolfschlag**, der auch als Autor für die *Junge Freiheit*, die *Preußische Allgemeine* und **Kubitscheks** *Sezession* bekannt wurde. Wolfschlag hatte den Antrag für die „neue Altstadt" verfasst, den **Wolfgang Hübner** 2005, damals einziger Stadtverordneter der rechten *Bürger für Frankfurt* im Römer, einbrachte und damit den Coup landete, bis heute noch bei vielen als derjenige zu gelten, der die Idee zur Rekonstruktion hatte, obwohl er das Thema damals nur aufgegriffen hatte. Wolfschlag strebte mit der Rekonstruktion der 1944 zerstörten Altstadt nach einem Ende des „Traumas" und der „inneren Leere", die der Zweite Weltkrieg den Deutschen beschert hätte. Die *Pro Altstadt*-Vorsitzende **Comelia Bensinger** betonte: „Wir wollen Frankfurt sein Herz zurückgeben". Sie ist auch heute noch bei den *Bürgern für Frankfurt*.

Parteien (Hessen)

Rachephantasien bei der AfD

Am 27. August 2018 postete die AfD-Fraktion Hochtaunus offenbar im Rausch der Chemnitzer Ereignisse unverhohlen ihre Vernichtungsphantasien gegenüber der Presse. „Bei uns bekannten Revolutionen wurden irgendwann die Funkhäuser sowie die Presseverlage gestürmt und die Mitarbeiter auf die Straße gezerrt. Darüber sollten die Medienvertreter hierzulande einmal nachdenken, denn wenn die Stimmung endgültig kippt, ist es zu spät!" Drei Wochen später folgte der Versuch einer Distanzierung, als der Vorsitzende der AfD-Fraktion, **Michael Dill**, den Beitrag als „nicht hinnehmbar" bewertete und ankündigte, dass sich so etwas nicht wiederholen werde. **Peter Lutz**, Parteivorsitzender der AfD im Hochtaunuskreis, wollte das scheinbar so nicht stehen lassen und ging wiederum zum Angriff über: „Die Art und Weise, wie die Regierung Merkel und die ihr treu ergebenen Staatsmedien in Funk und Fernsehen die Wahrheit manipulieren, steht in bester stalinistischer Tradition."

Vor Gericht (NRW)

„SS-Siggi" muss in Haft

Weil er einen Polizisten beleidigte, muss der Dortmunder *Die Rechte*-Funktionär **Siegfried Borchardt** bald vier Monate in Haft. Das Oberlandesgericht Hamm bestätigte ein Urteil des Landgerichts Dortmund von Mai 2018. Mit Bewährung davon kam einem Bericht der *Nordstadtblogger* zufolge der Dortmunder Neonazi **Marvin J.**, der 2016 einen schwarzen Busfahrer rassistisch beleidigt und attackiert hatte. Mit einem Schlagstock verletzte er eine Frau am Bein, die sich schützend vor den Busfahrer gestellt hatte.

Parteien (Hessen, NRW, RLP)

NPD-„Schutzzone“

Die Idee ist nicht originell, aber sie verschafft der NPD ein bisschen Aufmerksamkeit: Unter dem Motto „Schafft Schutzzonen. Sicherheit durch Solidarität“ startete die Partei eine bundesweite Kampagne und patrouilliert nun in roten Warnwesten im öffentlichen Raum verschiedener Städte. Da der Staat nicht fähig oder willens sei, seine Bürger zu schützen, müssten diese sich selbst schützen, stellt die NPD fest. Sie ruft zur Bildung von „Telefonketten“, „Bürgerwehren“, „Rückzugsräumen“ und „Schulwegwachen“ auf. Im Webshop können Westen, Visitenkarten und Pfefferspray bestellt werden. Das in den Nationalfarben gehaltene Material lässt als solches nicht direkt auf die NPD-Urheberschaft schließen.

„Schutzzonen“-Aktionen unter Beteiligung führender NPD-Funktionäre sind bislang in Krefeld und Bochum bekannt geworden. Großspurig heißt es, dass in Bochum „sowohl Fußgängerstreifen wie auch mobile Streifen“ unterwegs gewesen seien. **Markus Walter**, Vorsitzender der NPD in Rheinland-Pfalz, behauptet sogar, man habe „derzeit eine Vielzahl von Schutzzonen und Schutzstreifen“ geschaffen, kann als Beispiel aber nur Worms nennen. Trotzdem schreibt er weiter: „Denn wir schaffen ohne Mittel das, was andere nicht einmal mit dem kompletten Staatshaushalt bewältigen.“

Zwischen dem 1. und 10. September 2018 liefen in Wetzlar fast täglich drei bis fünf Personen der hessischen NPD mit roten Warnwesten bekleidet durch Teile der Innenstadt. In Wetzlar will sich die NPD mit der Aktion vor der anstehenden Landtagswahl präsentieren. Bei der vergangenen Kommunalwahl 2016 erreichte sie hier knapp 10 Prozent der Stimmen. An der „Schutzzone“-Aktion beteiligten sich mehrere Funktionäre der Partei: Neben **Thassilo Hantusch** (Wetzlar), **Ingo Helge** (Butzbach) und **Thomas Gorr** (Leun) waren auch die Landesvorstandsmitglieder **Stefan Jagsch** (Altenstadt) und **Andreas Weber** (Alsfeld) angereist. Während einer der „Streifen“ am 6. September 2018 wurde ein Pressevertreter bedrängt.

Foto: EXIF — Recherche & Analyse

Träumt von nationalen „Schutzzonen“: NPD-RLP-Vorsitzender Markus Walter (links) am 8. Juni 2018 in Themar.

Rechtsterrorismus (NRW)

Razzia in Essen

Am 3. August durchsuchten Spezialkräfte der Polizei in Essen-Altenessen die Wohnung eines 26-jährigen Mannes, gegen den wegen „Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat“ mit rechtem Hintergrund ermittelt wird. Bei der Razzia stellte die Polizei Gegenstände sicher. Der Verdächtige wurde nach einer Vernehmung wieder freigelassen. Ein konkretes Anschlagsziel und ein Tatplan haben nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf nicht vorgelegen.

Parteien (NRW)

„Die Rechte“-Splitter

Die Rechte (DR) *Dortmund* hat eine neue kostenlose Zeitung für Schüler_innen veröffentlicht. Das Cover des Heftes mit dem Titel „Heute jung“ (Abkürzung: HJ) erinnert auf den ersten Blick an ein Magazin aus der Ultra-Szene. Das Logo zeigt ein stilisiertes Konterfei eines Hitler-Jungen. Im Heft finden sich kurze Artikel, die die Leser_innen auffordern, im „Nationalen Widerstand“ aktiv zu werden. Das Heft wurde vor einigen Dortmunder Schulen verteilt.

In Dortmund, Lünen (Kreis Unna), Bergheim und Kerpen (beide Rhein-Erft-Kreis) hat *Die Rechte* in den letzten Monaten mehrere Infostände abgehalten, um Unterschriften für die Kandidatur zur Europawahl 2019 zu sammeln.

In Dortmund plakatierte der „Stadtschutz“ der Partei eigene „Fahndungsplakate“ mit einem polizeilichen Phantombild eines Vergewaltigers. Im August sprach bei einer DR-Veranstaltung in Dortmund das Waffen-SS-Mitglied **Richard Neubrech.**

Zudem wurde bekannt gegeben, dass am 1. Mai 2019 ein Aufmarsch in Duisburg stattfinden soll.

Sonstiges (NRW)

Rassistische Mobilisierungen in Chemnitz

Nach einer Auseinandersetzung am 25. August 2018 auf dem Chemnitzer Stadtfest, bei dem der 35-jährige **Daniel H.** ums Leben kam, instrumentalisierten verschiedene extrem rechte Akteure die tragische Tat für rassistische Mobilisierungen. Schon am Mittag des 26. August rief die AfD zu einem spontanen Demonstrationszug auf, dem etwa 200 Personen folgten. Am späten Nachmittag mobilisierten insbesondere Gruppen aus der extrem rechten Ultra- und Hooligan-Szene des *Chemnitzer FC* an die 1.000 Teilnehmende. Bei dieser Demonstration kam es zu mehreren rassistisch motivierten Jagdszenen.

Im Zeitraum vom 27. August bis 7. September 2018 fanden mehrere Demonstrationen mit jeweils vierstelligen Teilnehmendenzahlen statt. Dabei kam es auch immer wieder zu einer Beteiligung extrem rechter Akteure aus NRW. So waren Dortmunder Neonazis um **Michael Brück**, **Sascha Krolzig**, **Martin Wegerich** und **Matthias Deyda** wiederholt in Chemnitz anzutreffen. Dies verwundert nicht, da Dortmunder Strukturen seit vielen Jahren gute Kontakte in die Chemnitzer Neonazi-Szene pflegen. Neben weiteren bekannten Dortmunder Neonazis war unter anderem auch **Thomas Eckleder** aus Duisburg Teil der Reisegruppe.

Am 1. September 2018 waren darüber hinaus Personen aus dem Spektrum der verbotenen HDJ um **Gerd Ulrich** mit seiner Tochter **Gerlinde Ulrich** (Detmold) sowie **Andreas H.** mit seinen drei Söhnen (Horn-Bad Meinberg) vor Ort. Ebenfalls aus Ostwestfalen angereist war eine Gruppe um **Christian** und **Lenz L.** (Horn-Bad Meinberg), die sich im Umfeld des *Der Dritte Weg* bewegen.

Bei dem als „Trauermarsch" deklarierten AfD-Aufzug mit rund 8.000 Teilnehmenden aus allen Spektren der extremen Rechten nahmen unter anderem die nordrhein-westfälischen AfD-Landtagsabgeordneten **Thomas Röckemann** (Kreis Minden-Lübbecke) und **Christian Blex** (Kreis Warendorf) sowie Kommunalpolitiker **Johannes Brinkrolf** aus Rheda Wiedenbrück teil.

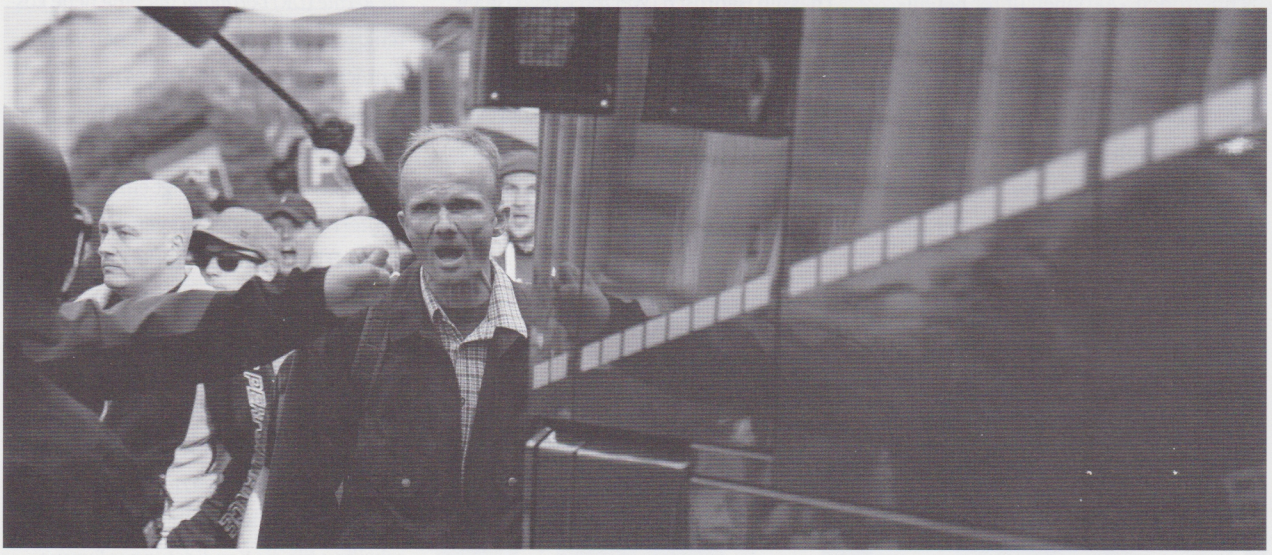


Foto: Recherche Nord

Gerd Ulrich am 1. September 2018 in Chemnitz.

Parteien (RLP)

Neuer Landesvorstand der JA

Bereits im April 2018 hat der Landesverband RLP der *Jungen Alternativen* (JA) einen neuen Vorstand gewählt. Der bisherige Vorsitzende **Damian Lohr**, seit Februar JA-Bundesvorsitzender, wurde durch **Alexander Jungbluth** abgelöst. Stellvertreter wurden erneut **Justin Cedric Salka** und **Mirco Kos**. Weitere Vorstandsmitglieder sind **Martin Fischer**, **Edmund Rosenfeld**, **Robin Classen**, **Cornelius Persdorf**, **Pascal Bähr**, **Marcel Phillips**, **Kathrin Bruder** und **Ingmar Schneider**.

Parteien (RLP)

Kein Oberbürgermeister Walter

Der Landesvorsitzende der NPD Rheinland-Pfalz, **Markus Walter**, wurde nicht zu der Oberbürgermeisterwahl der Stadt Pirmasens (Westpfalz) zugelassen. Der Wahlausschuss wies den Wahlvorschlag am 13. September 2018 mit der Begründung einer fehlenden Verfassungstreue zurück. Die rheinland-pfälzische NPD hatte sich nach der Landtagswahl 2016 in die Westpfalz zurückgezogen. Dort versucht sie nun, sich in der Kommunalpolitik zu behaupten.

Rechte Gewalt (NRW)

Antisemitische Attacken

Von einer zehnköpfigen Männergruppe wurde im Juli ein 17-Jähriger, der mit Kippa und einem Anstecker mit israelischer Flagge in der Düsseldorfer Altstadt unterwegs war, beleidigt und angerempelt. Ebenfalls im Juli wurde in Bonn einem 50-jährigen jüdischen Professor die Kippa vom Kopf geschlagen. Der mutmaßliche Täter, ein 20-jähriger Deutsch-Palästinenser, schubste und schlug den Mann. Bereits im Mai wurde bei einer jüdischen Familie eingebrochen. Die unbekannten Täter stahlen nicht nur Wertsachen, sondern verwüsteten auch die Wohnung und hinterließen Hakenkreuze. Am 1. August 2018 wurde eine Scheibe der Synagoge in Gelsenkirchen eingeworfen. Drei Mal sind seit August Stolpersteine in Moers (Kreis Wesel) mit schwarzer Farbe beschmiert worden. Beim dritten Mal wurden im Umfeld auch Hakenkreuze und Naziparolen, darunter auch „Combat 18", gesprüht. In Recklinghausen wurden in der Nacht auf den 1. Oktober 2018 Stolpersteine mit Folien überklebt, auf denen, so *derwesten.de* „Namen von Frauen abgedruckt" wurden, „die angeblich Opfer von Flüchtlingen geworden sind".

Vor Gericht (RLP)

Neustart des ABM-Verfahrens

Am 15. Oktober 2018 — nach Redaktionsschluss, aber vor dem Erscheinen dieser LOTTA-Ausgabe — soll die Neuauflage des Strafprozesses vor dem Landgericht Koblenz gegen ehemalige Mitglieder und Unterstützer des als „Kriminelle Vereinigung" gewerteten *Aktionsbüros Mittelrhein* (ABM) starten. Im ersten Anlauf war der Prozess gegen das damals hauptsächlich von Bad Neuenahr-Ahrweiler aus agierende ABM nach über 337 Prozesstagen wegen „überlanger Verfahrensdauer" versandet und konnte nicht abgeschlossen werden, zumal der Vorsitzende Richter seinen Ruhestand antrat. Von Beginn an hatten die Angeklagten über ihre VerteidigerInnen Gericht und Staatsanwaltschaft mit Anträgen überzogen. Schließlich wurde der Prozess eingestellt. Die Staatsanwaltschaft legte Beschwerde ein. Das Oberlandesgericht hob die Einstellung im Dezember 2017 auf. Für die extreme Rechte kam der geplatzte Prozess einem Triumph über die Staatsmacht gleich. Schon während des Prozesses zeigten sich die Angeklagten unbeeindruckt. Die jährlichen Demonstrationen in Remagen werden weiterhin maßgeblich vom Netzwerk des ABM getragen. Unmittelbar nach ihrer Entlassung aus der U-Haft im Januar 2014 waren diverse ABM-Mitglieder und -Unterstützer dort wieder aktiv. Im gleichen Jahr gründeten Mitglieder des ABM den NPD-Kreisverband Mittelrhein. Kreisvorsitzender ist heute **Christian Häger**, dem auch schon beim ABM eine zentrale Rolle zukam. Im Februar 2018 wurde Häger zum Bundesvorsitzenden der kurz zuvor von *Junge Nationaldemokraten* (JN) in *Junge Nationalisten* (JN) umbenannten Jugendorganisation der NPD gewählt. Ein anderer Angeklagter — **Philipp Neumann** — spielt heute mit seiner Band *Flak* international auf neonazistischen Konzerten (vgl. LOTTA #63). Der ebenfalls angeklagte, parteilose Düsseldorfer Neonazi-Kader **Sven Skoda** tritt 2019 als Zweitplatzierter auf der Europawahlenliste der *Die Rechte* an. Bei den Europawahlen 2014 war er sogar als Spitzenkandidat vorgesehen. Auch wenn viele der Angeklagten verzogen sind — in der regionalen Neonazi-Szene genießt das ABM weiterhin hohes Ansehen.
Der Vorsitzende Richter **Reiner Rühmann** hat mit dem Prozess eine schwere Aufgabe. Im letzten Prozess sorgten offene Nazisymbolik, bespuckte Zeugen und Stinkbomben für Unruhe im Gerichtsaal. Ginge es nach den Angeklagten, würden diese ihr jahrelang praktiziertes neonazistisches „Klassentreffen" — inklusive Szene-AnwältInnen — fortsetzen. Für den Prozess sind 90 Prozesstage angesetzt. Ob das reicht, bleibt abzuwarten.

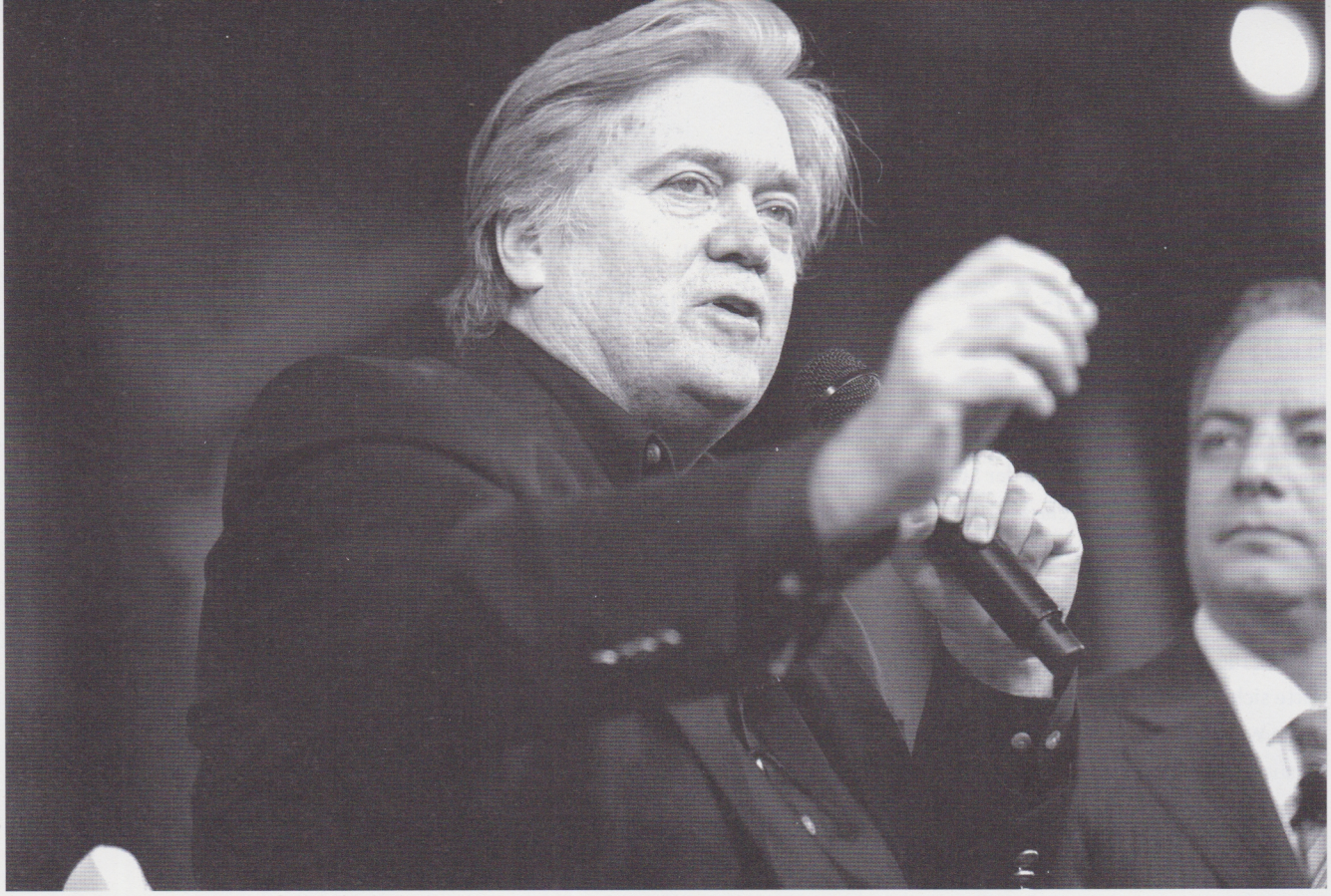


Foto: Gage Skidmor (CC BY-SA 2.0)

Von Jörg Kronauer

Der Anti-Soros

Steve Bannon, „The Movement" und die europäische Rechte

Im Sommer hat Steve Bannon, Ex-Chefstratege von US-Präsident Donald Trump, angekündigt, Europas äußerste Rechte zu neuen Wahlerfolgen führen zu wollen. Nach anfänglicher Zustimmung wird nun Ablehnung laut.

„Nein danke, Herr Bannon!" **Marine Le Pen** schien nicht interessiert. Soeben hatte die Vorsitzende des *Rassemblement National* (RN, Ex-*Front National*) sich in Rom mit Italiens Innenminister **Matteo Salvini** (*Lega*) getroffen, um gemeinsam gegen die EU Position zu beziehen und mit Blick auf die Europawahl im Mai 2019 gewisse Absprachen zu treffen. Die äußerste Rechte in Europa erlebt zur Zeit einen Aufschwung wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg; der Wille, dies zu nutzen, um Sitze im Europaparlament hinzuzugewinnen und einen machtvollen Block zu schmieden, ist da. Und jetzt taucht plötzlich dieser **Steve Bannon** auf, der den Wahlkampf von **Donald Trump** erfolgreich steuerte und nun meint, mit seinen Fähigkeiten der Rechten in Europa ebenfalls zu einem Durchbruch verhelfen zu können? Le Pen gibt sich eher kühl an jenem Morgen des 8. Oktober in Rom.

Chefstratege des US-Präsidenten

Angefangen hatte alles Mitte Juli in London, in den Tagen, in denen US-Präsident Donald Trump die britische Hauptstadt mit seinem Besuch beglückte. Zur selben Zeit hielt Steve Bannon in einem Fünf-Sterne-Hotel im Londoner Nobelviertel Mayfair Hof. Bannon, 64 Jahre alt, war gerade dabei, seiner bunten Karriere wieder einmal eine neue Wendung zu geben. Marinesoldat, Investmentbanker, Filmproduzent — vielfältig waren seine Aktivitäten schon vor seinem Wechsel zu der ultrarechten Onlineplattform *Breitbart News* gewesen, zu deren Chef er nach dem Tod von Gründer **Andrew Breitbart** im Jahr 2012 aufstieg.

International bekannt wurde Bannon im August 2016, als der damalige Präsidentschaftskandidat Trump ihn als Berater anheuerte — eine Tätigkeit, die er vom Tag des Personalwechsels im Weißen Haus am 20. Januar 2017 an fast sieben Monate lang fortsetzte, nun allerdings als „Chefstratege" des Präsidenten. Am 18. August 2017 de facto gefeuert — offiziell durfte er seinen Abschied selbst einreichen –, nahm Bannon seine Tätigkeit bei *Breitbart News* wieder auf. Parallel führte er den politischen Kampf fort, indem er dem Trumpistenflügel in der *Republikanischen Partei* unter die Arme griff. Anfang Januar 2018 kam es dann freilich zum endgültigen Crash: Weil er dem Publizisten **Michael Wolff** für den Bestseller „Fire and Fury" wenig vorteilhafte Berichte über Trump und dessen Umfeld geliefert hatte, brach nicht nur der US-Präsident, sondern auch dessen Wahlkampffinanzier **Robert Mercer** endgültig mit ihm. Weil nun aber der Milliardär Mercer neben diversen anderen rechten Projekten auch *Breitbart News* sponsert, war Bannon nun plötzlich arbeitslos.

Was tun? Nun, Bannon hat offenbar entschieden, sich nach seinem Beitrag zu Trumps Sieg in den USA jetzt nichts Geringeres als Europa und die Welt vorzunehmen. Überall sei die Rechte auf dem Vormarsch, erläuterte er Ende September einem Reporter der *Washington Post* — in Europa ohnehin, aber auch auf allen anderen Kontinenten. Beispiele? Bannon nannte unter anderem Japan, Brasilien und Australien — und leider hat er damit Recht. In Japan erstarkt die Rechte unter dem nationalistischen Ministerpräsidenten **Shinzō Abe**; Bannon nahm im Dezember 2017 an der ersten *Japanese Conservative Political Action Conference* (J-CPAC), einem Gemeinschaftsprodukt US-amerikanischer und japanischer Rechtsaußen, teil. In Brasilien konnte **Jair Bolsonaro**, ein Politiker mit faschistischen Zügen, am 7. Oktober 2018 die erste Runde der Präsidentenwahl mit 46 Prozent der Stimmen für sich entscheiden; Bolsonaro gibt an, sich von Bannon beraten lassen zu haben. Und Australien? Dort gewinnen rechte, rassistische Positionen immer mehr an Gewicht; während kürzlich ein Boulevardblatt vor einer „Invasion der Ausländer" warnte, durfte der verurteilte Neonazi **Blair Cottrell** auf *SkyNews* mehr „Nationalstolz" fordern und vor „ausländischen Ideologen" warnen. Bannon will im November nach Australien reisen, um dort Kontakte zu knüpfen. Auch Singapur werde er besuchen, kündigte er im September an; Fühler habe er unter anderem auch nach Ägypten und nach Israel ausgestreckt.

Die transatlantische Rechte

Doch zurück nach Europa. Nach dem endgültigen Bruch mit Trump und Mercer hat Bannon schon bald begonnen, sich hier fleißig umzutun. Am 1. März reiste er nach Rom, um dort in den letzten Tagen vor der Wahl am 4. März der *Lega*, der Partei des heutigen Innenministers Salvini, zur Seite zu stehen. Am 6. März trat er in Zürich auf einer Großveranstaltung der Wochenzeitung *Die Weltwoche* auf, deren Eigentümer und Herausgeber **Roger Köppel** für die ultrarechte *Schweizerische Volkspartei* (SVP) im Berner Nationalrat sitzt. In Zürich traf sich Bannon auch mit **Alice Weidel**, der Co-Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion. Am 10. März hielt er dann in Lille eine Rede auf dem Parteitag des *Front National* (FN, heute: *Rassemblement National*). Am 22. Mai trat er auf einer Diskussionsveranstaltung in Prag auf, am 23. Mai schließlich auf der Konferenz „The Future of Europe" in Budapest, die mit offizieller Unterstützung des ungarischen Außenministeriums durchgeführt wurde und an der neben ungarischen Regierungsvertretern auch ehemalige Spitzenpolitiker aus Polen, Tschechien und der Slowakei teilnahmen, darunter der tschechische Ex-Staatspräsident **Václav Klaus**. Am Rande der Budapester Veranstaltung kam Bannon auch mit Ungarns Ministerpräsident **Viktor Orbán** zusammen, den er wirklich schätzt. Orbáns Stab sorgte dafür, dass ein Foto, auf dem beide zu sehen sind, den Weg in die Öffentlichkeit fand.

Der nächste Schritt folgte dann im Juli in London, wo Bannon seine Pläne für Europa zu bündeln begann. Gute Beziehungen in die britische Hauptstadt unterhält er, seit er 2014 *Breitbart London* gründete, einen Ableger der US-Onlineplattform. Warum London? Die bunte, liberale, religiös tolerante Metropole sei „ein Fenster in die Zukunft, die Amerika womöglich bevorsteht, und zugleich ein warnendes Beispiel", hieß es dazu bei *Breitbart News*. Die tatsächliche Ursache für die Gründung eines Ablegers in England dürften allerdings die politischen Netzwerke sein, die auch konservative und rechte Spektren zwischen dem Vereinigten Königreich und den USA unterhalten. Als Bannon im Jahr 2013 die *Breitbart*-Expansion über den Atlantik hinweg in den Blick zu nehmen begann, da brachte ihn der damalige UKIP-Generalsekretär **Matthew Richardson**, der für seine Partei Kontakte in Washington aufgebaut hatte, mit dem 27-jährigen **Raheem Kassam** in Kontakt, einem damals aufsteigenden Nachwuchsstar der britischen Rechten. Kassam baute in Verbindung mit Bannon *Breitbart London* auf, arbeitete bald auch eng mit dem damaligen UKIP-Chef **Nigel Farage** zusammen — und so ergab es sich, dass *Breitbart London* nicht nur dem Ex-EDL-Führer **Stephen Yaxley-Lennon** („Tommy Robinson") publizistisch unter die Arme griff, der bereits seit Jahren die britische Hool-Szene zu mobilisieren versucht, sondern ganz besonders auf die UKIP orientierte. Farages Rücktritt als UKIP-

Chef sowie der anschließende Zerfall der Partei haben die Lage wohl geändert; würden sich Farage — und vielleicht auch Kassam — für ein neues Projekt auf der äußersten Rechten entscheiden, wäre *Breitbart London* aber vermutlich wieder mit dabei.

Euro-Trumpismus

Wie auch immer: Als Bannon Mitte Juli in Mayfair Hof hielt, waren natürlich seine politischen Verbündeten aus Großbritannien sehr präsent — Farage etwa, aber auch Kassam, der Bannon inzwischen auf seinen Europareisen begleitet. Laut Berichten sprachen eine ganze Reihe prominente Rechtsaußen aus einigen weiteren europäischen Staaten bei Bannon vor — **Kent Ekeroth** von den *Schwedendemokraten* etwa, **Filip Dewinter** vom *Vlaams Belang* sowie **Jérôme Rivière**, ein von Marine Le Pen persönlich ernanntes Mitglied im Conseil National des *Rassemblement National* (RN).
Worum ging's? Bannon wolle, so wurde bald berichtet, eine Stiftung aufbauen, die die Rechtsaußenparteien in Europa unterstützen solle — zunächst im Wahlkampf für die Europawahl im Mai 2019, später auch anderweitig. Zunächst mit zehn, auf lange Sicht mit bis zu 25 Mitarbeitern solle die Organisation Umfragen, Analysen und Beratung durchführen — Beratung wohl auch dabei, potenzielle Wähler besser zu erreichen, nicht zuletzt vermutlich über soziale Medien.
Ein Name für die Vereinigung stehe ebenfalls schon fest: *The Movement* (*Die Bewegung*). Sie solle der äußersten Rechten in der EU helfen, Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren und so zur stärksten Kraft im Europaparlament zu werden. Langfristig betrachtet Bannon *The Movement* — leicht größenwahnsinnig — als Gegenmodell zur *Open Society Foundation* des **George Soros**.
Auf der Suche nach Unterstützung hatte sich Bannon aus London eigens an **Mischaël Modrikamen** gewandt. Der Brüsseler Rechtsanwalt hatte sich in Belgien im Rahmen der *Fortis*-Affäre einen Namen gemacht. Die belgische *Fortis Bank* war im Jahr 2008 in den Wirren der Finanzkrise ins Schlingern geraten und im Jahr 2009 letztlich von der französischen Großbank *BNP Paribas* übernommen worden; Modrikamen vertrat in den Auseinandersetzungen darum zahlreiche *Fortis*-Kleinaktionäre vor Gericht. Die gewisse Bekanntheit, die er damit gewinnen konnte, nutzte er noch 2009, um eine neue Partei zu gründen — den *Parti Populaire* (PP). Sollte diese zunächst ähnliche Positionen vertreten wie die großen konservativen Parteien Frankreichs und Spaniens — dem *Partido Popular* verdankt sie sogar ihren Namen –, so orientierte Modrikamen den PP schon bald nach rechts in eine gewisse Nähe zum französischen RN. Die Begeisterung packte ihn, als Donald Trump die Präsidentenwahl gewann. Nach einem vergeblichen Versuch, Kontakt zu Trumps Team und damit zu Bannon aufzunehmen, ließ er am 9. Januar 2017 in Brüssel eine Organisation mit dem Namen *The Movement* registieren. Aus seinem Ziel, mit ihr den Trumpismus in Europa zu fördern, wurde freilich zunächst nichts — bis er im Juli 2018 einen Anruf von Bannon erhielt. Dem hatte Farage von *The Movement* erzählt; Farage kannte Modrikamen aus den Netzwerken der europäischen Rechten. Bannon kam im Gespräch mit Farage offenbar zu dem Schluss, *The Movement* für seine Zwecke nutzen zu können, und lud Modrikamen zum Lunch in Mayfair ein.

Geld und Daten

Bleibt die Frage, woher das Geld für die geplanten umfangreichen Aktivitäten der neuen Organisation kommen soll. Modrikamen hatte *The Movement* Anfang 2017 in einem Brüsseler Vorort mit dürftigen 2.500 Euro gegründet. Bannon erklärte schon bald, man werde für die Arbeit Millionen benötigen. Zugleich behauptete er aber auch, das sei gar kein Problem. Hätte der US-Milliardär Mercer nicht mit ihm gebrochen, dann käme er womöglich als Finanzier in Frage.
Dass die US-Rechte in letzter Zeit ein Interesse daran entwickelt, die äußerste Rechte in Europa zu stärken, das weiß man spätestens, seit Trump sich regelmäßig lobend über sie äußert und seit der neue US-Botschafter in Berlin, **Richard Grenell**, Anfang Juni 2018 im Interview mit *Breitbart News* ankündigte, er wolle sein Amt nutzen, um „andere Konservative in Europa zu stärken".
Welche Motive dahinterstecken — womöglich geostrategische –, das ist nicht ganz klar. Nun gibt es natürlich auch andere potenzielle Sponsoren für Bannons Europaprojekt. Schon jetzt finanzieren US-Organisationen, wie die antifaschistische britische Organisation *Hope not Hate* recherchiert hat, zum Beispiel Proteste zur Unterstützung von Ex-EDL-Führer Yaxley-Lennon — etwa eine Demonstration, die am Tag nach Trumps Abreise, am 14. Juli, in London stattfand. Laut *Hope not Hate* fördert **Daniel Pipes**, ein mittlerweile 69-jähriger antiislamischer Rechtsaußen, mit seinem in Philadelphia ansässigen *Middle East Forum* nicht nur **Geert Wilders**, sondern auch die äußerste Rechte im Vereinigten Königreich.
Im Hinblick auf die Rolle, die *The Movement* im bevorstehenden Europawahlkampf spielen soll, stellt sich schließlich noch eine kleine, feine Detailfrage: Wie wird die Organisation soziale Medien nutzen? Die Frage ist deshalb interessant, weil Bannon im Jahr 2013 zu den Gründern von *Cambridge Analytica* zählte, einer US-Tochterfirma der Londoner SCL (*Strategic Communication Laboratories*); SCL betrieb Psychokriegführung für das britische Verteidigungsministerium und rühmte sich, mit ihren Mani-

pulationstechniken zahlreiche Wahlkämpfe in verschiedensten Ländern wahlentscheidend beeinflusst zu haben. *Cambridge Analytica* wiederum sollte vor allem Facebook-Daten nutzen, um Psychogramme von Millionen Usern zu erstellen und auf dieser Grundlage die Wahlwerbung zu optimieren; der damalige *Breitbart*-Chef Bannon war besessen von der Idee, der US-Rechten im Präsidentenwahlkampf 2016 mit technologisch optimierter Propaganda zum Durchbruch verhelfen zu können. Mercer schließlich konnte recht einfach als Finanzier gewonnen werden — er hatte seinen eigenen Reichtum mit der Planung von Finanzgeschäften auf der Basis rein mathematischer Methoden beziehungsweise Künstlicher Intelligenz verdient und war vom Nutzen solcher Methoden auch in Wahlkämpfen fest überzeugt. *Cambridge Analytica* hat tatsächlich nicht nur zum Erfolg der Leave-Kampagne im Brexit-Referendum, sondern auch zu Trumps Wahlerfolg beigetragen. Dass die Firma Daten von Dutzenden Millionen Facebook-Profilen illegal benutzte, hat zu einem handfesten Skandal geführt. Das Unternehmen ist inzwischen aufgelöst, doch der Geist ist aus der Flasche — und Bannon weiß, wie man derlei Manipulationen organisiert.

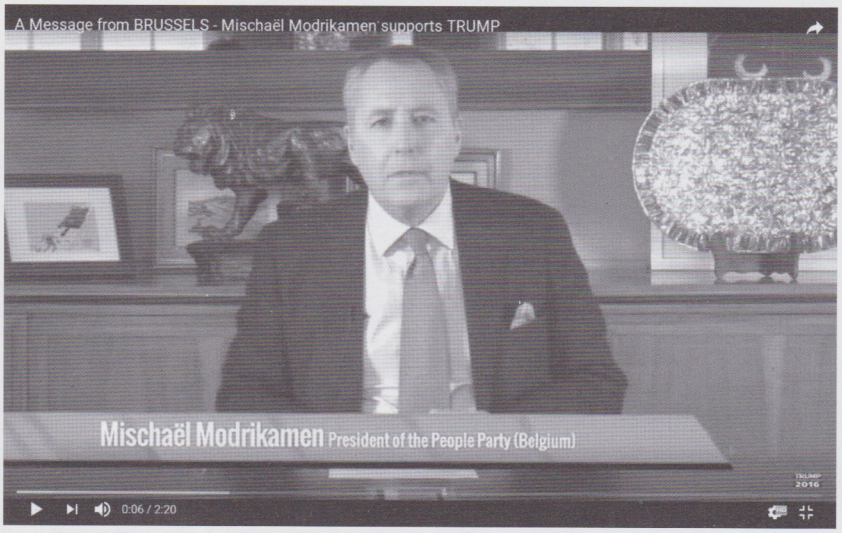


Foto: Screenshot/youtube.de

Mischaël Modrikamen hat den Wahlkampf von Trump mit einer Videoansprache unterstützt.

Chefstratege und Platzhirsche

Bleibt die Frage, ob beziehungsweise inwieweit die europäische Rechte auf *The Movement* anspringt. Bannon, Kassam und Modrikamen sind im September in Italien gewesen, haben dort mit der *Lega* und mit den *Fratelli d'Italia* von **Giorgia Meloni** konferiert — und beide, wie es heißt, dazu bewegen können, sich ihrem Projekt anzuschließen. Auch der RN-Funktionär **Louis Aliot**, Lebensgefährte von Le Pen, soll erklärt haben, seine Partei werde sich „sicher“ an Bannons Vorhaben beteiligen. Recht offen hat sich auch Geert Wilders gezeigt: „Jeder Initiative“, die von Bannon komme, müsse man „applaudieren“, meinte er Anfang September am Rande einer Tagung am Comer See. Andere rechte Spitzenpolitiker haben allerdings von Anfang an ziemlich reserviert reagiert. FPÖ-Generalsekretär **Harald Vilimsky** etwa gab schon Ende Juli bekannt, die FPÖ werde ihre eigenen Pläne für die Bündelung der europäischen Rechten „ohne jegliche externe Beeinflussung“ weiterverfolgen. Ähnlich haben sich etwa auch der AfD-Parteivorsitzende **Jörg Meuthen**, die *Schwedendemokraten* und *Die Finnen* geäußert. Die Bereitschaft, sich nach den hart erkämpften Erfolgen der vergangenen Jahre von Bannon die Butter vom Brot nehmen zu lassen, ist bei den Platzhirschen der äußersten Rechten nicht wirklich da.

Und nun? Man wird sehen. Bannon „ist ein Amerikaner“, hat Le Pen am 8. Oktober gesagt; „aber die politische Kraft, die aus den Wahlen in Europa entstanden ist, das sind wir, und wir allein werden diese Kraft strukturieren“. Ist das eine Absage an Bannon? Vielleicht. Bannon, hat Le Pen aber auch erklärt, will „den souveränistischen europäischen Parteien Untersuchungen, Umfragen, Analysen anbieten“. Kann man sie nutzen? „Vielleicht ergibt sich eine punktuelle Kooperation“, ließ sich FPÖ-Generalsekretär Vilimsky bereits Ende Juli zitieren. Im September präzisierte er dann: „Wenn Herr Bannon im Bereich Think-tanks oder digitale Medien etwas tun will, soll er es tun. Vielleicht kann man da und dort gemeinsam etwas finden, was einen interessiert.“ Die Frage wäre freilich, ob der ehemalige Chefstratege des US-Präsidenten eine solche Rolle akzeptiert. *The Movement* wäre nicht das erste Rechtsaußenprojekt, das an Hahnenkämpfen rivalisierender Führer scheitert.

Foto: Marcus Harzem (CC BY 2.0)

Von Jörg Kronauer

Zerwürfnis im Liberalismus

Die „Ludwig-Erhard-Stiftung“ und Roland Tichy

Der Rechtskurs von Roland Tichy, Chefredakteur von „Tichys Einblick“ und Vorsitzender der „Ludwig-Erhard-Stiftung“, führt zu Streit.

Das ging selbst **Friedrich Merz** zu weit. Dem ehemaligen CDU-Politiker, der noch heute dafür bekannt ist, im Jahr 2000 die unsägliche „Leitkultur“-Debatte losgetreten zu haben, kann niemand unüberwindbare Allergien gegen dumpfe politische Vorstöße am rechten Rand der Unionsparteien nachsagen. Aber den Ludwig-Erhard-Preis annehmen, den die *Ludwig-Erhard-Stiftung* ihm verleihen wollte? Dazu war Merz nicht bereit. Mit dem Vorsitzenden der *Ludwig-Erhard-Stiftung* auf demselben Podium zu sitzen, das könne er nicht ertragen. Und er blieb dabei. Als das *Handelsblatt* die Sache Mitte Juli 2018 publik machte, da blieb ein kurzes, verstörtes Geraschel im deutschen Blätterwald nicht aus.

Renommierter geht es kaum

Die Bonner *Ludwig-Erhard-Stiftung*, 1967 vom Ex-Bundeskanzler (1963 bis 1966) **Ludwig Erhard** (CDU) zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft gegründet, ist ein durch und durch arrivierter Verein. Ihrem Vorstand gehören zum Beispiel NRW-Umweltministerin **Ursula Heinen-Esser** und mit **Alexander Tesche** ein Vorstandsmitglied des Baukonzerns *Züblin* an. Mitglieder sind Personen wie Bundesbank-Präsident **Jens Weidmann**, die für Digitalisierung zuständige Staatsministerin im Bundeskanzleramt, **Dorothee Bär** (CSU), **Michael Hüther**, Direktor des *Instituts der deutschen Wirtschaft* aus Köln, mehrere Bundestagsabgeordnete und Ex-*Deutsche Bahn*-Chef **Hartmut Mehdorn**. Ihren Ludwig-Erhard-Preis hat die Stiftung zuletzt unter anderem **Renate Köcher** vom *Institut für Demoskopie Allensbach* (2017), Ex-Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (2016) und mehreren FAZ-Wirtschaftsjournalisten verliehen. Zuletzt hielt Bundeswirtschaftsminister **Peter Altmaier** die Festrede bei einem Symposion, das die Stiftung am 28. Juni 2018 im Berliner FAZ-Atrium durchführte.

Roland Tichy, der im Juni 2014 den Vorstandsvorsitz der *Ludwig-Erhard-Stiftung* von dem langjährigen FAZ-Redakteur **Hans D. Barbier** übernahm, passt bestens in dieses Milieu. Die Karriere des 1955 geborenen Ökonomen, der seine Laufbahn als wissenschaftlicher Assistent an der *Ludwig-Maximilians-Universität* in München begann, ist erfolgreich verlaufen. Zunächst arbeitete er von 1983 bis 1985 im Planungsstab des Bundeskanzleramts, ging dann als Bonner Korrespondent zur *Wirtschaftswoche*, leitete eine Weile das unmittelbar dem Vorstandschef zugeordnete Ressort „Corporate Issues Management“ bei *Daimler Benz*, bis er dann — nach einigen Jahren als Chef des Berliner Büros des *Handelsblatts* — im August 2007 Chefredakteur der *Wirtschaftswoche* wurde. Diesen Posten bekleidete er bis Juli 2014. Für seine Aktivitäten, zu denen auch das Schreiben von Büchern gehört — 1990 veröffentlichte er mit „Ausländer rein!“ ein Plädoyer für die verstärkte Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland –, erhielt er 2008 den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik.

„Euro-Rettung“ und „Migrationsstreit“

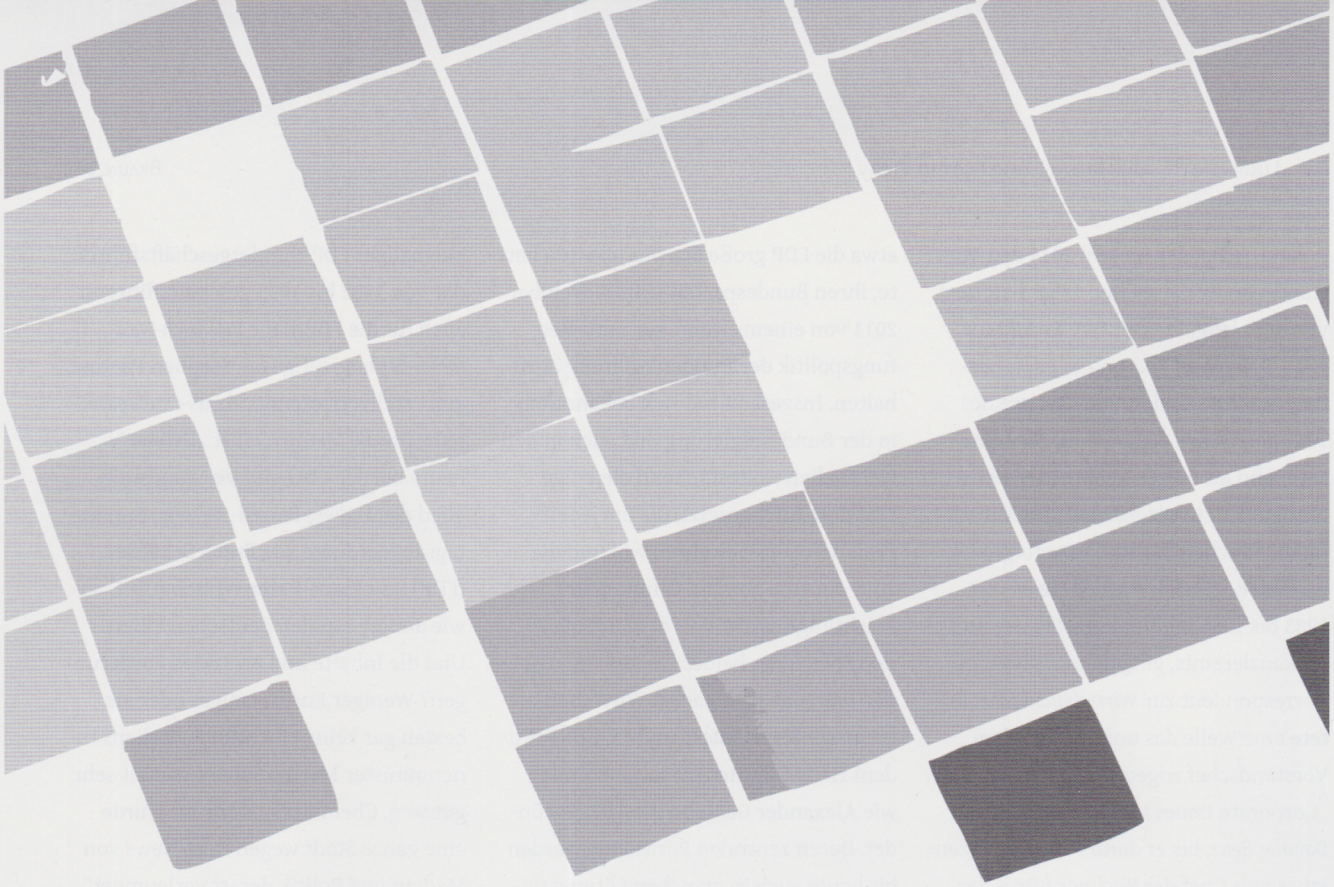
Die *Ludwig-Erhard-Stiftung* kann, sollte man meinen, mit einem solchen Vorstandsvorsitzenden sehr zufrieden sein. Und das ist sie eigentlich auch — wenn da nur nicht dieses „Zerwürfnis“ innerhalb des deutschen „Liberalismus“ wäre, das der FDP-Bundestagsabgeordnete **Frank Schäffler**, ebenfalls Mitglied der *Ludwig-Erhard-Stiftung*, beklagt: „ein Zerwürfnis zwischen den Anhängern des Merkel-Kurses und dessen Gegnern, sei es bei der Euro-Rettung und nun beim Migrationsstreit“. Der Konflikt zwischen den beiden Fraktionen tobt partei- und milieuübergreifend schon seit Jahren. Eskaliert ist er erstmals 2010/11, als etwa die FDP große Schwierigkeiten hatte, ihren Bundesparteitag im November 2011 von einem „Nein“ zur Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung abzuhalten. Insgesamt hat sich bekanntlich in der Bundesregierung und auch in den Leitmedien weitestgehend diejenige Fraktion durchgesetzt, die um jeden Preis den Euro bewahren will und die 2015 auf eine gewisse Öffnung für Flüchtlinge setzte. Aus dem unterlegenen Flügel, der beides für verhängnisvoll hält, haben zunächst Wirtschaftsleute wie **Bernd Lucke** und Ex-BDI-Präsident **Hans-Olaf Henkel** sowie Politiker wie **Alexander Gauland** die AfD gegründet. Deren zentralen Positionen werden bis heute auch in manchen Elitenvereinigungen wie der *Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft* (vgl. Lotta #61, S. 49-51), die sich im Zerwürfnis des Liberalismus gegen die „Merkel-Fraktion“ positioniert und der einige führende AfD'ler angehören, unterstützt. Der Streit zwischen den beiden Fraktionen hält bis heute an; ausgetragen wird er nicht nur zwischen den alt-etablierten Parteien und der AfD, sondern auch — oft unterhalb der Schwelle öffentlicher Wahrnehmung — in einigen Zusammenschlüssen der Eliten.

Das passt!

Entzündet hat sich der Streit jüngst an Tichy, der — selbst der Anti-Merkel-Fraktion zuzurechnen — bereits im Jahr 2010 die Widersprüche der Euro-Rettungspolitik in Editorials in der Wirtschaftswoche schonungslos anprangerte, sich aber ansonsten noch vergleichsweise zurückhielt, bis er schließlich die Zeitschrift verließ, um sein eigenes Periodikum zu gründen: *Tichys Einblick*, 2015 zunächst als Onlineplattform konzipiert, ab 2016 auch als Monatsmagazin veröffentlicht. Wer schreibt für Tichy? **Hugo Müller-Vogg** zum Beispiel, lange Mitherausgeber der FAZ. **Fritz Goergen**, ein ehemaliger FDP-Bundesgeschäftsführer, der von 1982 bis 1995 geschäftsführend auch für die FDP-nahe *Friedrich-Naumann-Stiftung* tätig war. **Stephan Paetow**, einst stellvertretender *Focus*-Chefredakteur; *Oswald Metzger*, einst „Grüner“, heute bei der CDU und Vorstandsmitglied der *Ludwig-Erhard-Stiftung*; Bundestagsabgeordnete wie **Frank Schäffler** (FDP) und **Klaus-Peter Willsch** (CDU) sowie andere aus den deutschen Eliten. Und die Inhalte und zentralen Forderungen? Weniger Euro, weniger oder am besten gar keine Flüchtlinge! Italiens Innenminister **Matteo Salvini** kommt sehr gut weg. Chemnitz? „Noch nie wurde eine ganze Stadt wegen Fake-News von Medien und Politik derart verleumdet“, tönt Tichy höchstpersönlich. *Tichys Einblick* liege „oft auf den Pulten der AfD im Bundestag“, hat **Alexander Graf Lambsdorff**, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, beobachtet — und das passt.

Es geht weiter nach rechts

Mit Tichy wolle er nicht auf einem Podium sitzen, hat Merz erklärt, der beim Zerwürfnis des deutschen Liberalismus auf der anderen Seite gelandet ist. Vier Mitglieder der Preisjury, die den Erhard-Preis vergibt, haben ihm Recht gegeben und die Jury verlassen. Und die *Ludwig-Erhard-Stiftung*? Die Mitgliederversammlung Anfang Juli sei vollkommen friedlich verlaufen, war in der FAZ zu erfahren: Der Vorstand inklusive des Vorsitzenden Tichy sei entlastet worden — „und das ohne Diskussion und Gegenstimme“; man habe in „großer Harmonie“ getagt. Versuche, *Tichys Einblick* „als problematisch zu thematisieren“, seien vollständig „ohne Echo“ geblieben. Tichy treibt sein Publikum mit wohlwollender Billigung der Stiftung weiter nach rechts.



Von Felix Hansen und Sebastian Schneider

Nach dem Prozessende

Bundesanwaltschaft und Verteidigung haben Revision eingelegt

Das Urteil im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München ist gesprochen: lebenslang für Beate Zschäpe und Haftstrafen für die anderen vier Angeklagten, von denen zur Zeit aber niemand mehr in Haft sitzt. Nach Ende des Prozesses stellt sich die Frage, wie die juristische Aufarbeitung des NSU-Terrors weitergeht.

In der Öffentlichkeit sorgte das Urteil für Kritik: Nicht mit einer Silbe wurden die Betroffenen des NSU-Terrors in der mündlichen Urteilsbegründung bedacht. Mit Ausnahme der Strafen für Zschäpe und für den einzigen voll geständigen Angeklagten, **Carsten Schultze**, blieb das Strafmaß unter den Forderungen der Bundesanwaltschaft (BAW). **André Eminger** erhielt sogar einen Teilfreispruch und wurde direkt nach der Urteilsverkündung aus der Haft entlassen. Auf der Empore des Saals A101 brachen die anwesenden Neonazis deshalb in Jubel aus.

Raus aus der Haft

Eminger wurde zwar wegen der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu einer geringen Haftstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt, von den Vorwürfen der Beihilfe zum versuchten Mord und zum bewaffneten Raub aber freigesprochen. Nachdem die BAW in ihrem Plädoyer zwölf Jahre Haft für ihn gefordert hatte, hatte der Senat ihn im September 2017 nochmals in U-Haft genommen. Seine Haftentlassung am Tag der Urteilsverkündung war juristisch folgerichtig. Dass **Ralf Wohlleben** nicht auch direkt aus der Haft entlassen wurde, macht aus juristischer Sicht hingegen nicht viel Sinn. Wohlleben war zwar wegen der Lieferung der Tatwaffe „Ceska 83“ zu zehn Jahren Haft verurteilt worden, saß aber schon seit November 2011 in U-Haft. Vermutlich um in der Öffentlichkeit nicht als zu milde zu wirken, wartete der Senat lieber den unvermeidlichen Antrag der Wohlleben-Verteidigung auf Haftentlassung ihres Mandanten ab. Keine Woche nach der Urteilsverkündung, am Nachmittag des 17. Juli

2018, konnte Wohlleben die JVA München-Stadelheim still und leise verlassen. In der Begründung des Antrags auf Aufhebung des Haftbefehls hatten Wohllebens Anwält_innen angeführt, ihr Mandant könne nach seiner Entlassung sofort in der Nähe seines Wohnorts eine Arbeitsstelle antreten. Wohlleben lebt nun im sachsen-anhaltinischen Bornitz, einem Ortsteil der Gemeinde Elsteraue. Dort lebt auch **Jens Bauer**, Chef der völkischen *Artgemeinschaft* und einer der eifrigsten Unterstützer Wohllebens während des Prozesses. Bauer besuchte diverse Male den Prozess, er begleitete auch mehrfach **Jacqueline Wohlleben**. Diese durfte — wie später auch **Susann Eminger** — als sogenannter rechtlicher Beistand während der Hauptverhandlung neben ihrem Ehemann Platz nehmen. Gemeinsam mit dem Neonazi-Kader **Enrico Marx** präsentierte Bauer nach Ende des 429. Verhandlungstages auf dem Vorplatz des Münchner Strafjustizzentrums ein Banner mit den Konterfeis von Wohlleben und Eminger und der Aufschrift „Gemeinschaft statt Isolation! Freiheit für Wolle & André". *Zeit-Online* zufolge wurde Wohlleben nach seiner Haftentlassung am Steuer des Wagens von Bauers Firma gesehen. Und auch André Eminger macht — vom Urteil offenbar unbeeindruckt — in der Neonazi-Szene weiter. Nach Recherchen des MDR besuchte er bereits kurz nach seiner Haftentlassung ein von der Neonazi-„Bruderschaft" *Turonen* organisiertes Konzert in Kirchheim (Thüringen).

Revisionsverfahren

Aber wie geht es juristisch für Eminger, Wohlleben und die anderen Angeklagten weiter? Alle fünf Angeklagten haben das Urteil angefochten, die BAW nur hinsichtlich des Teilfreispruchs von Eminger. Die Nebenklage kann nur gegen (Teil-)Freisprüche vorgehen, nicht aber gegen die Höhe des Strafmaßes. Daher hat niemand der Nebenkläger_innen Revision eingelegt. Aufgrund der langen Prozessdauer hat der Senat nach der mündlichen Urteilsverkündung theoretisch 93 Wochen Zeit, um das schriftliche Urteil vorzulegen. Angesichts der inhaltlichen Dürftigkeit der mündlichen Zusammenfassung wäre es jedoch überraschend, wenn er so viel Zeit benötigen würde. Erst nach Zustellung des schriftlichen Urteils, so erläutert es das Blog *NSU-Nebenklage*, müssen die Prozessbeteiligten ihre Revisionen begründen. Dann beginnt ein schriftliches Verfahren, das noch einige Monate in Anspruch nehmen wird, bevor der Bundesgerichtshof über die Revisionen entscheiden kann. Zu der Revision der BAW findet sehr wahrscheinlich eine kurze Revisionshauptverhandlung in Karlsruhe statt. Revisionen der Verteidigung dagegen werden üblicherweise im schriftlichen Verfahren bearbeitet. Mit einem rechtskräftigen Urteil kann also frühestens Mitte 2019 gerechnet werden. Wird das Urteil ohne große Änderungen am Strafmaß bestätigt, müssten Wohlleben und Eminger wohl noch einmal in Haft. Für Haftentscheidungen ist bei beiden weiterhin der Staatsschutzsenat des OLG München zuständig. Eminger hat etwa die Hälfte seiner Strafe abgesessen, Wohlleben beinahe zwei Drittel, nach denen üblicherweise überprüft wird, ob der Rest der Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden kann. Eigentlich ist es unüblich für ein Staatsschutzverfahren, dass die Zweidrittelregelung Anwendung findet. **Björn Elberling**, Nebenklagevertreter im NSU-Prozess, auf Nachfrage der LOTTA: „Der deutsche Rechtsstaat und die Nazis, das ist ja immer ein Kapitel für sich. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass das OLG München — etwa mit der Begründung, dass es den NSU ja nicht mehr gäbe — hier die Zweidrittelregelung anwendet."

Weitere Verfahren

Die BAW ermittelt noch gegen weitere mutmaßliche NSU-Unterstützer_innen. Ob es gegen einzelne dieser Verdächtigen noch Prozesse geben wird, ist nicht bekannt, erscheint derzeit aber eher unwahrscheinlich. Bereits im November 2013 hatte der Vertreter der BAW, **Jochen Weingarten**, vor Gericht erklärt, das Verfahren gegen **André Kapke** sei „einstellungsreif" — eingestellt wurde es aber bis heute nicht. Nebenklageanwalt Elberling befürchtet, dass die weiteren Ermittlungsverfahren im NSU-Komplex bald eingestellt werden.

Die Angehörigen von drei NSU-Opfern wollen hingegen die juristische Aufarbeitung weiter forcieren. Bereits 2016 hatten sie eine Staatshaftungsklage gegen die Länder Thüringen und Bayern sowie gegen den Bund eingereicht. Dabei geht es um das Versagen der Behörden auf der Suche nach **Böhnhardt**, **Mundlos** und Zschäpe im Jahr 1998. Die Klage ruht derzeit, da der Freistaat Thüringen zwischenzeitlich einen Hilfsfonds für die Opfer und Angehörigen aufgelegt hat. **Abdul Kerim Şimşek**, Sohn des ersten NSU-Mordopfers **Enver Şimşek**, betonte bei einer Pressekonferenz kurz nach dem Münchener Urteil, dass es bei der Klage darum geht, dass der Staat eingesteht, versagt zu haben. Nebenklage-Anwalt **Mehmet Daimagüler** kündigte an, das Verfahren könne bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gehen.

Fest steht: Das Urteil hat rechte Terrorstrukturen nicht geschwächt. Als kürzlich in Chemnitz und Köthen tausende Rechte auf die Straße gingen, waren auch Unterstützer aus dem NSU-Umfeld mit dabei. Und die später festgenommenen Neonazis von *Revolution Chemnitz* wollten laut Chat-Protokollen mit ihren geplanten Terror-Anschlägen die „Kindergarten-Vorschulgruppe" NSU sogar übertreffen.

Foto: Bayrischer Flüchtlingsrat

Von Judith H. Wegner

Abschiebeland

Die deutsche Abschottungspolitik und ihre Auswirkungen auf Geflüchtete

Drei Jahre nach dem „Sommer der Migration" 2015 ist das deutsche Asylsystem zu einem Abschottungs- und Abschiebesystem geworden. Menschen mit Fluchterfahrung werden als Problem verhandelt — was vor allem den Rechtspopulismus stärkt. Die Leidtragenden dieser Politik, Geflüchtete, die hinter den Zäunen deutscher Landeseinrichtungen ausharren, stehen den Verschärfungen immer hilfloser gegenüber.

Noch vor drei Jahren fand das große zivilgesellschaftliche Engagement für Flüchtlinge in Deutschland internationale Anerkennung. Doch dem spontanen ehrenamtlichen Einsatz stand eine überforderte staatliche Bürokratie gegenüber. Die Regierung traf in dieser verheißungsvollen Zeit eine unheilvolle Entscheidung: Anstatt der öffentlichen „Willkommenskultur" auch politisch mit einem Einwanderungsgesetz zu folgen, reagierte sie mit Restriktionen im Ausländerrecht. Nach der Phase einer notdürftigen Erstversorgung sollte wieder Ordnung einkehren. Jedoch ging es dabei nicht um die Einhaltung von Menschenrechten, Kinderrechten und geltendem EU-Recht für Geflüchtete, sondern um Obergrenzen, Statistiken und vermeintliche Bleibeperspektiven. Mit der Ausweitung der Liste sogenannter „sicherer Herkunftsstaaten" und der Investition in alle Varianten von „freiwilliger" und erzwungener Rückkehr folgt die Bundesregierung immer mehr einer trumpesken Logik à la Germany first.

Von Willkommen zu Abschreckung

Entgegen allem Willkommenheißen hat die Große Koalition unter **Angela Merkel** in einem bis dato unübertroffenen Ausmaß Gesetzesverschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht umgesetzt. Im Oktober 2015 wurde das Asylpaket I verabschiedet. Es führte zu massiven Einschränkungen der Rechte aller Geflüchteten in Landeseinrichtungen: Ausweitung der Aufenthaltszeiten von

drei auf sechs Monate, Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf den umliegenden Regierungsbezirk, absolutes Ausbildungs- und Arbeitsverbot, Möglichkeiten der Taschengeldkürzungen und das Verbot, Abschiebungen anzukündigen. Zudem definiert das Asylpaket I bestimmte Länder pauschal als „sicher", darunter den Kosovo, der sich vor allem durch fehlende Menschenrechte (besonders für Frauen) und massive Korruption auszeichnet oder Albanien, wo bis heute mafiöse Strukturen und Blutrache allgegenwärtig sind. Die Definition als „sicherer Herkunftsstaat" bedeutet konkret, dass noch vor der Anhörung davon ausgegangen wird, dass keinerlei schutzwürdige Belange vorliegen. Zu diesen Ländern zählen aktuell neben Albanien und Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Mazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien. Die Regierung arbeitet daran, auch Algerien, Georgien, Marokko und Tunesien zu „sicheren Herkunftsstaaten" zu erklären und diese Liste kontinuierlich zu erweitern.

Keine Chance auf Schutz

Im März 2016 folgte die nächste Gesetzesverschärfung mit dem Asylpaket II. „Subsidiär Schutzberechtigte" (Kriegsflüchtlinge) können seitdem ihre Familien nicht mehr nach Deutschland nachholen. Daraufhin änderte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seine Entscheidungspraxis besonders bei syrischen Asylsuchenden und sprach ihnen anstelle der Flüchtlingseigenschaft nur noch den subsidiären Schutzstatus zu. Seitdem bleiben all diese Menschen trotz des anerkannten Schutzbedarfs von ihren Familien getrennt. Zugleich wurde das Asylverfahren für Menschen mit „geringer Bleibeperspektive" weiter beschleunigt — Anhörung und Entscheidung sollen seither innerhalb von einer Woche erfolgen. Es wurden Schwerpunkteinrichtungen für Menschen mit vermeintlich geringer Bleibeperspektive geschaffen, in denen effizienter gearbeitet — sprich: abgeschoben — werden sollte. Das Asylpaket II erschwerte es zudem, Erkrankungen im Asylverfahren geltend zu machen, da diese nun von den Betroffenen selbst innerhalb kurzer Fristen durch fachärztliche Stellungnahmen nachgewiesen werden sollten. Gelingt dies nicht, muss die Krankheit bei der Entscheidung nicht berücksichtigt werden. Selbst bei schwersten körperlichen oder psychischen Erkrankungen wird dann in der Praxis nur noch geklärt, ob der Abschiebeflug überlebt werden kann.

Es folgte im Juli 2017 das Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, mit dem die Abschiebehaft ausgeweitet wurde. Dies ermöglichte, Menschen allein mit dem Ziel einer leichteren Abschiebung für mehrere Wochen und Monate zu inhaftieren (selbst in Isolationshaft). Zudem wurden die Aufenthaltszeiten in den Landeseinrichtungen weiter ausgeweitet: Während Menschen aus „sicheren Herkunftsstaaten" schon zeitlich unbegrenzt in den Einrichtungen ausharren müssen, können alle anderen nun bis zu 24 Monate verpflichtet werden, dort zu leben.

Unterversorgung und Hoffnungslosigkeit

Landeseinrichtungen für Geflüchtete befinden sich meist an abgelegenen Standorten. Bis zu 500 Personen werden dort untergebracht, darunter viele Familien mit kleinen Kindern, Menschen mit teils schweren psychischen oder körperlichen Erkrankungen, erschöpft von mehrjährigen Leidensgeschichten und gezeichnet vom verzweifelten Kampf um ein sicheres Leben. Die Zeit in der Landeseinrichtung ist für viele ein zermürbendes Warten ohne Beschäftigung und Perspektive, jedoch mit zahlreichen Einschränkungen.

Jedes Verlassen der Einrichtung wird elektronisch erfasst, sodass Abwesenheit über das begrenzt Erlaubte sofort sanktioniert werden kann. Die Menschen schlafen in Etagenbetten mit bis zu zehn Personen auf einem Zimmer; es gibt keine abschließbaren Schränke und keinerlei Privatsphäre. Alles ist reglementiert: Post, Taschengeld und Essen gibt es zu festen Zeiten, kochen ist nicht erlaubt. Es sind viele kleine Kontrollpunkte im Alltag der Menschen, mit denen die verantwortlichen Behörden den Betroffenen jegliche Selbstbestimmung nehmen. Besuche sind in den Einrichtungen nicht möglich. Die Bewegungsfreiheit ist auf den Regierungsbezirk beschränkt. Alle Bewohner_innen unterliegen einem Arbeits- und Ausbildungsverbot, haben also keine Möglichkeit, sich selbst zu versorgen. Die Schulpflicht wird für Kinder in Landeseinrichtungen komplett ausgesetzt. Es gibt keinen Zugang zur Zivilgesellschaft, kein Internet, kein Radio. Das Beschäftigungsangebot ist auf eine Tischtennisplatte und einen Fernseher für bis zu 500 Personen beschränkt. Die Grundbedürfnisse an Nahrung, Kleidung und Hygieneartikeln werden in Form von Sachleistungen gedeckt. Für alle anderen Ausgaben wird ein geringes Taschengeld ausgezahlt. Wer gesundheitliche Beschwerden hat, kann bei der hausinternen Krankenstation vorsprechen. Leiden, seien es noch so persönliche, müssen oft ohne Dolmetscher_innen vorgetragen werden; behandelt wird nur das Allernötigste — akute Erkrankungen und Schmerzen. Ob und wann psychische Belastungen als akut gelten, wird hier pragmatisch gesehen — wer einen Suizidversuch begeht, kommt für ein paar Tage in die psychiatrische Klinik.

Abschiebung trotz Verfahren

Sehr viele Klagen (zuletzt über 40 Prozent!) gegen Asylbescheide des BAMF werden vor den Verwaltungsgerichten gewonnen. Wenn jedoch Personen aus einem „sicheren Herkunftsstaat" gegen die Ablehnung klagen, bekommen sie keinen vorläufigen Rechtsschutz und werden trotz laufender Gerichtsverfahren abgeschoben. Abschiebungen erfolgen in der Nacht direkt aus den Schwerpunkteinrichtungen. Aus der permanenten Angst heraus, wieder in ihre prekäre Lebenssituation abgeschoben zu werden, kann niemand dort ruhig schlafen. Die immer skrupellosere Abschiebepolitik zeigt sich auch darin, dass Ausländerbehörden inzwischen oft Personen entgegen den Empfehlungen des Petitionsausschusses des Landtags, der Härtefallkommission NRW und sogar aus geschlossenen psychiatrischen Abteilungen abschieben.

Desintegration durch Kasernierung

Seit dem 1. August 2018 gibt es bereits in allen Regierungsbezirken Bayerns die von Innenminister Seehofer bundesweit vorgesehenen „Ankerzentren" für Flüchtlinge. Mit diesen Großlagern mit einer Kapazität von 1500 Personen wird die Kasernierung, wie sie in den Schwerpunkteinrichtungen bereits besteht, für alle Flüchtlinge ausgebaut. In den sogenannten Ankerzentren sollen Außenstellen des BAMF, der Jugendämter, der Justiz und der Ausländerbehörden vor Ort sein, um effizient zusammenzuarbeiten mit dem Ziel, Asylverfahren zu beschleunigen und Kosten zu sparen. Das Absurde an der Idee ist, dass sich natürlich auch Schutzsuchende über ein schnelles Verfahren freuen würden. Ein Verfahren, in dem aber zugleich ihre Rechte gewahrt und faire Entscheidungen getroffen würden. Ein Verfahren, in dem die einzelnen Menschen mit ihren individuellen Fluchtschicksalen im Mittelpunkt stünden und nicht Vorurteile über „sichere Herkunftsstaaten" das Asylrecht als Individualrecht untergrüben. In den Unterbringungseinrichtungen dürften nicht nur Instanzen des staatlichen Entscheidungs- und Abschiebungsapparats vor Ort sein, sondern müssten auch Beratungsstellen für Asylverfahren, Anlaufstellen für besondere Schutzbedarfe, Psycholog_innen, Anwält_innen, Ehrenamtliche und Dolmetscher_innen ihre Arbeit tun. Andernfalls blieben ihnen — wie bereits heute in Schwerpunkteinrichtungen — Zugang zu Rechtsberatung, adäquate medizinische und psychologische Versorgung sowie Kontakt mit der Zivilgesellschaft verwehrt. Durch die Kasernierung von Flüchtlingen in Ankerzentren wird ein Zeichen stigmatisierender Ausgrenzung mitten in Deutschland gesetzt. Rechtsverletzungen und Abschiebungen können dort abseits der öffentlichen Wahrnehmung stattfinden. Viele Bundesländer, darunter auch Hessen, NRW und Rheinland-Pfalz, haben sich zwar zuletzt gegen Ankerzentren ausgesprochen — vor allem, weil sie die Isolierung so vieler Menschen ohne Bleibeperspektive als Konfliktpotential sehen. Aber auch, weil die vorhandenen Landeseinrichtungen de facto bereits heute (lediglich mit geringerer Belegzahl) den Ankerzentren gleichen: Mit den Zielen vermeintlicher Effizienz und Beschleunigung erfolgen vielerorts Zuweisungen in Kommunen erst nach positivem Asylverfahren; ansonsten herrschen monatelange Kasernierung und mangelnder Rechtsschutz mit Druck zur Rückkehr oder Abschiebung.

Handeln gegen Unrecht!

Es ist ein Skandal, dass die Regierung nach Effizienz und schnellerer Abschiebung strebt und nicht nach fairen, rechtsstaatlichen Verfahren. Es ist an der Zeit, dass bestehendes Menschenrecht, Kinderrecht und geltendes EU-Recht zum Umgang mit besonders Schutzbedürftigen für Flüchtlinge in Deutschland endlich greifen. Personen, die zu Unrecht abgeschoben werden, verschwinden aus der Statistik. Doch diese Menschen sind — sofern sie überleben — bleibende Zeugen einer neuen Ära der Menschenfeindlichkeit in Deutschland.

—

Die Autorin arbeitet seit drei Jahren in der rechtlichen Flüchtlingsberatung in einer Landesaufnahmeeinrichtung in NRW.

Zum Weiterlesen

Amnesty International et al. (Hg.):
Memorandum für faire und sorgfältige Asylverfahren in Deutschland (2016)
www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/Memorandum-für-faire-und-sorgfältige-Asylverfahren-in-Deutschland-2016.pdf

Deutsches Institut für Menschenrechte:
Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland Juli 2016 — Juni 2017 (2017)
www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Menschenrechtsbericht_2017/Menschenrechtsbericht_2017.pdf

Foto: Erich Fritsch (HSD)

Der Erinnerungsort Alter Schlachthof und die Dauerausstellung „Gesichter und Geschichten".

Von Joachim Schröder

„Ins Ghetto getrieben"

Der Erinnerungsort Alter Schlachthof der Hochschule Düsseldorf

Der neue Campus der Hochschule Düsseldorf im Stadtteil Derendorf wurde auf dem Gelände des ehemaligen städtischen Schlachthofes (1899 bis 2002) errichtet. Erhalten sind zwei denkmalgeschützte Gebäude: die Pferdeschlachthalle, die künftig als Studierendenzentrum dienen soll, und die frühere Großviehmarkthalle. Letztere diente während des Zweiten Weltkriegs als Deportationssammelstelle für jüdische Menschen des gesamten Regierungsbezirkes Düsseldorf.

Fast 6.000 Männer, Frauen und Kinder mussten sich hier auf Anordnung der Gestapo in den Jahren 1941 bis 1944 zu insgesamt sieben Deportationen einfinden. Im Schlachthof angekommen, wurden die Menschen registriert. Ihr Gepäck wurde durchsucht und nicht selten beraubt. Nach einer Nacht in der Halle eskortierten Schutzpolizei, Gestapo und SS oder Wehrmacht die zumeist etwa 1.000 Menschen umfassende Gruppe am folgenden Morgen — vor aller Augen — zum nahe gelegenen Güterbahnhof Derendorf. Von hier aus wurden sie zum vorgeblichen „Arbeitseinsatz im Osten" verschleppt, tatsächlich in die Ghettos im besetzten Osteuropa: nach Litzmannstadt (Łódź), Minsk, Riga, Izbica und Theresienstadt (Terezín). Die Lebensverhältnisse dort waren katastrophal. Wer zu alt oder zu schwach zur Zwangsarbeit war, wurde „ausgesiedelt", also ermordet. Nach vorsichtigen Schätzungen haben nur etwa 300 Menschen ihre Deportation überlebt.

Die Deportationen waren das Ergebnis eines geschickt ausgeklügelten, komplexen, bürokratischen Prozesses, an dem neben der Gestapo zahlreiche Akteur*innen aus verschiedenen Behörden und Organisationen beteiligt waren. Alles wurde „ordnungsgemäß" durch Gesetze und Verordnungen vorbereitet und „durchgeführt". Die Deportationen blieben auch nicht geheim. Neben den ungezählten Beteiligten und Augenzeug*innen gab es viele Menschen, die von dem geraubten Gut der Verschlepp-

ten profitierten, in der Regel wissend, wessen Güter sie da bei Auktionen oder Wohnungsauflösungen erwarben.
Dass die Gestapo ausgerechnet den Schlachthof als Sammelstelle nutzte, hatte vermutlich pragmatische Gründe: die Nähe zum Güterbahnhof, die Verfügbarkeit einer großen, leicht zu überwachenden Halle, zudem in städtischem Besitz. Welche Gefühle die Verfolgten beim Betreten der Halle bewegten, lässt sich erahnen. „Auf dem Schlachthof hat es bei mir ‚klick' gemacht", erinnerte sich später **Werner Rübsteck**, ein Überlebender des Ghettos Riga: „... und dann hat man uns ins Ghetto getrieben." Der Schlachthof war für die Deportierten das Tor in eine andere Welt, die geprägt war von Hunger, Zwangsarbeit, Misshandlung und Mord.
In der Stadtgesellschaft gerieten diese Verbrechen schnell in Vergessenheit. Erst 1986 wurde an einer Mauer an der Rather Straße eine Gedenktafel angebracht, die im Laufe der Jahre mehrfach entwendet wurde. In derselben Zeit (1987) entstand auch die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, die seitdem an alle NS-Opfer der Stadt erinnert. Der historische Ort der Deportation selbst war die ganze Zeit unzugänglich, da der Schlachthof bis 2002 in Betrieb war.

Der Erinnerungsort Alter Schlachthof

In die ehemalige Viehhalle sind nun Campus IT und Hochschulbibliothek eingezogen. Vor dem Eingangsbereich der Halle, wo zwei Viehabstiege ins Untergeschoss der Halle führten, befindet sich seit 2016 die Dauerausstellung des Erinnerungsortes Alter Schlachthof. Mit dessen Einrichtung wurde eine jahrelange Forderung verschiedener Akteure (der Mahn- und Gedenkstätte, der Jüdischen Gemeinde, der Bezirksvertretung und vor allem des AStA der Hochschule Düsseldorf) erfüllt, die die Entwicklung des Erinnerungsortes an einem Runden Tisch jahrelang begleiteten.
Die Lage eines solchen historischen Ortes mitten auf dem Campus einer Hochschule, ist einmalig in der Bundesrepublik Deutschland. Mit der Erarbeitung des inhaltlichen Ausstellungskonzepts waren Mitarbeiter*innen des *Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus* (FORENA) betraut. Studierende des *exhibition design institute* am Fachbereich Design entwickelten das gestalterische Konzept, Studierende des Fachbereichs Medien gestalteten den Web-Auftritt und programmierten das Digitale Archiv, dem in der Dauerausstellung eine wichtige Rolle zukommt.
Neben der Dokumentation der am historischen Ort verübten Verbrechen besteht eine wesentliche Aufgabe des Erinnerungsortes darin, die Erinnerung an die verfolgten und ermordeten Menschen zu bewahren, ihre Namen und Geschichten zu erforschen, soweit sie noch nicht bekannt sind. Sie wurden Opfer einer mörderischen Staatsdoktrin, die bestimmte, wer aus rassistischen, sozialen oder politischen Gründen aus der „Volksgemeinschaft" ausgeschlossen, wer eingesperrt oder ermordet wurde. Die diesen Ausgrenzungsstrukturen zugrunde liegenden Denkmuster wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind noch heute virulent und Ursache für Diskriminierung, Gewalt und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die Erinnerung an die NS-Verbrechen sollte deshalb ein Anstoß zu einer Auseinandersetzung mit der Geschichte, aber ebenso mit Gegenwartsfragen sein. Diese Auseinandersetzung erfolgt in der Dauerausstellung selbst, die explizit die Frage nach den Folgen des Nazismus für die bundesrepublikanische Gesellschaft bis in die Gegenwart erörtert. Darüber hinaus erfolgt sie im Rahmen des Bildungsangebotes der Einrichtung, das sich in gleicher Weise an die Studierenden der Hochschule wie an interessierte Bürger*innen richtet. Die Studierenden sind aber nicht nur Zielgruppe der Bildungsarbeit. Sie sind dazu aufgerufen, an der künftigen aktiven und kreativen Erinnerungsarbeit der Einrichtung mitzuwirken — so wie dies bereits der AStA praktiziert, der regelmäßig eigene Veranstaltungsreihen organisiert. Die Auseinandersetzung mit den Themen des Erinnerungsortes soll zukünftig zu einem festen Bestandteil des Studiums an der Hochschule werden.

Ausstellen und dokumentieren — innen und außen

Das Ausstellungskonzept trägt der besonderen Raumsituation Rechnung. Die Viehabstiege sind aufgrund ihrer Steigung für Ausstellungszwecke wenig geeignet. Deswegen wurde auf der Höhe des Bodens des Erdgeschosses ein begehbarer Gitterrost montiert. Entstanden sind so zwei gut bespielbare, barrierefreie Galerieflügel. Um einen Rundgang zu ermöglichen, sind auf beiden Seiten im Gitterrost Durchgänge geschaffen, durch die man über eine Treppe auf die historischen Viehabstiege und so in das Untergeschoss gelangt. Auch das Außengelände wird einbezogen: Am Campus-Eingang Münsterstraße verweist eine Informationsstele, auf der die frühere Gedenktafel montiert ist, auf den schon von hier sichtbaren Erinnerungsort. Die Dauerausstellung beginnt vor der Großviehmarkthalle. Ein neun Meter langes Informationspult mit integrierter LED-Beleuchtung liefert historische Hintergründe. Es dokumentiert die Ereignisse am historischen Ort vor 1945: die Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung, den arbeitsteiligen Prozess der Deportation, den weiteren Weg der Verschleppten und ihre Ermordung. Der zweite Abschnitt behandelt die Nachkriegszeit bis zur Gegen-

wart, erörtert die Folgen und das Erbe des Nazismus, was mit den Überlebenden, mit den Täter*innen und mit der NS-Ideologie geschah.
Im Innenbereich verfolgt die Dauerausstellung „Gesichter und Geschichten" einen biographischen Zugang. Sie porträtiert Menschen, deren Lebensgeschichten mit dem Schlachthof beziehungsweise mit den Deportationen verbunden sind. Die im linken Galerieflügel Porträtierten stammen aus dem gesamten Regierungsbezirk und sind nach den sieben Deportationen chronologisch angeordnet. Exemplarisch werden Kurzbiographien vorgestellt, Zitate aus Erinnerungen oder historischen Dokumenten vermitteln O-Töne. Im rechten Galerieflügel werden Menschen porträtiert, die auf andere Weise Opfer der Shoah wurden, denn (es gab noch weitere Deportationen aus dem Regierungsbezirk), auch solche, die vor 1941 das Land verlassen konnten, „legal" oder „illegal", wobei einigen die Flucht glückte, anderen nicht — oder solche, denen es gelang, unterzutauchen. Dies war nur möglich, wenn mutige nichtjüdische Menschen halfen — auch solche Helfer*innen, wie zum Beispiel **Otto Pankok**, **Hulda Pankok** und **Bernt Engelmann**, werden porträtiert. Von diesen Biographien gestalterisch getrennt, werden auch Täter*innen, Profiteur*innen und Mitläufer*innen aus Schlachthofverwaltung, Stadt- und Finanzverwaltung, Polizei und Gestapo vorgestellt — denn auch sie haben „Gesichter und Geschichten". Sämtliche Biographien können und sollen bei Gelegenheit ausgetauscht werden. Die Bilderrahmen-Wand bietet temporär auch Raum für andere Ausstellungsprojekte. Über den Viehabstieg gelangt man in das Untergeschoss. Es ist zurückhaltend bespielt, so dass der Eindruck des Raums, durch den viele Deportierte gehen mussten, nur wenig gestört wird. An den Wänden geben Zitate von Überlebenden ihre Eindrücke wieder, an zwei Hörstationen finden sich Interviews. Im Zentrum des Untergeschosses steht das Digitale Archiv, das als Vertiefungsbereich mehrere wichtige Funktionen erfüllt. Es enthält:
1.) Sämtliche Ausstellungsinhalte des Außenausstellungsbereiches.
2.) Verschiedene Dokumentensammlungen, vor allem Informationen über die Zielorte der Deportationen und die fast vollständig überlieferten Deportationslisten. Damit wird der Großteil der Namen der Deportierten dokumentiert.
3.) Die biographische Datenbank: Hier finden sich weitergehende Informationen über alle in der Dauerausstellung portraitierten Menschen, aber auch darüber hinaus. Sie soll zukünftig, im Sinne einer aktiven Erinnerungsarbeit, ständig erweitert werden, um möglichst vielen Verfolgten und Ermordeten Namen und Gesicht wiederzugeben.

In der Hochschulbibliothek selbst wird schließlich das einzige originale Exponat der Dauerausstellung gezeigt: eine Reihe erhaltener Steintröge. Sie verweisen auf die frühere Funktion der Halle und sind mit einer Erinnerung der Holocaust-Überlebenden **Hilde Sherman-Zander** verknüpft. Sie berichtete, wie in den Nächten vor einer Deportation die Eltern ihre Kleinkinder in die Tröge legten, um sie vor Kälte und Schmutz zu schützen.

Ausblick

Die Erinnerungskultur wird durch unterschiedlichste Akteure geprägt, in Zukunft auch durch Angehörige und Studierende der Hochschule Düsseldorf. Sie wird umso vielfältiger, je mehr Menschen sich an ihr aktiv beteiligen. Der neue Erinnerungsort Alter Schlachthof schließt eine Lücke in der „Erinnerungslandschaft" der Landeshauptstadt. Er versteht sich als eine Ergänzung zur Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, mit der er in regem Austausch steht, und als Bestandteil des Netzwerks regionaler wie überregionaler Erinnerungsorte und Einrichtungen der historisch-politischen Bildung.

—

Der Autor Dr. Joachim Schröder ist Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter des *Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf* und Leiter des Erinnerungsortes Alter Schlachthof *(www.erinnerungsort-duesseldorf.de).*

Das Interview wurde geführt von Sonja Brasch

„Ich erwarte da gar nichts mehr."

Zum Stand der Ermittlungen nach dem Naziangriff auf zwei Göttinger Journalisten

Julius Rohwer und Marlin Meißner recherchierten Ende April am Anwesen von Thorsten Heise im thüringischen Fretterode, als sie von zwei bewaffneten Nazis verfolgt und angegriffen wurden. Mit einem Schraubenschlüssel wurde dem einen Journalisten eine schwere Wunde an der Stirn zugefügt. Der andere wurde durch einen Messerstich verletzt. Obwohl die Betroffenen der Polizei Fotos übergaben, die einen der Täter zeigen, und sie den anderen Täter namentlich benannten, verlaufen die Ermittlungen sehr schleppend.

Der Angriff auf euch liegt nun ein halbes Jahr zurück. Was ist in der Zwischenzeit passiert, und wie ist aktuell der Stand der Ermittlungen?

Marlin: Bisher ist noch keine Anklage erhoben. Schon drei oder vier Tage nach dem Übergriff hat mich das LKA aus Nordhausen angerufen und gesagt, sie ermitteln gegen drei Personen: Gianluca Bruno, Malte A. und gegen den Sohn von Heise, Nordulf Heise. Später sagten sie, dass die Ermittlungen gegen Malte A. eingestellt sind.

Julius: Wir hatten an dem Sonntag, als das passiert ist, bei der ersten Vernehmung gesagt, dass wir uns zu 80 Prozent sicher sind, dass der eine Täter Malte A. gewesen sei. Hier irrten wir uns aber und zogen die Aussage gleich am nächsten Tag zurück.

Marlin: Ich hatte kürzlich eine vierstündige Nachvernehmung, bei der verschiedene Fragen nochmal geklärt worden sind. Beispielsweise die Aussage des Pressesprechers der Staatsanwaltschaft Mühlhausen, der gesagt hatte, es müsse geprüft werden, ob unsere Bilder nicht manipuliert seien. Ich konnte dann aufklären, warum Bilder wie benannt waren. Die haben mir zudem Bilder vorgelegt, da hab ich Gianluca Bruno erkannt.

Julius: Die Ermittlungsbehörden sagen, sie hätten die vermeintlichen Täter vorgeladen, aber die würden ja einfach nicht aussagen. Das war das letzte, was wir von denen gehört haben. Bisher gibt es noch keine Akte, die den Fall übersichtlich macht.

Könnt ihr euch erklären, warum die Ermittlungen bei so klarer Beweislage so langsam voran gehen?

Julius: Für uns war das eben klar, weil wir unseren Aussagen natürlich vertrauen. Für die Polizei war das nicht ganz so eindeutig. Wir haben Fotos von dem vermummten Täter. Von dem zweiten Täter, den wir benannt haben, haben wir kein einziges Foto gemacht. Die Polizei hat sich sehr viel Zeit mit den Zeugenaufrufen gelassen.

Marlin: Jeder Fortschritt in den Ermittlungen wurde eben von uns erarbeitet. Sie haben zum Beispiel zweimal den Kontakt zu einem der beiden Zeugen verloren, der sich freiwillig gemeldet hat. Es hätte wahrscheinlich keine Vernehmung gegeben, wenn unser Anwalt da nicht hinterher gewesen wäre. Die Frage ist, ob sich noch mehr Zeugen melden und ob wir noch mehr Beweise bringen können, dass das die Täter waren. Die Staatsanwaltschaft wird das vermutlich nicht machen oder nicht machen können. Ich erwarte da gar nichts mehr. Es hat mich nicht enttäuscht, sondern eher nochmal klargemacht, aus der Opferperspektive, da läuft nichts. Und, ich weiß nicht, ich hab einfach gemerkt in den Ermittlungen, wie inkompetent sie sind, und ich sehe auch gar keinen Willen zu ermitteln. Das ist natürlich nur mein Gefühl.

Welche Auswirkungen hatte der Übergriff auf eure Arbeit?

Julius: Wir haben viel mit *Ezra* zusammen gearbeitet, der Opferberatungsstelle in Thüringen. Die waren da von Anfang an gut dabei und sehr hinterher,

dass da Öffentlichkeitsarbeit geschieht und waren auch sehr nett.

Marlin: Ich hab nach dem Überfall erst mal einen Monat Pause gemacht und eigentlich gesagt, Nazis dokumentiere ich gar nicht mehr, auch nicht bei Versammlungen. Das hab ich dann doch wieder gemacht. Aber das Herz pumpte schon viel mehr als vorher. Das hat sich inzwischen wieder normalisiert. Wir haben mittlerweile wieder einige Sachen gemacht. Das ist aber nochmal anders belastend für mich, ich schaue da jetzt auch nochmal weiter, was ich da psychisch schaffe. Außerdem habe ich ein höheres Schutzbedürfnis. Ich habe immer einen safen Kontakt zu einer Person und melde mich alle zwei Stunden. Nicht nur wegen des Übergriffs, sondern auch wegen der Angriffe auf Journalisten in Chemnitz habe ich aufgerüstet. Eine Stichschutzweste hatte ich eh, die trage ich jetzt auch.

Angriffe auf Journalist_innen sind ja gerade bundesweit ein Thema. Gerade Thorsten Heise hat bei seinen letzten Reden die Presse immer wieder zum Thema gemacht.

Marlin: Er hat immer gegen Journalist_innen gehetzt, auch schon vorher. Nach dem Übergriff ist mir aufgefallen, dass Heise bei jeder Gelegenheit Journalist_innen per Klarnamen nennt und zum Feind Nummer Eins erklärt. Es war schon eine Farce, als beim Eichsfeldtag die Pressesprecherin der Polizei sagte, der Pressekontakt, das ist der Herr Bruno. Das ist ja sehr passend, dass er uns erst aufs Maul haut und dann der Ansprechpartner ist. Wir waren auch beide da, aber der hat mich gar nicht erkannt.

Foto: MM

Neonazi bei der Attacke auf die Journalisten.

Habt ihr nach dem Überfall Solidarität erfahren?

Julian: Ja, voll. Wir haben eine Crowdfunding-Kampagne gemacht und hatten ein Spendenkonto, da ist relativ viel Geld rein gekommen. Das Auto war ein wirtschaftlicher Totalschaden mit Reparaturkosten von 17.000 Euro, die Schäden an der Kameraausrüstung betrugen 2.000 Euro.

Marlin: Das haben wir gut abfedern können durch Spenden. Wir haben jetzt ein neues Auto, ich warte gerade noch auf meine neue Kamera. Und unabhängig vom Geld gab es viel Zuspruch: wichtige Arbeit, lasst euch nicht einschüchtern, und guckt, dass ihr eure Arbeit weiter machen könnt. Auch aus der Politik haben wir Zuspruch erfahren.

Rechnet ihr bei den schleppenden Ermittlungen mit einem Prozess?

Julius: Es ist wahrscheinlich schwierig, das komplett unter den Tisch fallen zu lassen. Es gibt schon allein von unseren Versicherungen das Interesse am Prozess wegen der Kosten für das Auto, den Krankenhausaufenthalt und die Krankenwagenfahrt. Wie erfolgreich das wird, ist eine andere Sache. Ich werde auf jeden Fall nicht erst wieder glücklich werden, wenn es da einen Prozess gibt.

Marlin: Meine Erwartungen sind niedrig, dann bin ich positiv überrascht. Wir haben da schon mit abgeschlossen, das war ein krasser Vorfall, ein krasser Sonntagnachmittag, den wir da hatten.

Wie können die Leute euch weiter unterstützen?

Marlin: Das Thema oben halten, das ist immer schwer in schnelllebigen Zeiten, in denen Liveberichterstattung mehr Aufmerksamkeit bekommt als gründliche Recherche. Deshalb ist es für uns wichtig, dass das Thema im Gespräch bleibt, sodass der Druck, sofern es welchen gibt, auf die Verfolgungsbehörden aufrecht erhalten bleibt und man sich daran erinnert, dass es diesen Vorfall gab. Solidarität und ein stabiler Zusammenhalt stärken uns den Rücken.

Vielen Dank für das Interview!

Das Interview führte Kim Langemann

Betreten, aber nicht durchsucht?

Interview zur Durchsuchung des „Langen Augusts“ in Dortmund

Am Abend des 4. Juli 2018 drangen schwerbewaffnete Einsatzkräfte in das soziokulturelle Zentrum „Langer August“ (L.A.) in Dortmund ein, um einen Server des „Wissenschaftsladens Dortmund e.V.“ (WiLaDo) zu beschlagnahmen. LOTTA sprach mit Frank Nord vom WiLaDo.

Frank, warum wurde der *Lange August* durchsucht?

Der formale Anlass der Durchsuchung war „eine von französischen Justizbehörden übermittelte Europäische Ermittlungsanordnung“. Über Phishing-Mails sollen unbekannte Täter in das IT-System des französischen Konzerns *Ingérop* eingedrungen sein, etliche Dokumente entwendet und dann im Internet veröffentlicht haben — unter anderem Pläne von Gefängnissen und dem AKW Fessenheim.

Das LKA Köln hatte den Durchsuchungsbeschluss erwirkt, aber auch Beamte des Dortmunder Staatsschutzes waren anwesend und durchsuchten nahezu alle Räume des Zentrums. Wie erklärt ihr euch das?

Sowohl der Durchsuchungs- als auch der Beschlagnahmebeschluss des Amtsgerichts Köln bezogen sich ausschließlich auf die Räume des *Wissenschaftsladen Dortmund e.V.* (WiLaDo). Wir können es uns nicht anders erklären, als dass der Dortmunder Staatsschutz einfach die Gelegenheit genutzt hat, um sich „mal umzusehen“. Von offizieller Seite gab es jedenfalls keine vernünftigen Antworten. Von der Dortmunder Polizei haben wir unterschiedliche Sachen gehört. Etwa: „Da hatten wir gar nichts mit zu tun, das war eine Aktion des LKA Köln.“ Oder auch: „Wir haben den Durchsuchungsbeschluss gar nicht gesehen, wir sind davon ausgegangen, dass er für das ganze Haus gilt.“ Die Landesregierung hat im Anschluss erklärt, „alle in Frage kommenden Räume [wurden] betreten, aber nicht durchsucht.“ Angeblich wusste die Polizei nicht, in welchen Räumen der WiLaDo ist. Zu Beginn der Durchsuchung des L.A. wurde im angrenzenden Lesben- und Schwulenzentrum KCR ein Vorstandsmitglied des L.A. angetroffen, das sich auch als solcher zu erkennen gab. Anstatt zu fragen, wo die Räume des WiLaDo sind, wurde er im KCR festgehalten. Die Räume des *Chaostreffs Dortmund* (CTDO) im 2. OG sind eindeutig gekennzeichnet. Dort haben die Beamten auch die Info erhalten, dass der WiLa im 3. OG ist. Demnach hätte der *Chaostreff* nicht ausführlichst „betreten“ und die dort Anwesenden über zwei Stunden festgehalten werden müssen.

Wie habt ihr von der Razzia erfahren? Wurdet ihr von den Behörden informiert?

Nein, von offizieller Seite wurden wir gar nicht kontaktiert. Die Razzia begann ungefähr um 19 Uhr. Alle Anwesenden wurden festgehalten, durften nicht telefonieren und auch keinen Rechner benutzen, so dass zunächst keinerlei Infos nach außen drangen. Wir erhielten um 20.30 Uhr den ersten Anruf von einer Person, die mittlerweile den L.A. verlassen durfte. Sie konnte uns aber nicht sagen, worum es bei der Durchsuchung ging. Ungefähr eine Stunde später waren dann zwei Vorstandsmitglieder des WiLaDo am L.A. Es hat dann noch eine Stunde gedauert, bis uns endlich der Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss ausgehändigt wurden. Ins Haus durften wir erst um 23.30 Uhr, als die Durchsuchung beendet war.

Welcher Schaden ist entstanden?

Es wurden insgesamt fünf Türen zerstört. Neue Türen werden schätzungsweise 5.000 Euro kosten. Hinzu kommen noch Anwalts- und Gerichtskosten, deren Höhe noch gar nicht absehbar sind. Außerdem ist ungewiss, was die Polizei während der Razzia unbeobachtet getrieben oder auch hinterlassen hat.

Was wurde mitgenommen?

Zunächst einmal der angeblich betroffene Server und gleich noch drei weitere Server, die sich im selben Gehäuse befanden. Außerdem ein USB-Stick und vier Aktenordner mit relativ alten Vereinsunterlagen, Verträgen und Kontoauszügen von 2017 und 2018. Die Polizei weiß jetzt also, wer wann wie viel an uns gespendet hat und wofür wir Geld ausgegeben haben. Die Polizei Dortmund hat im 1. OG, außerhalb der WiLaDo-Räume, noch einen Karton mit Plakaten, zwei Kartons mit Flyern und ein Netbook beschlagnahmt.

Als Folge der Razzia war die Website des Hamburger Radiosenders FSK nicht mehr erreichbar. Inwieweit handelte es sich bei der Razzia um eine repressive Maßnahme gegen Linke?

Der L.A. wurde in der Berichterstattung zur Razzia oft als „Linkes Zentrum“ bezeichnet. Nach unserer Auffassung ist das falsch. Sicher gibt es etliche Personen im L.A., die sich als Linke bezeichnen würden, aber bei weitem nicht alle. Trotzdem kann man sich fragen, ob es wirklich Zufall war, dass der Server ausgerechnet am 4. Juli beschlagnahmt wurde. Die *Ingérop*-Dokumente waren zu diesem Zeitpunkt schon über eine Woche online. Auf dem beschlagnahmten Server lief nämlich auch die Webseite des FSK, worüber auch der Radio-Stream des FSK erreichbar war. Das FSK wollte am 5. Juli zum anstehenden Jahrestag des G20-Gipfels in Hamburg ein „Massencornern“ akustisch begleiten. Durch die Beschlagnahme des Servers war der Radio-Livestream im Internet jedoch erst einmal nicht erreichbar.

Ihr versucht, gerichtlich gegen die Durchsuchung vorzugehen. Wie ist da der Stand?

Die Beschwerde des WiLaDo wurde am 10. September vom Landgericht Köln abgewiesen. Wir können jetzt nur noch Verfassungsbeschwerde einlegen. Die Klage des *Langen August* wurde am 25. September abgewiesen. Der *Chaostreff Dortmund* bereitet noch eine Klage vor.

Insbesondere die Internetdienstleistungen eures Projekts *free!* werden von vielen Projekten genutzt. Wie sicher sind die Daten eurer Kund_innen?

Wir stellen Infrastruktur zur Verfügung, die von Leuten entsprechend ihrer Fähigkeiten und Bedürfnisse genutzt werden kann. Wir sorgen dafür, dass diese Infrastruktur zuverlässig und stabil funktioniert. Wir tracken unsere Nutzer*innen nicht, erfassen möglichst wenig Daten und geben keine Daten weiter. Für die Sicherheit ihrer Daten sind unsere Nutzer*innen aber selber zuständig. Darauf weisen wir die Leute auch regelmäßig hin. Unser Hauptserver ist zum Beispiel nicht verschlüsselt. Das muss schon jede und jeder selber machen. Wir empfehlen den Leuten auch, eigene Backups ihrer Daten anzulegen. Wir erstellen zwar auch regelmäßig Backups, aber wie schnell Sachen, und somit auch unsere Backup-Bänder, beschlagnahmt werden können, haben wir ja gerade erlebt. Kundinnen beziehungsweise Kunden haben wir übrigens nur wenige. Die meisten Nutzer*innen beteiligen sich per Spende an den uns entstehenden Kosten.

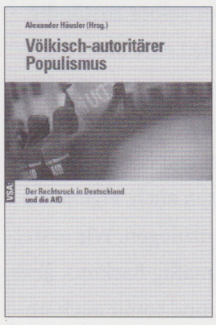
Wie können der WiLaDo und *free!* unterstützt werden?

Zunächst einmal haben wir uns über die großartige Unterstützung nach der Razzia sehr gefreut. Es gab neben der Demo am 5. Juli sehr viele Soli-Erklärungen, und es wurden innerhalb kurzer Zeit rund 12.000 Euro gespendet, so dass wir Türen, Anwälte und Gerichtskosten voraussichtlich bezahlen können. Darüber hinaus brauchen wir natürlich weiterhin regelmäßige Spenden, um die anfallenden Kosten bezahlen zu können. Wichtiger, aber ungleich schwieriger ist es, mehr Leute für die aktive Mitarbeit zu finden. Der Bedarf ist jedenfalls groß. Erschwerend kommt hinzu, dass für so einen Serverbetrieb vertiefte IT-Kenntnisse erforderlich sind.

Vielen Dank für das Interview!

Von Mark Breuer

Völkisch-autoritärer Populismus
Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD



In dem neu erschienenen, handlichen Sammelband beleuchten die Autor*innen aktuelle Entwicklungen in der AfD und die Dimensionen des aktuellen gesellschaftlichen Rechtsrucks. Die politische Werdung der AfD wird vom Herausgeber Alexander Häusler in sieben Phasen unterteilt und als „völkische Radikalisierung einer Wutbürger-Partei" beschrieben. Ihre Gründungsvoraussetzungen (Euro-Krise und Sarrazin-Debatte) werden ebenso wie Abspaltungen und die Öffnung nach Rechtsaußen beleuchtet. Die gegenwärtige Politik der AfD definiert Häusler als „völkisch-autoritären Populismus", womit eine griffige Bezeichnung im Wirrwarr der Diskussionen um ihre politische Verortung entwickelt wird.

Die Autor*innen widmen sich verschiedenen Aspekten der AfD, ihres Umfeldes und der gesellschaftlichen Entwicklungen rund um diese Partei. Positiv sticht dabei die Fokussierung auf sozialpolitische Themen und die Versuche der AfD, auf diesem Feld zu punkten, hervor. So beleuchtet ein Autor die Entwicklungen in Österreich und analysiert die Sozialpolitik der FPÖ als klassisch neoliberal und von der Bereitschaft geprägt, starke soziale Einschnitte, vor allem zu Ungunsten wirtschaftlich schlechter gestellter Menschen, vorzunehmen. Die österreichische Regierungspartei gilt als wichtiges Vorbild der AfD und ihr Regierungshandeln sollte aufmerksam verfolgt werden. Unbedingt lesenswert und leider von hoher Aktualität ist der Beitrag von David Begrich zum Erfolg der AfD in den ostdeutschen Bundesländern, in dem er auch auf die spezifischen Bedingungen der dortigen politischen Kultur und Anknüpfungspunkte für rechte Mobilisierungen eingeht. Mit der Untersuchung der vermeintlichen Wähler*innenwanderungen von SPD und *Die Linke* zur AfD widmen sich mehrere Autor*innen einem weiteren wichtigen Aspekt im Zusammenhang mit sozialen Themen und fragen nach dem Mobilisierungspotenzial der Besetzung dieser Fragen in Verwaltung und Betrieben. Passend dazu erfolgt auch ein Blick auf die politischen Netzwerke der AfD und ihre Bezüge zu anderen (extrem) rechten Organisationen. Dies wird am Beispiel der spektrenübergreifenden Kampagne „Werde Betriebsrat" gezeigt. Aufschlussreich ist der Blick auf die Rekrutierungsräume der AfD, die sich insbesondere in Burschenschaften und der christlichen Rechten auftun. Gerade in letzterem politischen Lager finden sich in den Bereichen Antifeminismus und Familismus bedeutende Themenüberschneidungen. Auf einer breiteren Ebene werden die oben genannte Verortung der AfD inhaltlich gefüllt und die Konturen des gesellschaftlichen Rechtsrucks aufgezeigt. In diesem Zusammenhang beleuchtet ein weiterer Autor die Überschneidungen der AfD zu den Unionsparteien und spricht von einer Radikalisierung des deutschen Konservatismus. Dies wird anschaulich an der Person Alexander Gauland gezeigt, der sich von einer veränderten Ausrichtung der Union nicht länger politisch repräsentiert sah. Schließlich werden rechte Mediennetzwerke und deren zunehmende Bedeutung für die rechte Informationswelt jenseits der etablierten Medien beschrieben. Doch auch das Verhältnis von Leitmedien und der AfD wird aufgezeigt. Neben einer kurzen Darstellung der Öffentlichkeitsstrategien der AfD analysieren die Autor*innen die Reaktionen der Medien und ihren Umgang mit der AfD. Dies ist im Kontext der Debatten um den Umgang mit der AfD („mit Rechten reden") von hoher Bedeutung. Abgerundet wird der Band durch Ergebnisse und Diskussionen der Einstellungsforschung.

Die Publikation macht einen sehr guten Eindruck, die einzelnen Artikel sind gründlich recherchiert, prägnant und aktuell. Die Autor*innen geben einen übersichtlichen Einblick in verschiedene Entwicklungen innerhalb der AfD und bearbeiten komplexe Themen anschaulich und einstiegsfreundlich.

Alexander Häusler (Hrsg.)
Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD
VSA-Verlag, Hamburg 2018
160 Seiten, 14,80 Euro

Von Alena Becker

Erkennen — Erfassen — Bekämpfen Gegnerforschung im Sicherheitsdienst der SS

„Erkennen — Erfassen — Bekämpfen. Gegnerforschung im Sicherheitsdienst der SS" heißt die gerade erschienene Studie von Stefanie Steinbach. Titel, Klappentext und Einführung wecken Interesse: Wie tickten diejenigen jungen Akademiker, die sich im Sicherheitsdienst der NSDAP der Gegnerforschung widmeten? Wie sahen sie ihre vermeintlichen „Gegner"? Welche „konkreten Handlungsanweisungen, die unmittelbar für die physische Vernichtung des Gegners verantwortlich waren", gaben sie Staats- und Parteiführung, auf die sie „politischen Einfluss" zu nehmen versuchten, und wie reagierten diese darauf? In welchem Verhältnis stand dieser Versuch zu ihrer Aufgabe der Schaffung einer „Legitimation radikaler Maßnahmen gegen die Gegner"? Wie sah er aus, der „gemeinsame Denkstil" der Gegnerforscher des SD, aus dem heraus sie „Strategien zur Erkennung und Bekämpfung der Gegnergruppen" entwickelten? Welche Strategien waren das?

Auf diese Fragen bietet das Buch leider keine konkreten, manchmal auch gar keine Antworten. Das gilt auch für die eigentliche Kernfrage der Veröffentlichung, wie wirkmächtig die theoretische Gegnerforschung des SD in der praktischen Umsetzung der Shoa war. Die Antwort versteckt sich einigermaßen erfolgreich im Dschungel der Möglichkeiten, was sich alles mit einem einzelnen Befund in der Wissenschaft machen lässt, wobei das akademische Phrasenschwein irreführende Wegbeschreibungen aufgestellt hat. So tragen die recht kurzen Abschnitte der einzelnen Kapitel Titel wie „Die Entstehung einer Tatsache" oder „Weltanschauliche Deutungshoheit der Gegnerforschung". Während „Die Entstehung einer Tatsache" im zweiten Kapitel des Buches noch mit eben diesem Gegenstand beginnt, später aber dann mehr und mehr in die Frage danach übergeht, wie widersprüchliche Informationen in ein bereits feststehendes Wahrnehmungsmuster eingebaut werden können, behandelt der Abschnitt „Weltanschauliche Deutungshoheit der Gegnerforschung" im sechsten Kapitel („Professionalisierung des SD und der nationalsozialistische Gegnerbegriff") zunächst die Ablehnung der SD-Gegnerforschung gegenüber „okkulten und verschwörerischen Gedankengängen", dann die Selbststilisierung der SD-Gegnerforscher als „elitäre ‚Weltanschauungskrieger'" und schließlich die erheblichen Probleme, die es Hauptscharführer Duchêne 1943 bereitete, offensichtlichen Antijudaismus in sein ideologisches Konstrukt der katholischen Kirche als Instrument zur Errichtung der „jüdischen Weltherrschaft" zu integrieren. Die Frage danach, worin denn nun die „weltanschauliche Deutungshoheit der Gegnerforscher" bestand, wie sie zustande kam oder ob sie überhaupt existierte, wird hier nicht beantwortet. Viel mehr aber als die diversen Abstecher in die totalitarismustheoretischen Überlegungen Hannah Arendts oder die Darlegungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Ideologie im Nationalsozialismus trägt ein einfaches Faktum zur Beantwortung der als Kernfrage definierten Wirkmächtigkeit der theoretischen Gegnerforschung des SD in der praktischen Umsetzung der Shoa bei. So waren viele Gegnerforscher später als „Judenberater" bei der Erfassung der Opfer und ihrer Deportation in den Tod eingesetzt. Erst im siebten Kapitel („Vom Denkstil zum Handlungsstil: exemplarische Darstellungen") stößt man auf dieses Hauptargument. Schade bleibt aber auch, dass es nicht wenigstens etwas mehr Ausarbeitung erfahren hat, sondern sich der Text auch hier wieder in anderen Bereichen verliert. Wer sich in dem Buch zurechtfinden will, sollte sich auf jeden Fall mit einem Set verschiedenfarbiger Textmarker bewaffnen, um sich einen Weg durch den Dschungel bahnen zu können.

Stefanie Steinbach
Erkennen — Erfassen — Bekämpfen. Gegnerforschung im Sicherheitsdienst der SS
Metropol Verlag, Berlin 2018
300 Seiten, 22 Euro

Antifa Kalender 2019

Ab November erhältlich!
Unrast Verlag

ISBN 978-3-89771-719-0

Magazin von und für ANTIFASCHISTiNNEN
abo@der-rechte-rand.de # www.der-rechte-rand.de # www.facebook.com/derrechterand

Recherche.
Analyse.
Perspektive.

Abo gegen rassistischen Scheißdreck

DIE SINNE SCHÄRFEN! JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

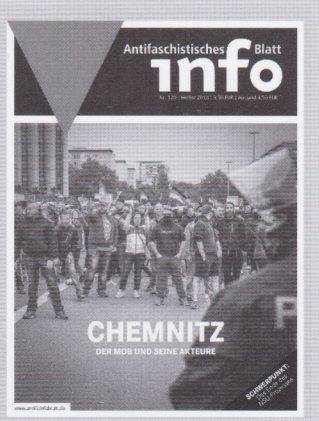
graswurzel revolution

„Die Anarcho-Postille kämpft seit 1972 für die Abschaffung UNSERES Staates." (BILD, 18.9.2018)
Jetzt bestellen: graswurzel.net/service

DIE ROTE HILFE
Zeitung gegen Repression
Schwerpunkt der Ausgabe 4/2017:
40 Jahre Deutscher Herbst

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen



Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Lotta abonnieren!

±Bei Fragen rund um das Thema Abos und Bestellungen steht der LOTTA-Vertrieb unter der E-Mail-Adresse lotta-vertrieb@nadir.org zur Verfügung.

Ich bestelle:
O ab der aktuellen Ausgabe
O ab der nächsten Ausgabe:

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben
O Jahresabo, Inland 18 Euro
O Jahresabo, Ausland 27 Euro
O Jahresförderabo (beliebige Summe ab 28 Euro.
Eine Spendenquittung über die Fördersumme stellen wir ab 50 Euro aus) ___ Euro

» Alle Preise inkl. Porto und Versand.
» Zu Nachbestellungen von älteren Ausgaben und zum Thema Weiterverkauf bietet unsere Homepage nähere Informationen: http://www.lotta-magazin.de unter „Lotta bestellen".
» Es gilt nur die zum Zeitpunkt des Eingangs der Bestellung auf unserer Homepage veröffentlichte aktuelle Preis- und Bestellliste!

O Ich überweise den Betrag innerhalb von 7 Tagen auf folgendes Konto:

VFKB e.V.
Postbank Dortmund
IBAN DE18 4401 0046 0994 5404 60
BIC PBNKDEFF

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

O Ich habe den Betrag in bar (keine Briefmarken) beigelegt.

Achtung Kleingedrucktes: Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.

An die LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail (unbedingt angeben)

....
Ort, Datum Unterschrift

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
lotta-vertrieb@nadir.org
www.lotta-magazin.de

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den Fotograf_innen und den Autor_innen. Nicht in allen Fällen konnten die Urheber_innen der verwendeten Fotos ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Anzeige

Antifa-Themenabend jeden letzten Mittwoch im Monat, Eintritt frei

INPUT

PROGRAMM NOVEMBER 2018

28. November 2018, 19.30 Uhr

Urteil ohne Aufklärung. Eine kritische Bilanz der staatlichen Aufklärung im NSU-Komplex und die Frage nach den Konsequenzen.

Referent: Felix Hansen (apabiz e.V. und NSU-watch)

Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Veranstalter: Antifaschistischer Arbeitskreis und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR) und SJD – Die Falken Düsseldorf